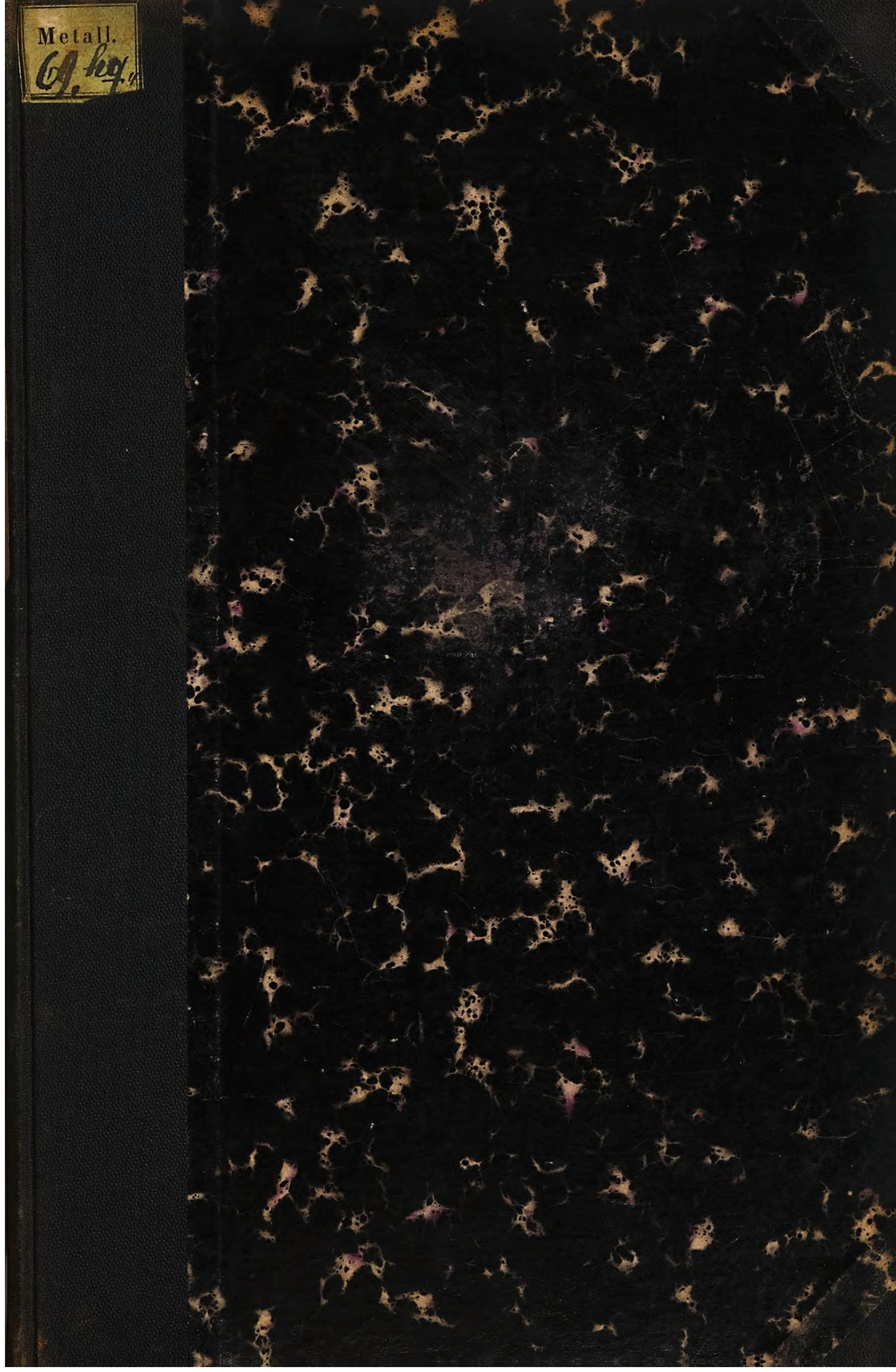


Metall.

G. kg.



Metall. 69^{hg}₋

Kloss

Der

Bergarbeiterschutz.

Von

Rudolf Kloss.

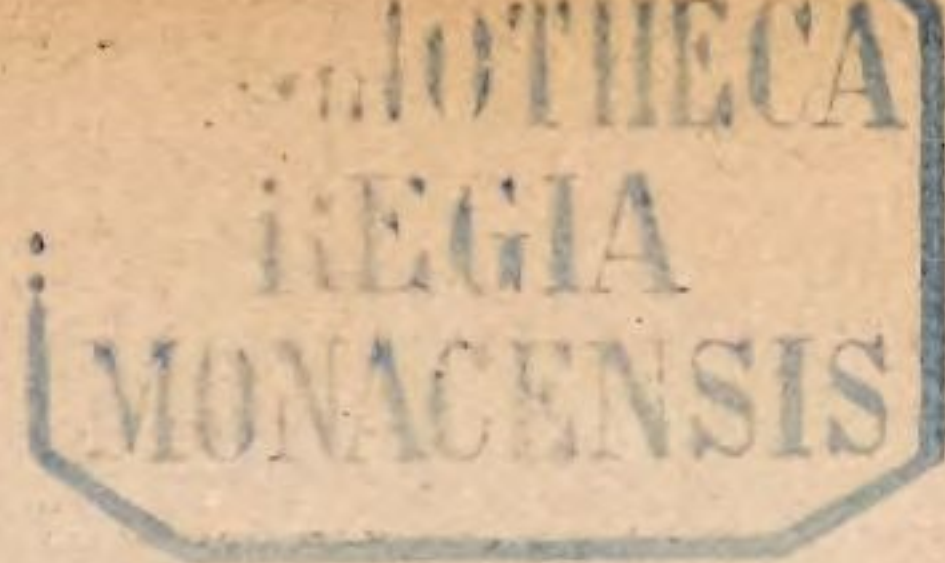


Wien und Leipzig.
W i l h e l m B r a u m ü l l e r .
K. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler.
1897.

16.97

1372

1.602



Verlag von
Wilhelm Braumüller, k. u. k. Hof- u. Univ.-Buchhändler, **Wien u. Leipzig.**

Kritische Studien

zu den

Gesetzentwürfen aus dem Jahre 1893 betreffend die Reform des civilgerichtlichen Verfahrens in Österreich.

Von

Dr. Ernst Demelius,

k. k. Gerichtsadjunct, Privatdocent an der Universität Wien.

- I. Heft: Groß-Octav. 1894. 80 kr. — 1 M. 40 Pf.
II. Heft: Groß-Octav. 1895. 1 fl. — 1 M. 80 Pf.

Von demselben Verfasser:

Zur Lehre von der

Rechtskraft des Civilurtheils

nach

geltendem österreichischen Rechte und dem Entwurfe vom Jahre 1881.

Groß-Octav. 1892. 1 fl. 40 kr. — 2 M. 40 Pf.

Das Pfandrecht an beweglichen Sachen

nach

österreichischem bürgerlichen Recht.

Mit besonderer Berücksichtigung des bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich.

I. Abtheilung. Groß-Octav. 1897. 3 fl. 60 kr. — 6 M.

Die Selbstverwaltung als Rechtsbegriff.

Eine verwaltungsrechtliche Monographie.

Von

Dr. Hermann Blodig jun.

Groß-Octav. 1894. 4 fl. 80 kr. — 8 M.

Handbuch des internationalen Privat- u. Strafrechtes

mit Rücksicht auf die Gesetzgebungen

Österreichs, Ungarns, Croatiens und Bosniens

von

Dr. Emil Jettel,

Sectionsrath im k. u. k. Ministerium des kaiserlichen Hauses und des Äußern.

Groß-Octav. XVI. 344 S. 1893. 4 fl. 80 kr. — 8 M.

Der
Bergarbeiterschutz.

Von
Rudolf Kloss.



Wien und Leipzig.
Wilhelm Braumüller.
K. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler.
1897.



Vorwort.

Die vorliegende Arbeit entstand zum Zwecke der Betheiligung an der auf Grund der Samitsch'schen Universitäts-Stiftung ausgeschriebenen Concurrenz und wurde mit dem 1. Preise ausgezeichnet. Dadurch angeregt übergebe ich dieselbe mit einigen Änderungen der Öffentlichkeit. Sie bildet den ersten Versuch, den Bergarbeiterschutz der wichtigsten Staaten selbständig darzustellen, während bisher alle Abhandlungen über den Arbeiterschutz die Normen zu Gunsten der Bergleute vernachlässigten.

Ich erfülle an dieser Stelle die angenehme Pflicht, meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Adolf Menzel, den wärmsten Dank für die wertvollen Winke auszudrücken, die er mir zwecks Veröffentlichung dieser Arbeit ertheilt hat.

Wien, im März 1897.

Rudolf Kloss.

Inhaltsverzeichnis.

Erster Theil.

Historische Entwicklung des Bergarbeiterschutzes.

	Seite
I. Capitel. D e r C o n t i n e n t	1
II. Capitel. England	8

Zweiter Theil.

Gegenwärtiger Stand der Gesetzgebung.

I. Capitel. Der Beschäftigungsschutz	16
<i>A. Allgemeines.</i>	
§ 1. Kinder und Frauen in Bergwerken	16
§ 2. Der Normalarbeitstag	19
§ 3. Sonntagsruhe	20
§ 4. Schutz gegen Betriebsunfälle	22
<i>B. Gesetzgebung in den einzelnen Staaten.</i>	
I. Österreich	23
II. Deutschland	27
III. England	35
IV. Frankreich	37
V. Belgien	40
II. Capitel. Der Vertragsschutz	42
<i>A. Allgemeines.</i>	
§ 1. Die Arbeitsordnung	42
§ 2. Der Entlassungsschutz	44
<i>B. Gesetzgebung in den einzelnen Staaten.</i>	
I. Österreich	44
II. Deutschland	50
III. England	56
III. Capitel. Schutz der Lohnzahlung	56
<i>A. Allgemeines.</i>	
§ 1. Schutz gegen das Trucksystem	56
§ 2. Der eigentliche Lohnzahlungsschutz	57
§ 3. Strafen	59

<i>B. Gesetzgebung in den einzelnen Staaten.</i>	Seite
I. Österreich	60
II. Deutschland	62
III. England	65
IV. Belgien. Frankreich	70
IV. Capitel. Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnisse	70
<i>A. Allgemeines.</i>	
<i>B. Gesetzgebung in den einzelnen Staaten.</i>	
I. Österreich	71
II. Deutschland	72
III. England	73
IV. Frankreich	74
V. Belgien	75
V. Capitel. Organe des Bergarbeiterschutzes	75
<i>A. Allgemeines.</i>	
<i>B. Gesetzgebung in den einzelnen Staaten.</i>	
I. Österreich	76
II. Deutschland	79
III. England	80
IV. Frankreich	82
V. Belgien	82
VI. Capitel. Gesetzgebung in einigen anderen Ländern	83
(Schweiz, Italien, Amerika, Russland).	
VII. Capitel. Die internationale Regelung des Bergarbeiter-	
schutzes	89

Erster Theil.

Historische Entwicklung des Bergarbeiterschutzes.

I. Capitel.

Der Continent.

Von der unbeschränkten Freiheit des Grundeigenthums, die uns bereits am Anfange unserer geschichtlichen Kenntnisse fast überall als Grundlage unserer Gesellschaftsordnung erscheint, macht seit jeher der Bergbau und sein Recht eine Ausnahme. Vielleicht in einer dunklen Erinnerung an den Gemeinbesitz an Grund und Boden hat die Gemeinschaft fast überall ein Recht an den kostbaren Geschenken der Natur, den verborgenen Schätzen der Erde, in Anspruch genommen und so dieselben der freien Verfügung des Grundbesitzers entzogen. Die nicht geringen Gold- und Silberlager des griechischen und römischen Bodens standen zum großen Theile im Eigenthum des Staates und dieser fand darin nicht unerhebliche Quellen seiner Einnahmen.

Und so war es auch nur natürlich, dass die germanischen Herrscher des frühen Mittelalters sich das Hoheitsrecht über alle Mineralschätze zusprachen. „Al schat under der Erde begraven, deper den pluch ga, die hort to der koniglichen gewalt,“ drückt diesen Grundsatz der Sachsenspiegel aus. (I., 35, § 1.) Die sogenannte „Freierklärung“ des Bergbaues, die Bergbaufreiheit, bestand bloß darin, dass der König, der an einen Eigenbetrieb nicht denken konnte, jedem ersten Finder einer Lagerstätte ein genau zugemessenes Feld zum Abbau gewährte, wofür derselbe eine hohe Abgabe, den späteren Bergzehnten, entrichten musste. Der König selbst behielt sich jedoch das Obereigenthum vor und dieses Obereigenthum war kein leerer Begriff, vielmehr brachte es mit sich, dass dem Könige eine ständige Einflussnahme auf den Betrieb zustand. Dieses landesfürstliche Hoheitsrecht über den Bergbau ist bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben und führte

zu einer vollkommenen Beaufsichtigung, „Bevormundung“ des Betriebes, welche wenigstens formell bis in die Mitte dieses Jahrhunderts bestehen blieb.

Nach den verschiedenen Bergordnungen ist diese staatliche Oberaufsicht mit der speciellen Verwaltung der Bergwerke verbunden. Dem landesfürstlichen Bergmeister muss der Betriebsplan von den Gewerken oder ihren Stellvertretern vorgelegt werden, derselbe prüft, genehmigt oder ändert ihn ab und ordnet den Betrieb nach seinem Befunde an. Der Bergmeister muss den Zustand der gewerkschaftlichen Gruben und die Betriebsführung mehrmals während des Jahres untersuchen, überhaupt die gesamte Bergwirtschaft der Gewerke in allen Theilen prüfen und regeln. Die Besitzer der Gruben selbst hatten „nur Geld zu zahlen oder zu empfangen“ und von dem gewerkschaftlichen Schichtmeister wurde nicht mehr gefordert, „als dass er des Lesens und Schreibens kundig,“ daher die Rechnung zu führen fähig sei und dass er die Vorschriften der Bergordnung beobachte. Die Eigenthümer der Bergwerke waren also thatsächlich bloß Nießbraucher, die Verwaltung wurde von Beamten des Staates geführt. So geht selbst noch die im October 1826 erlassene neue Bergwerksorganisations- und Bergverwaltungs-Ordnung im Herzogthum Nassau von dem Grundsatz aus, dass den Gewerken nur das nutzbare Eigenthum zustehe; dem Bergmeister wird volle Macht über den gewerkschaftlichen Bergbau- und Hüttenbetrieb übertragen, die Gewerken nur als Mittelspersonen, die das Geld dazu verwenden, angesehen.

Wie die Bergordnungen alle Verhältnisse des Bergbaues genau regelten, so ordneten sie auch das Verhältniss zwischen den Gewerken und ihren Arbeitern bis ins Detail. Ein- und Ausfahrt, Beginn und Dauer der Schicht, das Verhalten in der Grube, Sonn- und Feiertagsarbeit, Gedingestellung, Lohnzahlung, Strafen, kurz alle Vertragsbedingungen fanden gesetzliche Regelung, eine besondere Abmachung war überflüssig. Aufnahme und Entlassung der Bergleute stand dem Bergamte zu; bezüglich der Arbeitsdauer bestimmte die Kuttengerger Bergordnung aus dem Jahre 1300 die Schichtdauer mit 6 Stunden und erklärte ausdrücklich: „et prohibemus, ne quis laborantium continue per duas schichtas laboret.“ Die Ferdinandeische Bergordnung aus dem Jahre 1553 bestimmte die wöchentliche Arbeitszeit auf den niederen Berg-

werken mit 44, auf den höheren mit 40 Stunden; die tägliche Arbeitszeit solle 8, am Samstag 4 Stunden betragen, während auf den höheren Bergwerken in 14 Tagen nur 11mal eingefahren werden solle, 9mal zu 8, 2mal zu 4 Stunden.

Was die Lohnzahlung anbelangt, haben die meisten Bergordnungen das Gedingesystem nur unter der Bedingung zugelassen, dass das Gedinge von den Berggeschworenen, mindestens aber unter ihrer Intervention festgesetzt werde. Dieselben sollten vor der Gedingestellung den Ort befahren und das Gestein behauen, sie sollten zu erfahren suchen, was den Häuern früher gezahlt wurde und wie sie mit dem Lohne auskamen. Erst dann sollten sie das Gedinge in der Art festsetzen, dass der Arbeiter sein Auskommen finde. Ähnliche ausführliche Regelung erfuhren auch die übrigen Rechtsverhältnisse.

Erst am Anfange dieses Jahrhunderts begann eine Wandlung im Verhalten des Staates einzutreten. Eine Ursache lag darin, dass der Bergbau an Bedeutung abnahm, der Staat deshalb die Macht der Gewerken stärken, sie mit manchen Vorrechten ausrüsten zu müssen glaubte, um zu verhindern, dass dieser wichtige Industriezweig vernachlässigt werde.

Die wichtigste Ursache aber war der Einfluss der damals herrschenden Schule der politischen Ökonomie, des Individualismus. Nach den Principien desselben soll die Urproduction ermuntert und befördert, die inländischen Urstoffe verarbeitet und veredelt, und die den Umsatz hemmenden oder erschwerenden Hindernisse entfernt werden. Die specielle Verwaltung des Staates sei kein geeignetes Mittel, diese Zwecke zu erreichen. Vielmehr werde der beste Zustand in Staat und Volkswirtschaft dann erreicht, wenn jeder seine Anlagen im freien Wettbewerbe ausbilden könne und der Staat nur für den Schutz des Eigenthums und für die Achtung des freien Vertrages Sorge. Das schrankenlose laissez-faire, laissez-allen habe als das höchste Princip des wirtschaftlichen Lebens zu gelten. Daher sei auch in dem Arbeitsvertrage jede Intervention des Staates schädlich, die volle, natürliche Freiheit werde auch hier den besten Zustand erzeugen.

Übrigens sei ein so ausgedehntes und positives Eingreifen des Staates nicht mehr nothwendig, um eine regelmäßige und der technischen Ausübung angemessene Gewinnung der Mineralien zu erzielen, ebensowenig, wie es bei der Landwirtschaft und dem

Ackerbau der Fall sei. Diese Bevormundung des Bergbaues sei in den früheren Zeiten bei dem niedrigen Culturstande allerdings entsprechend gewesen und musste wohlthätig auf das Emporkommen und den Betrieb der Bergwerke wirken. Allein die Verhältnisse hätten sich in der Kunst und Wissenschaft, so wie in allen Zweigen der menschlichen Thätigkeit ganz anders gestaltet. Die Bergbau- und Hüttenkunde, dann die Hilfswissenschaften seien nicht mehr das ausschließende Eigenthum des Bergmeisters und der Geschworenen, sondern ein Gemeingut und durch Bergakademien, polytechnische Schulen und Bücher jedermann zugänglich.

Die allgemeine Verbreitung und große Bedeutung dieser Lehren hatten zur Folge, dass man allmählich daran gieng, das Directionsprincip zu verlassen und den Gewerken immer mehr Einfluss auf ihr Eigenthum zu gewähren. So wurde schon von Kaiser Josef II. durch das Hofdecret vom 2. Juli 1783 in den österreichischen Provinzen das sogenannte Eisensystem, dann die Holz- und Kohlenwidmung aufgehoben und der Grundsatz ausgesprochen, dass die Schmelzhütten und Hammerwerke dem Wetteifer der Concurrenz ohne besondere landesfürstliche Direction überlassen werden.

Einen besonders wichtigen Schritt in dieser Beziehung unternahm Frankreich, und gerade dieses Land gibt ein Beispiel, wie mit der freien und unabhängigen Stellung der Bergwerkseigenthümer die Nothwendigkeit von Gesetzen zum Schutze des öffentlichen Interesses erwächst. Ein Gesetz vom 21. April 1810 rüstete nämlich die Eigenthümer eines Bergwerkes mit denselben Befugnissen aus, welche das jus civile dem Eigenthümer eines Ackers und Hauses gibt. Dem Beispiele Frankreichs folgten mehr oder minder schnell die anderen Länder, um durch Gesetze die Abhängigkeit des Bergbaues von dem Staate zu befreien. In Österreich hörte die strenge Bevormundung thatsächlich am Anfange dieses Jahrhunderts schrittweise in den einzelnen Provinzen auf, bis durch das neue Berggesetz vom 23. Mai 1854 auch formell die staatliche Betriebsführung der Privatbergwerke aufgehoben und Vertragsfreiheit proclamirt wurde.

In Preußen hat zuerst das Miteigenthümergezet vom 12. Mai 1851 den Bergwerksbesitzern neben der freien Verfügung über ihr Eigenthum auch die Annahme und Entlassung der Arbeiter überlassen. Nachdem ferner das Gesetz vom 21. Mai 1860 alle Aufsichtsrechte des Staates bis auf die Handhabung der Sicher-

heitspolizei und die Verhütung des Raubbaues aufgegeben hatte, zog das in Anlehnung an das französische Bergrecht am 24. Juni 1865 erlassene Berggesetz alle Schlussfolgerungen der damals vorherrschend gewesenen wirtschaftlichen Anschauungen.

Erst in diesem Momente, wo die Bergwerksbesitzer in ihr volles Eigenthum eingesetzt wurden, der Staat sich jeder Einflussnahme auf die Betriebsführung entäußerte und die Vertragsfreiheit proclamierte, erwuchs für den Staat die Verpflichtung, den Arbeiter wenigstens vor Übergriffen der Unternehmer zu schützen, und damit beginnt die Geschichte einer eigentlichen Schutzgesetzgebung zu Gunsten der Bergarbeiter.

Die erste Folge der Vertragsfreiheit war naturgemäß eine Stärkung der Macht der Gewerken und eine Schwächung der Position der Bergleute. Was bisher der Staat bewirkt hatte, „eine einheitliche und den Körperkräften angemessene Dauer der Arbeit,“ die Lohnzahlung und die anderen Vertragsbedingungen waren nunmehr Gegenstand privater Abmachung zwischen den einzelnen Unternehmern und ihren Arbeitern. Nothwendigerweise musste der Charakter der modernen Großindustrie dazu führen, dass der mächtigere Contrahent, der Werksbesitzer, an die Stelle des Staates trat und einseitig die Arbeitsdauer und damit die Leistung des Arbeiters festsetzte. Die Schattenseiten der liberalen Wirtschaftspolitik traten zu Tage; das Arbeitsangebot war viel größer, als benöthigt wurde und dies übte einen scharfen Druck auf die Verhältnisse der Bergleute aus, welchen auszunützen die Unternehmer sich nicht scheuten. Trübe Zustände brachen über die Arbeiterklasse herein; lange Schichten, wozu die Ein- und Ausfahrt nicht gerechnet wurde, drang man den Arbeitern auf; überdies wurde die regelmäßige Arbeitszeit durch Überschichten verlängert. Die Höhe des Lohnes wurde beständig herabgedrückt, für die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter wurden nur geringe oder gar keine Vorkehrungen getroffen, kurz fast ohne Ausnahme wurde Missbrauch mit der Arbeitskraft getrieben und die Bergleute kamen in drückende Abhängigkeit der Gewerken.

Diese traurige Lage der Bergarbeiter erforderte dringend einer Abhilfe und bald trat das Verlangen nach staatlichem Eingriffe auf. Allen Forderungen setzte jedoch die Partei des laissez-faire-Principes heftigen Widerstand entgegen. Erst als zahlreiche große Unglücksfälle die Aufmerksamkeit Aller auf die Zustände

in den Bergwerken lenkten und schließlich auch die Arbeiter selbst in großen Strikes eine Besserung ihrer Lage anstrebten, begann die Gesetzgebung schrittweise den crassesten Missbräuchen zu steuern.

Bei diesen Anfängen eines staatlichen Eingriffes zur Regelung der Bergarbeiterverhältnisse wurden zwei Wege eingeschlagen, entweder wurden Specialgesetze für die Bergarbeiter erlassen oder sie wurden den allgemein für Gewerbearbeiter geltenden Bestimmungen unterstellt. Für die erste Art sprach vor allem die Geschichte, indem schon seit dem Mittelalter gerade die Bergarbeiter sich eines sorgfältigen speciellen Schutzes von Seite der Gesetzgebung erfreuten. Ferner erforderten die Gefahren, die in dieser Art und Zahl bei keinem Zweige menschlicher Thätigkeit vorkommen, und überdies die große Zahl der Arbeiter eine eingehende Specialgesetzgebung.

Die ersten Schritte zu einer Schutzgesetzgebung unternahm Frankreich, wo auch zuerst das Directionsprincip verlassen worden war.

Am 21. April 1810 wurden die Gewerken in das vollständige Eigenthum eingesetzt, und kaum 3 Jahre später sah sich die Gesetzgebung schon veranlasst, zu Gunsten der Arbeiter einzuschreiten und die Befugnisse der Eigenthümer einzuschränken. Große Unfälle und wie es in den Motiven zu dem Gesetze heißt, „la cupidité des exploitants“ machten eine gewisse staatliche Einflussnahme wieder nothwendig. Dieses am 3. Jänner 1813 erlassene Decret „contenant les dispositions de police relatives à l'exploitation des mines“ suchte vor allem die übermäßige Arbeit der Kinder einzuschränken und verbot, dieselben vor dem 10. Jahre in den Gruben unter Tage zu beschäftigen.

Die Kinderarbeit war überhaupt, sowohl auf dem Continente wie auch in England der erste Gegenstand, mit welchem sich die Schutzgesetzgebung befasste. Während der Herrschaft des Directionsprincipes wurden nachweislich Kinder in Bergwerken überhaupt nicht beschäftigt. Als aber den Gewerken freier Spielraum gelassen, die Arbeitszeit verlängert, die Löhne herabgedrückt wurden, nahm die Beschäftigung von Kindern und Frauen, als der billigeren Arbeitskräfte immer mehr zu und die ärgsten Missbräuche waren zu beobachten.

Dieses Polizeidecret Frankreichs wurde auch in Belgien angenommen. Nun trat zunächst eine Pause in der Gesetzgebung

ein und ein Gesetz vom Jahre 1841 zu Gunsten der Kinder schloss sogar ausdrücklich die Anwendung auf den Bergbau aus. Einen entschiedenen Schritt nach vorwärts machte Frankreich erst mit dem Gesetze „Loi sur le travail des enfants et des filles mineures employés dans l'industrie“ vom 2. Juni 1874. Dieses war das erste auf dem Continente, welches die Kinderarbeit einer genauen Regelung unterzog. Als unterste Altersgrenze für die Aufnahme zur Arbeit wurde das 12. Jahr festgesetzt; für Knaben vom 12. bis zum 16. und für Mädchen bis zum 21. Jahre wurde die Arbeitsdauer auf 12 Stunden begrenzt. Überstunden, Nachtarbeit und Sonntagsbeschäftigung der genannten Personen wurden verboten. Frauen was immer für eines Alters wurde die Arbeit unter Tage untersagt. Überdies enthält das Gesetz noch genaue Sicherheits- und Sittlichkeitsvorschriften, ferner eine Bestimmung, welche für Kinder Arbeitsbücher obligatorisch macht. Deutschland hatte erst zu Ende der 60er Jahre die schwersten Missbräuche im Verordnungswege abzustellen unternommen; auch die Regelung der Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen wurde durch einen Ministerialerlass vom 25. April 1873 den Oberbergämtern überlassen. Im Sinne dieser Anweisung wurden seitdem, soweit ein Bedürfnis vorlag oder eintrat, Polizeiverordnungen für die einzelnen Regierungsbezirke erlassen. Eine wesentliche Verbesserung brachte erst die Gewerbenovelle vom Jahre 1878, welche einige Vorschriften gegen das Trucksystem enthielt und die Kinder- und Frauenarbeit gesetzlich regelte: Die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren und von Frauen unter Tage wurde verboten; dagegen blieb die Beschränkung der Arbeitszeit der Regelung der Oberbergämter überlassen; dieser Befugnis entsprechend erließ z. B. das Oberbergamt Dortmund am 14. Juni 1884 eine Bergpolizeiverordnung, welche bestimmte, dass in Bergwerken mit Temperaturen von 29° Celsius und mehr nicht länger als in 6stündigen Schichten gearbeitet werden dürfe.

In Belgien, wo seit dem Polizeidecrete vom Jahre 1813 erst die allgemeine Bergpolizeiverordnung vom 28. April 1884 wieder einige Bestimmungen zu Gunsten der Frauen und Kinder traf, bringt erst das Gesetz vom 13. December 1889 eine wesentliche Verbesserung dieser Gesetzgebung.

Auch Österreich schloss sich den Bestrebungen, die Arbeitszeit, Kinder- und Frauenarbeit gesetzlich zu regeln, an und erließ

am 21. Juni 1884 die Arbeiternovelle Nr. 115 R.-G.-B., welche einen erheblichen Fortschritt in mancher Beziehung gegenüber den diesbezüglichen Bestimmungen anderer Länder zeigt und noch heute in Geltung steht. Einige Länder unternahmen noch eine Verbesserung ihrer Gesetze, so Deutschland durch die Gewerbenovelle vom 1. Juni 1891 und Frankreich durch das Gesetz vom 2. November 1892 mit den Nachtragsverordnungen des Präsidenten der Republik vom 3. und 13. Mai 1893.

Die anderen Fragen des Bergarbeiterschutzes sind in verschiedenen Gesetzeswerken zerstreut und ihre nähere Behandlung bleibt dem speciellen Theile vorbehalten.

II. C a p i t e l.

England.

Ganz anders als auf dem Continente gestaltete sich die Geschichte der Bergarbeiterschutzgesetzgebung in England. Das Wesen dieses Unterschiedes liegt vor allem in der Entwicklung der Bergbauberechtigung. Ursprünglich gehörten ebenso wie auf dem Continente alle Mineralschätze unter der Erde dem Könige. Mit der sinkenden Macht der Krone gelang es jedoch bald den Grundeigenthümern dieses Recht an sich zu bringen, nur die Gold- und Silberbergwerke blieben der Prärogative der Krone erhalten. Es beruht demnach das Recht zum Bergbaubetriebe in England auf einer freien Vereinigung zwischen dem Grundeigenthümer und dem Bergwerksunternehmer. Der erstere gibt in der Regel die Erlaubnis zum Bergbau auf eine bestimmte Reihe von Jahren, gewöhnlich 21 bis 99 Jahre und bedingt sich unter gewissen Umständen das Recht zur Zurücknahme seiner Erlaubnis. Die Antheile der Grundeigenthümer an der Production als Entschädigung für die Überlassung des Bodens sind verschieden und betragen eine Quote des producierten Minerals. Die Folge dieses Zustandes ist, dass der Staat und dessen Beamten mit dem Bergbaubetriebe in gar keiner Beziehung stehen.

Weitere Ursachen des Mangels einer Schutzgesetzgebung waren auch hier die Herrschaft des Individualismus, welcher jedes Einmengen des Staates perhorrescierte, und schließlich noch der Umstand, dass zahlreiche Bergwerksbesitzer als Angehörige der grundbesitzenden Classe dem Parlamente angehörten, daselbst

die Obermacht besaßen und jedem Eingriffe der Staatsgewalt, als ihrem Interesse entgegensiehend, den heftigsten Widerstand entgegensezten.

Erst zahlreiche große Unfälle machten die leitenden Kreise auf die Zustände in den Bergwerken aufmerksam; einige einflussreiche Männer, an ihrer Spitze Lord Ashley, der spätere Earl of Shaftesbury, nahmen sich der schutzlosen Bergarbeiter an und strebten mit aller Macht, der Unbeschränktheit der Eigenthümer durch staatliche Beaufsichtigung ein Ende zu machen. Es vollzieht sich also in England und auf dem Continente der gerade entgegengesetzte Process, hier ein Aufgeben der staatlichen Bevormundung, in England ein Eingriff in die Selbstregierung.

Auch in England war die Frage der Kinderarbeit die wichtigste und erforderte dringend einer Abhilfe. Der Führer der Bewegung zu Gunsten der Bergarbeiter, Lord Ashley, beantragte daher am 4. August 1840 die Einsetzung einer Untersuchungscommission zur Prüfung der Lage der in Bergwerken arbeitenden Kinder. Dieser Antrag wurde angenommen und eine Commission unter dem Namen „Children's Employment Commission“ bestehend aus 4 Mitgliedern eingesetzt; diesen 4 Obercommissären wurden bald darauf 20 Untercommissäre beigegeben, da sie das Material allein nicht zu bewältigen imstande waren. Diese Untersuchung dauerte sammt der Ausarbeitung der Berichte fast 18 Monate und der 1. Bericht wurde am 21. April 1842 dem Unterhause vorgelegt. Wie groß das Aufsehen war, welches dieser Bericht erregte, zeigt sich am besten in den Worten des englischen Nationalökonomen N. W. Senior: „Der Bericht enthüllte das furchtbarste Gemälde von Habsucht, Selbstsucht und Grausamkeit der Eltern und Capitalisten, von Elend, Degradation und Verderb der Kinder und jungen Personen, das jemals das Auge der Welt traf.“

Im frühesten, zartesten Alter wurden die Kinder in die Gruben mitgenommen. Besonders in den kleineren Bergwerken waren die Zustände grauenerregend. In Schottland war das normale Alter, in welchem Kinder zur Arbeit mitgenommen wurden, das 5. und 6. Jahr. Sie wurden gewöhnlich zum Schieben von Kohlenkarren verwendet, wozu bei der Niedrigkeit der Gänge erwachsene Männer und Pferde nicht verwendet werden konnten. Auch Frauen und Mädchen im zartesten Alter wurden in die Grube geschickt und verrichteten noch schwerere Arbeiten als die männ-

lichen Arbeiter. Die Verwendung bestand entweder im „Trapping“ Thürhüten oder „Hurry“ Schleppen von Kohlenkarren. Die Trappers hatten die Luftthüren in den Strecken zu hüten; zu diesem Zwecke mussten sie den ganzen Tag gewöhnlich im Finstern vor ihrer Thüre sitzen und für die Kohlenkarren die Thüre auf- und zumachen. Diese Arbeit gehörte zu den traurigsten Beschäftigungen, da diese Kinder während des ganzen Tages zur Einsamkeit verurtheilt waren. Die zweite Arbeit, das Hurry, war wiederum sehr anstrengend und bestand darin, die Kohlenkarren zu den Hauptgängen zu schaffen. Diese Arbeiten verrichteten die Kinder gewöhnlich 12 bis 14 Stunden, in vielen Gruben selbst ohne eine Mittagspause halten zu dürfen. Das Dingen der Kinder geschah auf mehrfache Art; entweder diente und bezahlte der Eigenthümer sämtliche Arbeiter selbst, wie dies in Durham und Northumberland der Fall war; unter diesem System wurden die geringsten Klagen laut. Es kam auch vor, dass der Eigenthümer bloß einige Hauptarbeiter diente, welche die Übrigen anstellten. Das gewöhnlichste System des Dinges war jedoch das sogenannte „Buttysystem“: Der Eigenthümer schloss nur einen Vertrag mit einer Person allein, dem „Butty“ oder „Chartermaster“. Dieser Butty lieferte für einen bestimmten Preis per Tonne die Kohle bis an den Eingang des Schachtes, stellte die übrigen Arbeiter selbst an und lieferte die nöthigen Pferde und Werkzeuge. Er hatte das größte Interesse, die Bergleute möglichst auszubeuten, da sein ganzes Streben danach gieng, die Produktionskosten zu vermindern. Die größten Missbräuche kamen bei diesem System vor und der erbittertste Hass wurde gegen die Butties gehegt. Besonders wurde neben der rohen Behandlung darüber geklagt, dass dieselben alle Sicherheitsmaßregeln gegen Unfälle vernachlässigten und abgesehen von dem geringen Lohne die Arbeiter mit Waren statt mit barem Gelde bezahlten. Heftige Klage wurde auch gegen das Lehrlingssystem geführt: Aus den Waisenhäusern wurden arme Waisen im 8. Lebensjahre zur Probe in die Bergwerke geschickt; im 9. Jahre wurden sie dann in der Regel auf 12 Jahre gedungen und erhielten während dieser ganzen Zeit nichts außer Kleidung und Nahrung.

Dass bei diesem Mangel aller Vorsichtsmaßregeln, bei der infolge der schlechten Bezahlung verursachten Nachlässigkeit der Arbeiter, bei der großen Zahl der unter Tage beschäftigten Kinder

zahlreiche große Unfälle vorkommen mussten, liegt auf der Hand. Daher verlangte die Children's Employment Commission vor allem die Abstellung der unterirdischen Beschäftigung von Frauen und Kindern und des Lehrlingssystems und die Durchführung von Sicherheitsvorkehrungen in den Gruben gegen Unfälle.

Die unmittelbare Folge der Untersuchung war das Bergwerksgesetz vom 10. August 1842. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Weibliche Arbeiter und Kinder unter 10 Jahren dürfen in Bergwerken unter Tage nicht beschäftigt werden; unter 10 Jahren darf kein Kind als Lehrling aufgedungen werden und die Lehrlingszeit darf in keinem Falle länger als 8 Jahre dauern. Ferner darf Personen unter 15 Jahren keine Dampfmaschine zum Auf- und Niederlassen der Arbeiter zur Versorgung überlassen werden. Die Bezahlung in Wirtshäusern oder in einer damit in Verbindung stehenden Geschäftsstube ist verboten. Schließlich wurde zum erstenmale eine Art Grubeninspection errichtet, indem der Staatssecretär ermächtigt wurde „wenn und wann es ihm passend scheint, eine geeignete Person zu ernennen, um irgend welche Grube zu besuchen und zu inspiciieren.“

Obzwar dieses Gesetz den dringendsten Übelständen Abhilfe brachte und nachhaltige Folgen zum Besten der Arbeiter herbeiführte, blieben doch noch viele Missbräuche unberücksichtigt und einzelne Mängel machten sich bald genug bemerkbar. So fehlte besonders eine Beschränkung der Arbeitszeit und jegliche Unterrichtsbestimmung; auch waren die Vorschriften zur Verhütung von Unfällen nicht genügend und die Inspection durchaus mangelhaft.

Nachdem nun einmal mit der Schutzgesetzgebung ein Anfang gemacht worden war, nahmen sich die Bergarbeiter bald selbst ihrer eigenen Sache an und suchten durch verschiedene Petitionen an das Parlament ihre Lage zu verbessern. Gegen zahlreiche Übelstände, welche das Gesetz von 1842 nicht aufhob, wurde Klage geführt, besonders gegen die Art der Bezahlung und Bemessung der Löhne, über willkürliche Strafen, falsche Gewichte und mangelnde Inspection gegen Unglücksfälle. Als die Explosionen, Einstürze von Decken und andere Unfälle sich mehrten und eine erschreckende Dimension annahmen, begannen die Forderungen der Arbeiter immer dringender zu werden. Eine Commission, die zur Untersuchung eingesetzt wurde, erklärte als ein-

zige Möglichkeit einer Abhilfe eine genaue staatliche Inspection. Gegen eine solche wandten sich hauptsächlich die kleineren Grubenbesitzer, während der Widerstand der größeren ein geringerer war, da ihre Gruben, so z. B. in Durham und Northumberland sehr gut geleitet waren und von einer Inspection nichts zu befürchten hatten. Nur über die Macht und die Befugnisse der Inspectoren giengen die Meinungen auseinander. Die Arbeiter verlangten, dass die Inspectoren das Recht und die Pflicht hätten, die Gruben zu inspiciern, in die Betriebspläne Einsicht zu nehmen und eventuell zum Schutze der Arbeiter Änderungen in der Betriebsordnung vorzunehmen. Gegen die letzteren Forderungen erhoben die Besitzer heftige Einsprache und der Ausschuss schloss sich ihren Wünschen an.

Am 2. Juni 1850 wurde die Vorlage, betreffend die Beaufsichtigung der Kohlengruben, eingebracht und nach heftigem Widerstande der Kleinbesitzer angenommen. Dieses Gesetz vom 14. August 1850 sollte 5 Jahre Geltung haben und enthielt folgende Bestimmungen: Die vom Staatssecretär ernannten Inspectoren sollten jederzeit die Befugnis haben, eine Kohlengrube zu inspiciern; fänden sie einen Theil gefährlich oder fehlerhaft, so sollten sie den Verwalter der Grube auffordern, die Gefahr zu beseitigen; würde dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, so sollten sie dem Besitzer mittheilen, dass sie die Grube für unsicher halten und gleichzeitig dem Staatssecretär Meldung erstatten. Ferner sollte jeder Unglücksfall mit tödlichem Ausgange binnen 24 Stunden dem Staatssecretär gemeldet werden.

Die Arbeiter waren mit diesem Gesetze nicht zufrieden und wurden in ihren Forderungen durch die zahlreichen Grubenexplosionen begünstigt. Schon 1852 wurde ein Ausschuss des Unterhauses eingesetzt, um die Ursachen der zahlreichen Explosionen zu erforschen. Dieser Ausschuss erklärte die bestehende Inspection für durchaus unzulänglich, da jeder der 4 gemäß dem Gesetze des Jahres 1850 eingesetzten Inspectoren über 400 Gruben zu beaufsichtigen habe und 3 bis 4 Jahre zur einmaligen Untersuchung aller Gruben benöthigen würde. Die Zahl der Inspectoren sei demnach zu klein und überdies ihre Machtbefugnisse nicht ausreichend. Besondere Untersuchungen stellte der Ausschuss über die Ventilation in den Gruben an, deren schlechter Stand die erste Ursache aller Explosionen sei.

Die Arbeiter verlangten daher die Bestellung von Unterinspectoren, zu welchen junge, verständige Bergarbeiter zur Unterstützung der Inspectoren ernannt werden sollten. Das Ergebnis der Berathungen war das Gesetz vom Jahre 1855, welches die Befugnisse der Inspectoren dergestalt erweiterte, dass dieselben nach fruchtloser Aufforderung zur Beseitigung einer Gefahr in der Grube, die Sache einem Schiedsrichter zur Entscheidung vorlegen sollten. Ferner wurden 7 allgemeine Vorschriften für alle Gruben erlassen, welche sich auf die Sicherheit, besonders auf die Ventilation beziehen. Schließlich sollten in jeder Grube specielle Vorschriften erlassen werden, zu deren Abänderung der Staatssecretär das Recht habe; dagegen könne der Besitzer Einsprache erheben, in welchem Falle ein Schiedsspruch entscheide.

Da dieses Gesetz nur 5 Jahre Geltung haben sollte, so musste im Jahre 1860 ein neues erlassen werden; in diesem wurde das Aufnahmsalter der Kinder zur unterirdischen Bergwerksarbeit auf 12 Jahre festgesetzt; nur unter gewissen Ausnahmen sollten Kinder von 10 Jahren zugelassen werden, wenn sie nämlich ein Zeugnis eines Schulmeisters über genügende Schulbildung beibrächten. Das erforderliche Alter zur Bewachung einer Dampfmaschine wurde auf 18 Jahre erhöht, die Vollzugsbefugnis des Inspectors erweitert und 8 neue allgemeine Sicherheitsvorschriften erlassen und einige Änderungen bezüglich der speciellen Vorschriften durchgeführt.

Die wichtigste Neuerung traf jedoch die Wägebestimmung: Wo nach dem Gewichte oder Maße des geförderten Minerals die Bezahlung erfolge, solle richtig gewogen oder gemessen werden und zur Controle darüber sei den Arbeitern gestattet, auf eigene Kosten einen in derselben Grube beschäftigten Arbeiter als Controleur „Check Weigher“ anzustellen. Allerdings hatte derselbe keine Befugnis, das Messen und Wägen zu unterbrechen, sein einziges Recht war vielmehr nur den Arbeitern über das Wägen Bericht zu erstatten. So groß auch die Mängel dieser Bestimmung waren, so wenig sie ihren Zweck, die Missbräuche bei der Festsetzung der geförderten Kohlenmenge abzustellen, erfüllte, so lässt sich doch ihr bedeutender Wert für die Arbeiter nicht verkennen. Es war ein erster Schritt in einer neuen Richtung, den Arbeiter bei der Erfüllung des Arbeitsvertrages zu schützen, ohne dass aber ein Eingriff in die Vertragsfreiheit geschah. Auch dieses Gesetz befriedigte die Arbeiter nicht vollkommen; schon im Jahre 1861

richteten sie eine Petition an das Parlament, in welcher sie ihre Wünsche in genauer Weise formulierten. Nach Aufzählung mancherlei Übelstände stellten sie folgende Bitten zur Abhilfe derselben:

1. Die obligatorische wöchentliche Lohnauszahlung,
2. die Beschränkung der Arbeitszeit für Knaben bis zu 14 Jahren auf 8 Stunden täglich,
3. die Abschaffung der Beschäftigung der weiblichen Personen an den Schachtmündungen als zu Unsittlichkeiten führend,
4. Bestellung einer genügenden Zahl von Unterinspectoren aus den Reihen der Arbeiter,
5. dass die Anstellung zum Betriebsleiter abhängig gemacht werde von der Beibringung eines Certificate of Competency, eines Zeugnisses der Befähigung,
6. dass die Lohnzahlung nur nach dem Gewichte der geförderten Kohlen statfinde, Wagen und Gewichte geprüft werden und die Befugnisse des Wägecontroleurs erweitert werden sollten.

Diese Petition hatte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses am 10. Mai 1865 zur Folge, welcher am 31. Juli 1867 seinen Schlussbericht veröffentlichte. Aus der Petition der Bergarbeiter und dem Berichte des Ausschusses gieng der „Coal Mines Regulation Act“ vom 10. August 1872 hervor. Dieses Gesetz gab genaue Bestimmungen über den Schulbesuch, regelte die Arbeitszeit der jugendlichen Personen bis zum 16. Jahre mit 10 Stunden täglich und 54 Stunden wöchentlich. Es verbot ferner die Nacht- und Sonntagsarbeit der Kinder und Frauen und setzte die Zeit der Pausen während der Arbeit auf wenigstens 1½ Stunden fest. Bezüglich der Lohnzahlung wurde das Gewicht der geförderten Kohlenmenge zur Grundlage gemacht; Strafabzüge sollten gemeinsam von dem „Banksman“ und dem Controleur vereinbart werden. Die Befugnisse des Wägecontroleurs wurden ein wenig erweitert und seine Entfernung sollte nur auf gerichtlichem Wege möglich sein. Für die Prüfung der Maße und Gewichte wurden Bestimmungen getroffen, die allgemeinen Schutzvorschriften für die Sicherheit der Gruben auf 31 vermehrt und bezogen sich hauptsächlich auf die Ventilation und auf die Inspection der Gruben durch die Arbeiter selbst auf eigene Kosten. Zur Bestellung zum Verwalter, „manager“ eines Bergwerkes sei ein Zeugnis der Befähigung nothwendig und überdies dürfe kein Zwischenhändler, „Contractor for getting the Mineral“, diese Stelle bekleiden. Be-

züglich der Erlangung der Befähigungszeugnisse wurden genaue Bestimmungen getroffen. Die Vorschriften über die Inspection wurden erweitert und genaue Bestimmungen über die Leichenschau erlassen.

Bloß die Vorschriften über Frauen- und Kinderarbeit galten für alle Bergwerke, dagegen bezogen sich alle anderen Bestimmungen, besonders jene über die Inspection, bloß auf Kohlenbergwerke, während die Anwendung auf Erzbergwerke ausgeschlossen wurde. Der Grund dieser Erscheinung lag hauptsächlich darin, dass die Erzbergwerke weniger gefährlich sind und gerade die zahlreichen Explosionen in den Kohlengruben die Gesetze herbeigeführt hatten. Da aber auch in den Erzbergwerken schwere Unglücksfälle vorkamen, verlangten die Arbeiter in denselben bald die Ausdehnung der Bestimmungen der Kohlengruben auf die Erzbergwerke. Es wurde daher im Jahre 1862 eine Enquête einberufen, welche den Bericht im Juli 1864 veröffentlichte. Das diesbezügliche Gesetz kam jedoch erst am 10. August 1872 zustande und führte den Titel: „An Act to consolidate and amend the laws relating to metalliferous Mines.“ Da dieses Gesetz noch heute in Geltung steht, sind die genauen Bestimmungen im zweiten Theile enthalten.

Auch das Kohlenbergwerksgesetz vom Jahre 1872 befriedigte die Arbeiter nicht vollkommen und die Agitation der Miner's National Union, welche die meisten Bergarbeiter zu ihren Mitgliedern zählt, führte das heute geltende Gesetz vom Jahre 1887 und den „Check Weigher Act“ vom 25. August 1894 herbei.

Zweiter Theil.

Gegenwärtiger Stand der Gesetzgebung.

I. Capitel.

Der Beschäftigungsschutz.

A. Allgemeines.

Beim Beschäftigungsschutz handelt es sich darum, die Freiheit des Arbeitgebers in der beliebigen Verwendung seiner Arbeitskräfte durch gesetzliche Normen zu beschränken; diese Beschränkungen haben einerseits den Zweck, die Verwendung gewisser Personen — Frauen und Kinder — entweder überhaupt oder zu gewissen Diensten auszuschließen, andererseits in Arbeit Stehende vor übermäßiger Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte zu schützen und gegen Betriebsunfälle zu sichern. Diese Zwecke werden erreicht durch Aufstellung einer Maximalarbeitszeit und durch Normierung eines gewissen Mindestmaßes von Arbeitsruhe durch Gewährung von Unterbrechungen der Arbeit, durch Pausen, Nacht- und Sonntagsruhe.

§ 1. Kinder und Frauen in Bergwerken.

Der erste Gegenstand einer Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter waren die Kinder; ihre Lage war aber auch derart elend und betrübend, dass sie dringend und zu allererst einer Abhilfe bedurfte. Kaum glaublich erscheinen die Berichte der „Children's Employment Commission“, welche im Jahre 1840 in England zur Untersuchung der Lage der Kinder in den Bergwerken eingesetzt wurde. 3jährige Kinder wurden in die Bergwerke geschickt! Überdies geschah ihre Verwendung zu den anstrengendsten der Bergarbeiten, so insbesondere zum Kohlentragen, welches darin bestand, die Kohlenstücke auf dem Rücken die Leitern hinaufzutragen. In dem Berichte der genannten Commission heißt es

darüber: „Wenn man die Natur dieser abscheulichen Arbeit, ihre furchtbare Härte, ihre regelmäßige Dauer von 12 bis 14 Stunden täglich, die dumpfige, heiße, ungesunde Luft der Gruben und das zarte Alter und Geschlecht der Arbeiter in Betracht zieht, gewinnt man ein Bild von tödlicher physischer Unterdrückung und planmäßiger Slaverei, welche jedermann, der mit den Thatsachen nicht schon vertraut ist, in Großbritannien für unmöglich halten müsste.“

So traurig, wie in England, sah es allerdings in den anderen Ländern nicht aus; aber auch hier gab es viele Missbräuche frühzeitiger und übergroßer Kinderarbeit. Wo gab es auch jemanden, der den Kindern Fürsorge zugewendet hätte! Die Arbeitgeber sahen in denselben nur billiges Arbeitsmaterial, das nach Möglichkeit auszubeuten sie sich nicht scheuten. Aber auch die Eltern sorgten nicht für sie; im Gegentheile, auch sie nützten ihre Kinder aus, nahmen sie frühzeitig mit in den Schacht hinunter, um auf diese Art ihren allerdings kleinen Lohn zu vergrößern. Wenn auch verständigere Eltern einsahen, wie schädlich solche Arbeit für die körperliche, wie geistige Entwicklung wirke, besaßen sie doch nicht die moralische Kraft, auf diese Art der Vergrößerung ihres Einkommens zu verzichten. Ein Staatseingriff war mithin völlig gerechtfertigt und nothwendig. Zu schützen ist dabei die Arbeitskraft, d. i. die Lebenskraft des jugendlichen Arbeiters, „ist doch der Arbeiter seinen ganzen Lebenstag nichts anderes außer Arbeitskraft“. Diese Lebenskraft soll im Interesse der Gesamtheit, wie des Einzelnen behütet, erhalten werden, insoweit als solches herbeizuführen für die Gesellschaft und den Staat im Bereiche der Möglichkeit liegt, wenn zugleich das Individuum sicher sein darf, das Verlangen nach lohnender Verwertung dieser Arbeitskraft könne dabei als angemessen berücksichtigt werden. Maßnahmen zur Abwehr der dem Körper drohenden Schäden wie zur Förderung der Entwicklung der Geisteskräfte sind gleichermaßen angezeigt. Zu allererst musste sich eine solche Gesetzgebung zum Schutze der Kinder die Frage vorlegen, bis zu welchem Alter eine Arbeit überhaupt unzulässig und daher zu verbieten sei, bis zu welchem Alter eine regelmäßige, anstrengende Beschäftigung die körperliche Entwicklung so weit hindere, dass eine dauernde Schädigung des Organismus die Folge sei. Naturgemäß pflanzte sich die Fürsorge der Gesetzgebung allmählich

auch auf die dem eigentlichen Kindesalter entwachsenen, sogenannten jugendlichen Personen fort; auch diese sollten nur soweit beschäftigt werden, dass sie in ihrer Entwicklung nicht gestört seien. Demnach wurde auch ihre Verwendung gewissen Einschränkungen unterworfen; vor allem hat die Gesetzgebung durch Verkürzung der Arbeitszeit in Verbindung mit genauer, ausnahmslos innezuhaltender Festsetzung der Arbeitsstunden und Ruhepausen das unumgänglich Nothwendige gethan, um zwischen Verausgabung physischer Kraft und Vereinnahmung von Kraft mittels Befriedigung des Bedürfnisses nach körperlicher wie geistiger Ruhe „das Gleichgewicht herzustellen, welches dem Menschen den Menschen wieder gibt.“

Die Arbeitszeit muss demnach auf ein gewisses Maximum festgesetzt sein; aber auch die Art der Beschäftigung muss eingeschränkt werden, damit die Arbeitgeber an die jugendlichen Arbeiter nicht Anforderungen stellen, die das Maß ihrer physischen Fähigkeiten übersteigen und einen frühzeitigen Verfall ihrer Gesundheit herbeiführen. Andererseits dürfen diesen Personen noch nicht Arbeiten auferlegt werden, die schon eine gewisse Intelligenz, Ruhe und Aufmerksamkeit beanspruchen, deren Unterlassung eine große Gefahr für alle in der Grube befindlichen Arbeiter herbeizuführen geeignet ist, wie die Besorgung der Maschinen zum Auf- und Niederlassen der Bergleute in den Schacht.

Frauen: Bald wandte sich die Fürsorge der Gesetzgebung auch den in der Grube beschäftigten Frauen zu. Man fand, dass besonders die Arbeit unter Tage die physische wie die moralische Gesundheit der Mädchen und Frauen untergrabe und arge Demoralisation der Arbeiterklasse herbeiführe. Auch hinsichtlich der Frauen musste sich die Gesetzgebung besonders nach zwei Richtungen erstrecken, Begrenzung der Arbeitszeit und Beschränkung der Verwendung. Zu Gunsten eines Maximalarbeitstages sprechen nicht allein die Rücksichten auf Gesundheit und körperliche Entwicklung, sondern auch der Umstand, dass die verheirateten Arbeiterinnen als Führerinnen eines Hauswesens und Pflegerinnen und Erzieherinnen von Kindern wichtige Pflichten zu erfüllen haben, die sie bei übermäßig langer Arbeitszeit nicht zu erfüllen vermögen.

Ferner sollen die Frauen zu gewissen schweren und gefährlichen Arbeiten nicht zugelassen werden. Nach den vom deutschen Reichsversicherungsamte veröffentlichten Ergebnissen der Unfalls-

statistik wurden bei den Männern 25·08% aller Unfälle durch eigenes Verschulden hervorgerufen, während sich das Verhältnis bei den weiblichen Arbeitern auf 39·65% erhöhte. Schon aus diesem Grunde der erhöhten Unfallsgefahr sollen sie nicht zu übermäßig ermüdenden und gefährlichen Arbeiten verwendet werden.

§ 2. Der Normalarbeitstag.

Haben wir im bisherigen die zum Schutze der Kinder und Frauen getroffenen Maßnahmen betrachtet, so ist es jetzt unsere Aufgabe, die zu Gunsten der erwachsenen männlichen Arbeiter erlassenen Normen zu erörtern. Zu diesen gehört vor allem die Einführung des Normalarbeitstages. Für die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit der erwachsenen männlichen Arbeiter sprechen zum Theile dieselben Gründe wie bei den jugendlichen Personen und Frauen; durch allzulange Beschäftigung leidet die Gesundheit, Moralität und Intelligenz. Besonders wird aber das Familienleben getrübt, „davon jedoch, ob dem Arbeiter auch noch Zeit und Stimmung bleibt, den Kindern ein Erzieher, der Familie Haupt und Stütze zu sein, hängt größtentheils auch der Segen ab, den die Fabriken dem Lande bringen.“ (Motive zum Arbeiterschutzgesetzentwürfe in der Schweiz.) Mehrere Staaten haben auch thatsächlich diese Gründe anerkannt und die Arbeitszeit auf ein bestimmtes Maximum begrenzt. Zwar wurden dagegen zahlreiche Einwände erhoben und besonders geltend gemacht, dass die Regelung der Arbeitszeit für Erwachsene, welche im Zusammenhange mit der Höhe des Arbeitslohnes und die von dem Verhältnisse zwischen Anfrage und Angebot abhängig sei, dem freien Übereinkommen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu überlassen sei. Die Motive zur Arbeiternovelle vom 21. Juni 1884 in Österreich fanden dieses Argument für gerechtfertigt, erklärten aber: „Ausschlaggebend für die Bestimmung war die Erwägung, dass die Feststellung einer täglichen Maximalarbeitszeit einen der Hauptwünsche der Bergarbeiter bildet, dass das im Entwurfe vorgeschlagene Maximalausmaß seitens der einvernommenen Vertreter der Werksbesitzer als ausreichend anerkannt wurde und dass dasselbe auch den bei den meisten Bergbauen bestehenden thatsächlichen Verhältnissen entspricht.“

Seit den letzten Jahren wird jedoch von den Arbeitern die allgemeine Einführung des 8stündigen Normalarbeitstages gefordert,

welchem Verlangen sich die Bergarbeiter angeschlossen haben. Gegen diese Forderung werden von den Bergwerksbesitzern zahlreiche Einwände erhoben und vor allem Argumente volkswirtschaftlicher Natur geltend gemacht: So behaupten die Unternehmer, die deutsche Bergwerks-, besonders die Kohlenindustrie müsste durch Herabsetzung der Schichtdauer ihre Concurrenzzfähigkeit auf dem inländischen, wie auf dem ausländischen Markte einbüßen. Diese Befürchtung ist jedoch erwiesenermaßen unbegründet; einzelne Bergwerke in Österreich und Deutschland haben den Versuch unternommen, probeweise die 8stündige Schicht einzuführen und haben dabei den Nachweis erbracht, dass alle Befürchtungen ohne Grund gehegt werden. Diese Bergwerke hielten der inländischen, wie ausländischen Concurrenz vollkommen stand. Die einzige Concurrenz, die Österreich und Deutschland fürchten könnten, wäre England; allein gerade dort ist die kürzere Arbeitszeit, ohne zu schaden, schon lange eingeführt worden. Die große Differenz der Arbeitszeiten in England — zwischen 7 Stunden in Northumberland und Durham und $9\frac{1}{2}$ Stunden in Lancashire und North-Wales — hat die mächtige Entwicklung der Steinkohlenindustrie daselbst ebensowenig gehindert, wie die gleichen Verhältnisse in Österreich von irgend einem Nachtheil für die Bergwerke begleitet waren.

Als ein weiteres Argument dagegen wird die starke Vergrößerung der Productionskosten angeführt; auch dieser Einwand hat sich als unstichhältig erwiesen. Denn nach gemachten Erfahrungen ist die Dauer der Arbeitszeit nur innerhalb gewisser Grenzen für die Arbeitsleistung maßgebend, da bei übermäßig langer Arbeitszeit die Kraft des Arbeiters derart erlahmt, dass in den letzten Stunden nicht mehr das Gleiche wie in den ersten geleistet wird. Man fand sogar, dass die Kohlenförderung per Mann dort die größte ist, wo die kürzeste Arbeitszeit besteht. So wurden im Jahre 1890 in Northumberland bei einer täglichen Schichtdauer von 7 Stunden per Mann 354 Tonnen Kohlen gefördert, während die Förderung in Lancashire bei einer Schichtdauer von $9\frac{1}{2}$ Stunden bloß 295 Tonnen betrug.

§ 3. Sonntagsruhe.

Die Frage der Sonntagsarbeit kann man von einem doppelten Gesichtspunkte behandeln, dem religiösen und dem socialen. Schon

seit alter Zeit verlangt die Kirche, dass im christlichen Staate der Sonntag, der Tag des Herrn, der religiösen Erhebung und Weihe gewidmet sei, jede Arbeit als entweihend zu unterbleiben habe. Diese gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Sonntagsruhe hatten demnach hauptsächlich die öffentliche Feier und Heiligung zum Zwecke, verboten daher jede geräuschvolle Arbeit, um eine Störung des Gottesdienstes zu verhindern.

Aber nicht vom kirchlich-religiösen, sondern vom socialen Gesichtspunkte war es Aufgabe der Gesetzgebung, die Sonntagsarbeit zu verbieten. Den größten Einfluss spielten hierbei hygienische Rücksichten; der internationale hygienische Congress, der im Jahre 1882 in Genf tagte, begründete seine Resolution, in welcher er auf das Angelegentlichste für die allgemeine Einführung der Sonntagsruhe eintrat, folgendermaßen: „Der menschliche Organismus ist so eingerichtet, dass er von 7 Tagen je einen zur Erholung von leiblicher und geistiger Arbeit bedarf. Der wöchentliche Erholungstag ist den Menschen umso nothwendiger, je anstrengender oder je einförmiger die Arbeit und je mehr dieselbe mit gesundheits-schädlichen Einflüssen verbunden ist. Der Mangel des wöchentlichen Ruhetages schädigt auf mancherlei Weise Gesundheit und Arbeitskraft und führt allmählich zu unheilbarem Siechthum, zu früher Erwerbsunfähigkeit und vorzeitigem Tode. Außerdem wird durch unausgesetzte Arbeit der Trunksucht Vorschub geleistet, das Familienleben gestört.“

Allerdings gibt es Fälle, in denen eine Sonntagsruhe unmöglich ist. So können technische Rücksichten vorhanden sein, welche eine Unterbrechung der Arbeit durchaus nicht zulassen, wie bei Hochöfen, die ununterbrochener Feuerung bedürfen. Ferner gibt es Arbeiten wie die Wetterführung, Reinigungsarbeiten und Reparaturen, die nur beim Stillstand der Arbeit vorgenommen werden können und für die Wiederaufnahme der regelmäßigen Arbeit von Wichtigkeit sind. In solchen Fällen ist dafür zu sorgen, dass den Arbeitern, welchen auf diese Weise die Sonntagsruhe entgangen ist, durch Freigeben eines anderen Tages Ersatz geschaffen wird. Andererseits sind Ausnahmen auch zuzulassen im Falle eines Nothstandes oder zur Beseitigung einer Gefahr; in vielen Staaten ist auch im Falle dringenden Bedarfes die Sonntagsarbeit zulässig. Alle diese Ausnahmen sind jedoch gesetzlich zu regeln und von der Bewilligung gewisser Behörden abhängig zu machen,

andererseits ist die Zulässigkeit der Ausnahmen zu begrenzen, um durch deren übermäßige Ausdehnung die Sonntagsruhe nicht zu gefährden und um dem Unternehmer die Möglichkeit zu nehmen, Missbräuche mit denselben zu machen. Naturgemäß ist die Sonntagsruhe auch obligatorisch zu machen und jede freiwillige Arbeit seitens der Arbeiter zu verbieten.

§ 4. Schutz gegen Betriebsunfälle.

Von zahlreichen Gefahren ist der Bergmann während des Betriebes bedroht; schlagende Wetter, Herabfallen von Gestein, Grubenbrände, Verbruch in der Grube und viele andere Unfälle machen die Arbeit in den Bergwerken zu einer der gefährlichsten. Bei einer Gesamtzahl von 115583 in Österreich im Jahre 1894 beschäftigten Bergarbeitern verunglückten 1011, von welchen 378 tödlich, 633 schwer verletzt wurden. Einer einzigen Schlagwetterexplosion, die im Jahre 1894 im Mährisch-Ostrauer Reviere vorkam, fielen 254 Menschen zum Opfer. In England kamen bei einer Gesamtzahl von 605338 Bergleuten 1128 tödliche Verletzungen vor.

Neben den plötzlichen Gefahren bedrohen den Bergmann auch andere seiner Gesundheit in hohem Maße schädliche Einwirkungen. Schon der lange Aufenthalt in der Grube an und für sich, das Entbehren des Sonnenlichtes bewirken Anämie, Augenleiden und heftige Katarrhe der Athmungsorgane. Alle unter Tage Arbeitenden athmen massenhaft Kohlenstaub ein, dessen Folge, die sogenannte Bergmannslunge die Ventilation des Blutes erschwert und ebenfalls zur Anämie führt. Dem Schlepper verursacht seine schwere Arbeit nicht selten Leistenbrüche, Congestionen, Gefäßzerreißung der Lungen.

Sich gegen diese Gefahren selbst zu schützen, ist der Arbeiter nicht in der Lage; gesetzliche Eingriffe sind daher unumgänglich nothwendig, und dies umsomehr, als die durch Concurrnzzücksichten gebundenen Bergwerksbesitzer sich zum Theile scheuen würden eine kostspielige Vorrichtung zum Schutze gegen die mit dem Betriebe verbundenen Übelstände zu treffen. Es ist also Aufgabe der Gesetzgebung, gewisse Normen für die Anlage und innere Einrichtung der Bergwerke zu schaffen sowie andere entsprechende Maßnahmen zu treffen, um die Bergarbeit einerseits zu einer weniger gefährlichen, andererseits zu einer weniger schädlichen Beschäftigung zu machen.

*B. Die Gesetzgebung in den einzelnen Staaten.***I. Österreich.****1. Kinder und Frauen in den Bergwerken.**

Die gegenwärtigen Vorschriften über Frauen- und Kinderarbeit beruhen auf der Arbeiternovelle vom 21. Juni 1884, Nr. 115 R.-G.-B. Im allgemeinen ist zur Aufnahme zu Bergarbeiten das zurückgelegte 14. Lebensjahr erforderlich. Nur ausnahmsweise dürfen Kinder zwischen dem vollendeten 12. und 14. Lebensjahre für leichte Arbeiten über Tage, unbeschadet ihrer Schulpflicht, über Ansuchen ihrer Eltern oder Vormünder mit besonderer Bewilligung der Bergbehörde verwendet werden.

Jugendliche Personen männlichen Geschlechtes, welche das 16. Lebensjahr nicht überschritten haben, dürfen nur in einer Weise beschäftigt werden, „welche ihrer körperlichen Entwicklung nicht nachtheilig ist.“ Eine specielle Maximalarbeitszeit für jugendliche Personen gibt es nicht; aber eine allgemeine Bestimmung, welche für alle Bergarbeiter ohne Unterschied des Alters und Geschlechtes gilt, begrenzt die Schichtdauer auf 12 Stunden, während welcher die wirkliche Arbeitszeit 10 Stunden nicht übersteigen darf. Der Beginn der Schicht wird nach der Zeit der Einfahrt, ihre Beendigung nach der vollendeten Ausfahrt berechnet. Ausnahmen hievon kann der Ackerbauminister für hochgelegene Bergbaue der Alpenländer mit der Maßgabe bewilligen, dass die Zahl von 60 wirklichen Arbeitsstunden nicht überschritten werden darf. Im Falle außerordentlicher Ereignisse oder zeitweiligen dringenden Bedarfes kann die Berghauptmannschaft nach Zahl und Dauer beschränkte Überschichten gestatten.

Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe sind die gleichen wie für erwachsene Arbeiter; von einer Untersagung der Nachtarbeit sowie einem ausdrücklichen Verbote zu gewissen Beschäftigungen wurde Umgang genommen.

Alle vorangehenden Bestimmungen verlieren die Geltung in Fällen dringender Gefahr für die Sicherheit des Lebens, der Gesundheit und des Eigenthums.

Controlmaßregeln.

Die Aufnahme der jugendlichen Personen ist nur dann gestattet, wenn dieselben ein Arbeitsbuch besitzen; dieses wird von

der Gemeindebehörde des Aufenthaltsortes stempelfrei ausgefertigt, jedoch muss der Vater oder gesetzliche Vertreter die Zustimmung ertheilen. Ist die Erklärung derselben nicht zu beschaffen, so kann die Gemeindebehörde die Zustimmung gewähren.

Neben den allgemeinen Vorschriften für Arbeitsbücher überhaupt, gilt für jene der jugendlichen Personen die Bestimmung, dass sie den Namen und Wohnort des gesetzlichen Vertreters und die Zustimmung desselben zur Eingehung des Arbeitsverhältnisses, dann eine Auskunft über die erworbene Schulbildung enthalten.

Frauenarbeit.

Für jugendliche Arbeiter weiblichen Geschlechtes gelten dieselben Vorschriften mit der einzigen Ausnahme, dass bei ihnen das jugendliche Alter bis zum 18. Lebensjahre gerechnet wird. Außerdem dürfen Frauen und Mädchen jeden Alters nur über Tage verwendet werden. Wöchnerinnen dürfen die Arbeit erst 6 Wochen nach ihrer Niederkunft beginnen, nur ausnahmsweise nach 4 Wochen auf Grund ärztlicher Constatierung ihrer Arbeitsfähigkeit.

Die Beobachtung dieser Vorschriften wird durch die Bergbehörden überwacht und jede Übertretung mit Geldstrafe bis zu 200 fl. bestraft.

2. Der Normalarbeitstag.

Die Zeit und Dauer der Arbeit ist in der Arbeitsordnung genau anzugeben (§ 200 a. B.-G.). Außerdem ist die Maximalgrenze der Arbeitszeit durch die Arbeiternovelle vom 21. Juni 1884, Nr. 115 R.-G.-B. festgesetzt. Nach § 3 dieses Gesetzes darf die Schichtdauer 12 Stunden und die tägliche wirkliche Arbeitszeit während derselben 10 Stunden nicht übersteigen. Der Beginn der Schicht wird nach der Zeit der Einfahrt, ihre Beendigung nach der vollendeten Ausfahrt berechnet. Ausnahmen sind nur im Falle außerordentlicher Ereignisse oder zeitweiligen dringenden Bedarfes möglich, jedoch nur über Bewilligung der Berghauptmannschaft, welche diese Überschichten nur nach Zahl und Dauer beschränkt zu gestatten ermächtigt ist. Nur in Fällen dringender Gefahr für die Sicherheit des Lebens, der Gesundheit und des Eigenthums ist der Bergwerksbesitzer an die Bestimmungen über Arbeitszeit ebenso wie über die Sonntagsruhe nicht gebunden und darf aus eigener

Machtvollkommenheit Ausnahmen verfügen (§ 5 desselben Gesetzes). Allerdings ist diese Befugnis insoweit beschränkt, dass der Bergwerksbesitzer oder dessen Bevollmächtigte verpflichtet ist, solche gefährliche Ereignisse der Bergbehörde sogleich anzuzeigen, welche dann die erforderlichen Maßregeln anzuordnen hat (§§ 222, 223 a. B.-G.).

Für hochgelegene Bergbaue der Alpenländer kann der Ackerbauminister Ausnahmen insoweit bewilligen, dass die Zahl von 60 wirklichen Arbeitsstunden nicht überschritten werden darf.

Bezüglich der Pausen ist eine gesetzliche Regelung nicht vorhanden.

3. Sonntagsruhe.

Nach § 4 der Arbeiternovelle haben die Arbeiten bei dem Bergwerksbetriebe an Sonntagen zu ruhen; diese Ruhe hat spätestens um 6 Uhr früh am Sonntag und zwar für die gesamte Mannschaft gleichzeitig zu beginnen und volle 24 Stunden von ihrem Beginne an zu dauern.

Ausnahmen sind nur für solche Arbeiten zulässig, welche ihrer Natur nach keine Unterbrechung erleiden dürfen oder welche nur zu einer Zeit, wo der Betrieb ruht, vorgenommen werden können. Als solche Arbeiten führt das Gesetz beispielsweise folgende an: Die Wasserhaltung, Wetterführung, den Betrieb der Schmelz-, Röst- und Coaksöfen, die Grubenwache, die Arbeiten im schwimmenden Gebirge, weiters die Grubensäuberungs-, sowie Instandhaltungsarbeiten ober und unter Tags, mit Zustimmung der Bergbehörde auch unaufschiebbare Verladungsarbeiten. Die Beobachtung dieser Vorschriften ist durch die Bergbehörden zu überwachen und sind Übertretungen mit einer Geldstrafe bis zu 200 fl. zu bestrafen.

Bezüglich der Arbeit an Festtagen ist im Gesetze keine Bestimmung enthalten; es steht daher der Beschäftigung der Arbeiter an diesen Tagen ein gesetzliches Hindernis nicht entgegen.

4. Schutz gegen Betriebsunfälle.

Eine vorzügliche Pflicht jedes Bergwerksbesitzers ist die Sicherung der Bergbaue und des Betriebes gegen jede Gefahr für Personen und Eigenthum. Diese Verpflichtung ist ein wichtiger Theil der sogenannten Bauhafthaltung und umfasst nach § 171 a. B.-G. hauptsächlich die verlässliche Einfriedung aller Tageinbaue

gegen das Einstürzen von Menschen, die gehörige Versicherung der Fahrten, tägliche Untersuchung der Fahrmaschinen und die Sorge für die Wetterführung. Neben diesen gesetzlichen Vorschriften gibt es noch zahlreiche bergpolizeiliche Verordnungen der einzelnen Berghauptmannschaften, welche die Sicherung der Arbeiter gegen die Gefahren des Betriebes bezwecken. Diese Verordnungen beziehen sich hauptsächlich auf die Grubenförderung und Grubenfahrt, auf die Erzeugung und Benützung von Sprengmitteln und auf die Vorsichtsmaßregeln bei Bergbauen mit schlagenden Wettern.

Die Aufsicht über die Ausführung dieser Vorschriften obliegt der Bergbehörde und dieselbe hat im Falle der Wahrnehmung eines sicherheitswidrigen Zustandes die Art der Abstellung, sowie die Frist zur Vornahme derselben zu bestimmen oder diese nöthigenfalls auch sogleich auf Kosten des Besitzers ausführen zu lassen (§ 173 a. B.-G.).

Um zu verhüten, dass die Leitung von Bergwerken in den Händen unkundiger Personen liege, wodurch die Gefahr des Betriebes vergrößert würde, stellt das Gesetz vom 31. December 1893, Nr. 12 R.-G.-B. 1894 bestimmte Anforderungen an die Betriebsleiter und Aufseher. Als Betriebsleiter dürfen nämlich nur solche Personen angestellt werden, welche eine inländische Bergakademie mit gutem Erfolge absolviert haben und mindestens 3 Jahre beim Bergbaubetriebe praktisch thätig gewesen sind. Ausnahmen kann für kleinere, weniger gefährliche Betriebe bis zum 1. März 1899 der Berghauptmann, später nur der Ackerbauminister zulassen.

Als Betriebsaufseher, das sind den Betriebsleitern unterstehende, zur Beaufsichtigung des technischen Betriebes bestimmte Personen, dürfen nur solche bestellt werden, welche eine niedere Bergschule absolviert haben oder deren praktische Befähigung zu den ihnen übertragenen Aufgaben nachgewiesen ist.

Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet, den Betriebsleiter und Betriebsaufseher vor Übergabe der ihnen obliegenden Aufgaben unter Vorlage der Nachweise über ihre Befähigung der Bergbehörde namhaft zu machen. Übertretungen dieser Bestimmungen sind strafbar und unterliegen einer Geldstrafe bis zu 50 fl.; außerdem wird der Bergwerksbesitzer, welcher einen Bergbau ohne vorgeschriebene Leitung betreibt, mit 5 fl. und nach fruchtlos ergangener Mahnung mit 10 fl. für jeden Tag bestraft. Auch ist,

wenn die Fortdauer dieses Zustandes mit Gefahr für Personen und Eigenthum verbunden ist, der Betrieb so lange einzustellen, bis ein Betriebsleiter nach Vorschrift des Gesetzes bestellt ist.

Für die Beobachtung der hinsichtlich des Bergbaues bestehenden Gesetze und Verordnungen ist der Betriebsleiter mit dem Bergwerksbesitzer verantwortlich (§ 187 a. B.-G.). Werden dieselben jedoch trotz wiederholter Ermahnung nicht befolgt oder wenn die Unfähigkeit des Werksleiters die Sicherheit des Bergbaues gefährdet, so ist die Bergbehörde befugt, auf Gefahr und Kosten des Besitzers einen sachverständigen Betriebsleiter bis zur Behebung des Übelstandes anzustellen (§ 224 a. B.-G.).

II. Deutschland.

1. Kinder und Frauen in Bergwerken.

Beschränkung der Arbeitsdauer:

Nach der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 dürfen Kinder unter 13 Jahren in Bergwerken nicht beschäftigt werden; dieses Verbot ist ein absolutes, eine Ausnahme ist durchaus unstatthaft. Zwischen 13—14 Jahren dürfen sie nur soweit beschäftigt werden, als sie nicht zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind. Da die Schulpflicht in allen Ländern des deutschen Reiches mit Ausnahme Baierns bis zum 14. Jahre reicht, bedeutet diese Bestimmung das Arbeitsverbot bis zum Ablaufe des 14. Lebensjahres. Die Arbeitszeit der nicht schulpflichtigen 13jährigen Kinder darf 6 Stunden täglich nicht überschreiten (§ 135 G.-O.).

Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden; auf Steinkohlenbergwerken dürfen sie in 6stündiger Schicht ohne Pause arbeiten, sofern die Art des Betriebes an sich Unterbrechungen der Beschäftigung mit sich bringt (§ 135 G.-O.). Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter dürfen nicht vor 5½ Uhr morgens beginnen und über 8½ Uhr abends dauern, die Nachtarbeit ist demnach verboten. Wird in Steinkohlenbergwerken in 2 Schichten täglich gearbeitet, darf die 1. Schicht nicht vor 5 Uhr morgens beginnen, die 2. nicht nach 10 Uhr abends schließen, keine der beiden aber länger als 8 Stunden dauern. Am Tage vor Sonn- und Festtagen darf die 1. Schicht um 4 Uhr morgens beginnen, am nächsten Werktag die 2. Schicht um 12 Uhr nachts schließen (§ 136 G.-O.). Die

Arbeit an Sonn- und Feiertagen ist verboten; ebenso dürfen jugendliche Arbeiter während der von dem ordentlichem Seelsorger für den Katechumenen- und Confirmanden-, Beicht- und Communionunterricht bestimmten Stunden nicht beschäftigt werden.

Während der Arbeit müssen regelmäßige Pausen eingeführt sein, und zwar für diejenigen, welche nur 6 Stunden täglich arbeiten, im Umfange von $\frac{1}{2}$ Stunde, für die übrigen mindestens von 1 Stunde mittags und je $\frac{1}{2}$ Stunde vor- und nachmittags. Während der Pausen darf ihnen eine Beschäftigung im Betriebe überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn darin diejenigen Theile des Betriebes, in denen jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, für die Zeit der Pausen völlig eingestellt werden oder wenn der Aufenthalt im Freien nicht thunlich und andere geeignete Aufenthaltsräume ohne unverhältnismäßige Schwierigkeiten nicht beschafft werden können (§ 136 G.-O.).

Ausnahmen sind von allen diesen Bestimmungen möglich. Wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb unterbrochen haben, so können Ausnahmen von diesen sämtlichen Beschränkungen auf die Dauer von 4 Wochen durch das Oberbergamt, auf längere Zeit durch den Reichskanzler zugelassen werden. In dringenden Fällen solcher Art, sowie zur Verhütung von Unglücksfällen kann die Bergbehörde, jedoch höchstens auf die Dauer von 14 Tagen solche Ausnahmen gestatten. Wenn ferner die Natur des Betriebes oder Rücksichten auf die Arbeiter es erwünscht erscheinen lassen, dass die Arbeitszeit der jugendlichen Personen auf eine andere als die im Gesetze bestimmte Art geregelt wird, so kann auf besonderen Antrag eine anderweitige Regelung hinsichtlich der Pausen durch das Oberbergamt, im übrigen durch den Reichskanzler gestattet werden. Jedoch dürfen in solchen Fällen die jugendlichen Arbeiter nicht länger als 6 Stunden beschäftigt werden, wenn zwischen den Arbeitsstunden nicht Pausen von zusammen mindestens 1stündiger Dauer gewährt werden. Die auf Grund der genannten Bestimmungen zu treffenden Verfügungen müssen schriftlich erlassen werden (§ 139 G.-O.). Außerdem können durch Beschluss des Bundesrathes Ausnahmen von sämtlichen oben angeführten Beschränkungen erlassen werden, jedoch darf in solchen Fällen die wöchentliche Arbeitszeit für Kinder unter 14 Jahren 36 Stunden,

für junge Leute von 14—16 Jahren die Dauer von 60 Stunden nicht überschreiten (§ 139 a. G.-O.).

Controlmaßregeln.

Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ist von mehreren Bestimmungen zur Controle abhängig; vor allem ist von der Aufnahme an die Bergbehörde die Anzeige zu machen. Ferner sind in den Arbeitsstellen 2 Tafeln auszuhängen, von welchen die eine die Namen sämtlicher jugendlicher Arbeiter, die andere in deutlicher Schrift sämtliche diesbezügliche Vorschriften zu enthalten hat (§ 138 G.-O.).

Außerdem dürfen auf Steinkohlenbergwerken junge Leute unter 16 Jahren nur dann beschäftigt werden, wenn durch das Zeugnis eines von dem Oberbergamte zur Ausstellung solcher Zeugnisse ermächtigten Arztes nachgewiesen ist, dass die körperliche Entwicklung durch die in Aussicht genommene, genau anzugebende Arbeit nicht gestört werde. Ohne solches Zeugnis darf der Bergwerksbesitzer keinen jugendlichen Arbeiter aufnehmen (Gesetz über die jugendlichen Arbeiter in Steinkohlenbergwerken vom 17. März 1892).

Arbeitsbuch und Zeugnis.

Die folgenden Vorschriften sollen gegenüber der allzu großen Selbständigkeit, welche der eigene Erwerb mit sich bringt und der dadurch leicht herbeigeführten Zuchtlosigkeit ein Gegengewicht schaffen, insbesondere in der Stärkung der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt. Sie gelten daher für alle minderjährigen, also unter 21 Jahren stehenden Arbeiter.

Minderjährige Personen dürfen auf Bergwerken nur beschäftigt werden, wenn sie mit einem Arbeitsbuche versehen sind. Bei der Aufnahme solcher Arbeiter hat der Arbeitgeber die Pflicht, dasselbe einzufordern, zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzuweisen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses wieder auszuhändigen. Die Aushändigung erfolgt, wenn der Arbeiter noch nicht 16 Jahre alt ist, immer, vom 16. bis 21. Jahre nur dann an den Vater oder Vormund, wenn dieselben es verlangen, sonst an den Arbeiter selbst (§ 85 b. Berggesetz nach der Abänderung vom 24. Juni 1892).

Die Ausstellung des Arbeitsbuches erfolgt auf Verlangen oder mit Zustimmung des Vaters oder Vormundes durch die Polizei-

behörde des Ortes, an welchem er zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat, wenn aber ein solcher innerhalb des Staatsgebietes nicht stattgefunden hat, von der Polizeibehörde des von ihm zuerst erwählten Arbeitsortes kosten- und stempellos. Weigert der Vater die Zustimmung ohne genügenden Grund und zum Nachtheile des Arbeiters, so kann die Gemeindebehörde die Zustimmung desselben ergänzen. Vor der Ausstellung ist nachzuweisen, dass der Arbeiter zum Besuche der Volksschule nicht mehr verpflichtet ist und glaubhaft zu machen, dass bisher ein Arbeitsbuch für ihn noch nicht ausgestellt wurde (§ 85 c. Berggesetz).

Das Arbeitsbuch muss den Namen des Arbeiters, Ort, Jahr und Tag seiner Geburt, Namen und letzten Wohnort seines Vaters oder Vormundes und die Unterschrift des Arbeiters enthalten. Die Ausstellung erfolgt unter dem Siegel und der Unterschrift der Behörde. Letztere hat über die von ihr ausgestellten Arbeitsbücher ein Verzeichnis zu führen (§ 85 e. B.-G.).

Beim Eintritte des Arbeiters in das Arbeitsverhältnis hat der Arbeitgeber an der dafür bestimmten Stelle die Zeit des Eintrittes und die Art der Beschäftigung, am Ende die Zeit des Austrittes und wenn die Beschäftigung Änderungen erfahren hat, die Art der letzten Beschäftigung einzutragen. Die Eintragungen haben mit Tinte zu geschehen und sind von dem Bergwerksbesitzer oder dem dazu bevollmächtigten Betriebsleiter zu unterfertigen. Geheime Merkmale, welche den Inhaber des Arbeitsbuches günstig oder nachtheilig zu kennzeichnen bezwecken, in das Arbeitsbuch einzutragen ist verboten. Wegen solcher Vermerke oder wegen nicht rechtzeitiger Aushändigung wird der Bergwerksbesitzer entschädigungspflichtig, doch muss die diesbezügliche Klage binnen 4 Wochen angestellt werden (§ 85 f, g. B.-G.). Diese Eintragungen können auf Antrag des Minderjährigen, seines Vaters oder Vormundes durch die Orts-Polizeibehörde kosten- und stempelfrei beglaubigt werden (§ 85 h. B.-G.).

Überdies können die minderjährigen Arbeiter beim Abgange auch ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern; dieses Zeugnis ist auf Verlangen auch auf die Führung und die Leistungen auszudehnen. Auf Wunsch des Vaters oder Vormundes erfolgt die Ausstellung des Zeugnisses an sie (§ 85 a. Berggesetz).

Sorge für Schulbildung.

Besondere Fürsorge ist in der Gesetzgebung auf die Schulbildung der jugendlichen Bergarbeiter gerichtet. So bestimmt § 120 der Reichs-Gewerbe-Ordnung, dass die Unternehmer verpflichtet seien, ihren Arbeitern unter 18 Jahren die zum Besuche einer vom Staate oder der Gemeinde anerkannten Fortbildungsschule nothwendige, erforderlichenfalls von der Behörde festzusetzende Zeit zu gewähren. Ausführlicher sind die Vorschriften, welche die Novelle zum Berggesetz im § 87 diesbezüglich den Bergbauunternehmern auferlegt.

Eine Verpflichtung zum Besuche einer Fortbildungsschule besteht vorerst nicht, kann aber durch statutarische Bestimmungen einer Gemeinde oder eines erweiterten Communalverbandes mit Zustimmung des Oberbergamtes für männliche Arbeiter unter 18 Jahren begründet werden. Auf demselben Wege können auch die zur Sicherung eines regelmäßigen Schulbesuches den Schulpflichtigen, sowie deren Eltern, Vormündern und Arbeitgebern obliegenden Verpflichtungen bestimmt und die Vorschriften erlassen werden, durch welche die Ordnung in der Fortbildungsschule und ein gebürliches Verhalten der Schüler gesichert wird.

Von der durch statutarische Bestimmung begründeten Verpflichtung zum Besuche einer Fortbildungsschule sind diejenigen befreit, welche eine andere Fortbildungs- oder Fachschule (Steigerschule, Bergvorschule, Bergschule) besuchen, sofern der Unterricht dieser Schulen von dem Oberbergamte als ausreichender Ersatz anerkannt wird.

Frauenarbeit.

Für Mädchen und Frauen, soweit sie noch im jugendlichen Alter stehen, gelten zunächst die allgemein für jugendliche Personen giltigen Bestimmungen. Es gibt aber noch eine Reihe von Vorschriften, welche unabhängig von dem Alter speciell für weibliche Arbeiter bloß mit Rücksicht auf ihr Geschlecht erlassen sind.

Von dem größten Werte ist die Einführung des Maximalarbeitstages für weibliche Arbeiter über 16 Jahre, indem die Dauer der täglichen Beschäftigung 11 Stunden, an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage 10 Stunden nicht überschreiten darf (§ 137, 2. G.-O.). Die Mittagspause hat mindestens 1 Stunde zu dauern und ist für Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu be-

sorgen haben, auf deren Antrag auf $1\frac{1}{2}$ Stunden zu verlängern (§ 137_{3, 4}. G.-O.). Das Verbot der Nachtarbeit gilt für Bergarbeiterinnen ohne Unterschied des Alters; als Nachtzeit gilt die Zeit von $8\frac{1}{2}$ Uhr abends bis $5\frac{1}{2}$ Uhr morgens. Am Abend vor Sonn- und Feiertagen hat die Arbeit um $5\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags zu schließen (§ 137₁. G.-O.). Ferner dürfen Frauen unter Tage nicht beschäftigt werden (§ 154 a. G.-O.) und der Schutz der Wöchnerinnen ist dahin geregelt, dass dieselben während der ersten 4 Wochen nach der Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden 2 Wochen nur dann beschäftigt werden dürfen, wenn dies durch ein ärztliches Zeugnis für zulässig erklärt ist (§ 137₅. G.-O.).

Die Bestimmungen bezüglich der Normalarbeitszeit, Pausen und Nachtruhe können durch die zuständigen Behörden Änderungen erfahren (§ 138 a, 139, 139 a). Die Vorschriften hinsichtlich der Anzeige bei der Bergbehörde, bezüglich des Aushängens eines Verzeichnisses der Arbeiterinnen und eines Abdruckes der gesetzlichen Vorschriften gelten in demselben Umfange wie für jugendliche Personen (§ 138 G.-O.).

Auf Grund des § 139 a, 1 G.-O. ist der Bundesrath ermächtigt, die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Betrieben, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich zu untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen. Der Bundesrath hat von dieser Befugnis Gebrauch gemacht für die Steinkohlen-, Zink- und Bleierzbergwerke (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 24. März 1892 R.-G.-B. S. 331) und für Steinkohlenbergwerke (Bekanntmachung vom 1. Februar 1895, R.-G.-Bl. S. 5). Nach diesen Verordnungen dürfen Arbeiterinnen bis zu 18 Jahren nur nach Erbringung eines ärztlichen Zeugnisses über ihre körperliche Fähigkeit aufgenommen werden. Auch dürfen die Arbeiterinnen nur zu bestimmten Verrichtungen verwendet werden, z. B. beim Hin- und Zurückfahren der Förderwagen, beim Verladen der Steinkohlen und bei Bedienung der Separationsvorrichtungen.

2. Der Normalarbeitstag.

Für erwachsene männliche Arbeiter ist die Arbeitszeit gesetzlich nicht geregelt; diesbezüglich erstreckt das Gesetz seinen Schutz bloß auf Kinder, jugendliche Personen und Frauen. Bloß für solche Betriebe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen

Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, sind die Oberbergämter nach § 197 a. B.-G. berufen, über Dauer, Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen Vorschriften und die zur Durchführung derselben erforderlichen Anordnungen zu erlassen. Vor dem Erlasse sind jedoch die Berufsgenossenschaften zu hören. Außerdem bestimmt § 80 b. a. B.-G., dass die Arbeitsordnung genaue Regelung enthalten müsse über Anfang und Ende der Arbeitszeit, über die Zahl und Dauer der für die erwachsenen Arbeiter etwa vorgesehenen Pausen, darüber, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Maße die Arbeiter verpflichtet sind, die Arbeit über die ordentliche Dauer der Arbeitszeit hinaus fortzusetzen oder besondere Nebenschichten zu verfahren.

3. Sonntagsruhe.

Für die erwachsenen männlichen, wie weiblichen Arbeiter in Unternehmungen, die dem Berggesetze unterstehen, ist die Arbeit an Sonn- und Festtagen grundsätzlich verboten (§ 105 b. Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891). Welche Tage als Festtage zu gelten haben, wird unter Berücksichtigung der örtlichen und confessionellen Verhältnisse von den Landesregierungen bestimmt. Im Reiche gelten überall das Weihnachts- Oster- und Pfingstfest (je 2 Tage), der Neujahrstag und der Himmelfahrtstag als Festtage. Nur ganze Tage können als Festtage bestimmt werden. Die Eigenschaft eines Festtages kann einem Tage auch in der Beschränkung auf einzelne Bezirke oder Ortschaften beigelegt werden; dagegen ist es nicht statthaft, einen Festtag nur für die Angehörigen der einen oder andern Confession gelten zu lassen und daher zum Beispiel am Frohnleichnamstage die Beschäftigung evangelischer, am Charfreitage die Beschäftigung katholischer Arbeiter zuzulassen.

Die Dauer der Sonntagsruhe beträgt für die gewöhnlichen Sonn- und Festtage 24 Stunden, die in der Regel mit dem Kalendertage zusammenfallen müssen. Für 2 aufeinanderfolgende Festtage beträgt die Ruhezeit 36 Stunden, für das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest 48 Stunden. Die Ruhezeit ist von 12 Uhr nachts zu rechnen und muss bei zwei aufeinanderfolgenden Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr abends des 2. Tages dauern. In Betrieben mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht kann die Ruhezeit frühestens um 6 Uhr abends des vorhergehenden Werktages, spätestens um 6 Uhr morgens des Sonn- und Festtages beginnen, wenn für

die auf den Beginn der Ruhezeit folgenden 24 Stunden der Betrieb ruht.

Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe finden keine Anwendung auf Arbeiten, die in Nothfällen, zur Beseitigung eines Nothstandes, zur Abwendung einer Gefahr oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen, ferner auf die Bewachung der Betriebsanlagen, auf Arbeiten zu deren Reinigung und Instandhaltung, durch die der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebes bedingt ist oder von denen die Wiederaufnahme des vollen werkthätigen Betriebes abhängt, sofern sie nicht an Werktagen vorgenommen werden können, schließlich auf die Beaufsichtigung des Betriebes. Außerdem hat auch der Bundesrath von der ihm nach § 105 d, 1 zustehenden Ermächtigung, für gewisse Betriebe Ausnahmen zu erlassen, Gebrauch gemacht und in der Verordnung vom 5. Februar 1895 diesbezügliche Vorschriften in detaillirter Weise auch für den Bergbau erlassen.

Missbräuche sucht das Gesetz durch folgende Bestimmungen hintanzuhalten: Bergwerksbesitzer, welche Arbeiter an Sonntagen in der im Gesetze bestimmten Grenze beschäftigen, sind verpflichtet ein Verzeichnis anzulegen, in welches für jeden einzelnen Sonntag und Festtag die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Dauer ihrer Beschäftigung, sowie die Art der vorgenommenen Arbeiten einzutragen sind. Dieses Verzeichnis ist auf Verlangen der Ortspolizei- und Bergbehörde vorzulegen. Auch sind die Besitzer verpflichtet, wenn die Arbeiten länger als 3 Stunden dauern oder am Besuche des Gottesdienstes hindern, jedem Arbeiter entweder an jedem 3. Sonntage volle 36 Stunden oder an jedem 2. Sonntage mindestens die Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends freizugeben. Von dieser Vorschrift kann die Bergbehörde ganz absehen, wenn die Arbeiter am Besuche des Gottesdienstes nicht gehindert werden und die fehlende Sonntagsruhe durch eine 24-stündige Ruhezeit an einem Wochentage ersetzt wird.

4. Schutz gegen Betriebsunfälle.

Die Sicherung der Bergleute gegen Unfälle im Betriebe wird durch eine Reihe von Unfallverhütungsvorschriften erreicht, welche von den Oberbergämtern auf Grund des § 197 a. B.-G. erlassen werden; vor dem Erlasse solcher Bergpolizeiverordnungen ist den

Berufsgenossenschaften Gelegenheit zu geben, ihre Meinung zu äußern. Die Verantwortung für die Durchführung der Sicherheitsvorschriften haben die Betriebsführer (§ 76 a. B.-G.); der Betrieb darf jedoch nur unter der Leitung, Aufsicht und Verantwortlichkeit von Personen geführt werden, deren Befähigung durch eine von der Bergbehörde vorgenommene Prüfung anerkannt ist. Auch hat der Besitzer die Verpflichtung, die zur Leitung des Betriebes angenommenen Personen der Bergbehörde namhaft zu machen (§ 73 a. B.-G.). Wird der Betrieb von einer Person geleitet, welche nicht das Erfordernis der Befähigung besitzt, so ist die Bergbehörde befugt, die sofortige Entfernung desselben zu verlangen und nöthigenfalls den Betrieb so lange einzustellen, bis eine gesetzlich befähigte Person die Leitung übernimmt (§ 75 a. B.-G.).

III. England.

In England ist ein Beschäftigungsschutz für erwachsene männliche Personen nicht vorhanden, und die diesbezüglichen Bestimmungen erstrecken sich bloß auf Kinder und Frauen.

Nur bezüglich der Sicherheit der Arbeiter gegen Betriebsunfälle ist ein ausgedehnter staatlicher Schutz vorhanden. In England treffen das Kohlenbergwerksgesetz von 1887 und das Erzbergwerksgesetz von 1872 genaue Sicherheitsvorschriften, welche sich hauptsächlich auf die Ventilation, auf die tägliche Untersuchung der Gruben und auf die Verantwortlichkeit des Betriebsleiters beziehen. Jedes Bergwerk muss unter der Leitung eines Verwalters, „manager“, stehen, welcher seine Befähigung durch eine Prüfung vor einer vom Staatssecretär ernannten Prüfungskommission nachweisen muss. Wegen Unfähigkeit kann sein Befähigungszeugnis nach einer Untersuchung widerrufen werden.

Kinder- und Frauenarbeit.

Der gegenwärtige Rechtszustand beruht auf dem „Coal Mines Regulation Act“ vom 16. September 1887 und dem „Metalliferous Mines Regulation Act“ vom 10. August 1872.

Beschränkung der Arbeitszeit und Verwendung.

Kinder bis zu 12 Jahren dürfen in Bergwerken weder über noch unter Tage beschäftigt werden. Personen zwischen 12 bis

16 Jahren dürfen in Erzbergwerken nicht länger als 54 Stunden in der Woche, täglich aber nicht länger als 10 Stunden beschäftigt werden. In Kohlenbergwerken ist die Beschäftigung von Kindern im Alter von 12 bis 13 Jahren, sofern sie in einer Woche an mehr als 3 Tagen stattfindet, auf 6 täglich, sonst auf 10 Stunden beschränkt. Personen zwischen 13 und 16 Jahren dürfen nur 54 Stunden wöchentlich und 10 Stunden täglich beschäftigt werden. Die Arbeitsperiode beginnt mit der Einfahrt und endet mit der vollendeten Ausfahrt und darf nicht vor 5 Uhr morgens beginnen und nicht nach 9 Uhr abends, Samstag nicht nach 2 Uhr nachmittags enden; Nachtarbeit ist demnach verboten. Zwischen 2 Arbeitszeiten hat die Ruhezeit mindestens 12 Stunden, von Freitag auf Samstag 8 Stunden zu betragen. Die Arbeit von länger als 5 Stunden hat durch eine Pause von mindestens $\frac{1}{2}$ stündiger Dauer, jene von 8 Stunden durch Pausen im Gesamtbetrage von $1\frac{1}{2}$ Stunden (intervals for meals) unterbrochen zu werden. Für Erzarbeiter bis zu 16 Jahren, welche während der Woche nicht in ihre Heimat zurückkehren, genügt eine tägliche Ruhezeit von nur 8 Stunden zwischen 2 Schichten unter der Voraussetzung, dass die wöchentliche Arbeitszeit nur 40 Stunden beträgt.

Knaben bis zu 16 Jahren sollen nicht zum Fortbewegen von Eisenbahnwagen, jene bis zu 18 Jahren nicht zur Versorgung der Maschinen zum Auf- und Niederlassen der Arbeiter verwendet werden.

Sorge für Schulbildung.

In der früheren Bergwerksgesetzgebung waren über die Schulbildung specielle Bestimmungen für Bergarbeiter erlassen, welche in das Gesetz von 1887 nicht mehr aufgenommen worden sind, nachdem das Elementarschulgesetz „Elementary Education Act“ von 1876 ausführliche, allgemein giltige Bestimmungen über den Volksschulunterricht enthält, welche durch den Elementary Education Act von 1880 erweitert wurden.

Diese Gesetze verpflichten die Eltern für den Unterricht ihrer Kinder von dem 5. Jahre an Sorge zu treffen und wenn dieselben diese Pflicht unterlassen, kann der Schulbesuch gerichtlich erzwungen werden. Wird auch dem gerichtlichen Befehle nicht Folge geleistet, so wird der Vater zu einer Geldstrafe verurtheilt und das Kind darf eventuell in eine Besserungsanstalt gebracht werden.

Auch der Unternehmer ist für die Befolgung dieser Gesetze verantwortlich, indem er Kinder unter 10 überhaupt nicht, vom 10.

bis zum 14. Jahre nur dann beschäftigen darf, wenn sie ein Zeugnis über ihre Schulbildung beibringen oder dieselbe noch besuchen. Das Schulgeld hat der Arbeitgeber auf Ersuchen des betreffenden Lehrers vom Lohne zurückzuhalten; jedoch darf dieser Abzug nicht mehr als $\frac{1}{12}$ des Lohnes und höchstens 2 Pence wöchentlich betragen. Die Berginspectoren sind angewiesen, auf die Befolgung dieser Vorschriften zu achten.

Controlmaßregeln.

Der Bevollmächtigte des Grubenbesitzers soll ein Register zwecks Eintragung des Namens, Alters, Wohnortes und Zeitpunktes der Einstellung aller unter wie über Tage beschäftigten Knaben halten und diese Eintragungen in der vom Staatssecretär von Zeit zu Zeit vorgeschriebenen oder genehmigten Form veranlassen. Dieses Register ist auf Verlangen dem Grubeninspector und jedem Beamten der Schulbehörde des Bezirkes, zu welchem das betreffende Bergwerk gehört, jederzeit zur Einsicht und eventuellen Abschrift vorzulegen. Der unmittelbare Arbeitgeber jedes Knaben, sofern er nicht der Grubenbesitzer selbst ist, soll dem Leiter des Bergwerkes Mittheilung machen, ehe er den Knaben zu der Beschäftigung unter Tage veranlasst.

Wenn jemand den Bestimmungen in Betreff der Beschäftigung von Kindern, oder der Registrierung derselben oder der Mittheilung über die beabsichtigte Beschäftigung von Knaben zuwiderhandelt, macht sich eines Vergehens schuldig; dieses Vergehens sind der Stellvertreter des Grubenbesitzers oder der Director dann für schuldig zu erklären, wenn sie nicht beweisen, dass sie zur Erfüllung des Gesetzes alle zweckmäßigen Mittel angewendet haben.

Alle voranstehenden Vorschriften für Knaben gelten auch für weibliche Arbeiter jedes Alters mit der einzigen Erweiterung, dass für dieselben eine Beschäftigung unter Tage überhaupt nicht gestattet ist. Ein Verbot der Verwendung von Wöchnerinnen gibt es nicht.

IV. Frankreich.

Kinder- und Frauenarbeit.

Beschränkung der Arbeitszeit.

Auf Grund des Gesetzes vom 2. November 1892 dürfen Kinder unter 13 Jahren zur Bergarbeit nicht zugelassen werden;

nur ausnahmsweise können Kinder von 12 Jahren an beschäftigt werden, wenn sie sich im Besitze eines Zeugnisses der Volksschule befinden (Gesetz vom 28. März 1882) und außerdem ein ärztliches Zeugnis über ihre körperliche Fähigkeit beibringen. Jugendliche Personen unter 16 Jahren dürfen täglich nicht über 10 Arbeitsstunden, von 16 bis 18 Jahren nicht länger als 60 Arbeitsstunden wöchentlich bei einer täglichen Arbeitszeit von nicht über 11 Stunden beschäftigt werden. Diese Arbeitszeit muss durch eine oder mehrere Ruhepausen unterbrochen werden, die zusammen nicht weniger als 1 Stunde betragen dürfen und während welcher jede Arbeit untersagt ist. Nach der Nachtragsverordnung des Präsidenten der Republik vom 3. Mai 1893 dürfen jugendliche Arbeiter bis zu 16 Jahren unter der Erde nicht mehr als 8 Stunden arbeiten; jedoch ist in diese Zeit die Ein- und Ausfahrt und die Pausen von mindestens 1stündiger Dauer nicht eingerechnet.

Die Nachtarbeit zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens ist für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren verboten; nur wenn sich die Arbeit in 2 Schichten vertheilt, deren jede nicht über 9 Stunden dauert, darf die Arbeit von 4 Uhr morgens bis 10 Uhr abends stattfinden. In jeder Schicht muss aber eine Ruhepause eingehalten werden. Diese Bestimmungen kann die Staatsregierung theils vorübergehend, theils dauernd aufheben; im letzten Falle darf höchstens 7 Stunden täglich gearbeitet werden. Außerdem kann die Nachtarbeit durch den Inspector für eine bestimmte Frist gestattet werden, wenn infolge eines Unfalles oder sonstiger Ereignisse die Arbeit eingestellt wurde (Artikel 4). Schließlich kann durch Verfügung der Staatsregierung in Bergwerken, deren natürliche Verhältnisse die Aufhebung der Bestimmungen über die Nachtarbeit erfordern und besonders als solche bezeichnet werden, die Kinderarbeit von 4 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts unter der Bedingung gestattet werden, dass die Kinder nicht länger als 8 Stunden täglich arbeiten und nicht über 10 Stunden in Bergwerken anwesend sind.

Die Sonntagsruhe respective ein wöchentlicher Ruhetag wird durch die Bestimmung gesichert, dass Personen unter 18 Jahren weder mehr als 6 Tage wöchentlich, noch an den gesetzlichen Feiertagen beschäftigt werden dürfen, auch nicht zum Aufräumen und Säubern der Werkstätte. In der Arbeitsstätte ist ein Anschlag

anzubringen, welcher den zur Wochenruhe bestimmten Tag angibt. Diese Bestimmungen können durch den Divisionsinspector vorübergehend aufgehoben werden.

Schutz der Gesundheit.

Nach dem Gesetze vom 12. Juni 1893 „loi concernant l'hygiène et la sécurité des travailleurs dans les établissements industriels“ müssen Fabriken, fabrikartige Betriebe und Werkstätten stets in einem sauberen Zustande sein und alle Bedingungen erfüllen, die im Interesse der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter erforderlich sind. Die Inspektoren haben das Recht, jederzeit eine ärztliche Untersuchung aller Kinder unter 16 Jahren vornehmen zu lassen und die Entlassung derselben zu fordern, wenn die Untersuchung ergibt, dass die Arbeit, die sie verrichten, ihre Kräfte übersteigt (Art. 2. Gesetz vom 2. November 1892). Für Personen zwischen 13 und 18 Jahren werden durch Verfügung der Staatsregierung die Bedingungen festgesetzt, unter denen sie mit unterirdischen Arbeiten in Bergwerken beschäftigt werden können (Art. 9). Diese Bedingungen sind durch die Verordnung vom 3. Mai 1893 geregelt; nach derselben dürfen jugendliche Personen bis zu 16 Jahren bloß beim Scheiden und Verladen der Mineralien, bei der Bedienung und Abfuhr der Förderwagen, bei der Bewachung und Bedienung der Wetterthüren und Handventilatoren und bei anderen ihre Kräfte nicht übersteigenden Nebenarbeiten verwendet werden. Personen von 16 bis 18 Jahren sollen bei den eigentlichen Bergarbeiten nur als Gehilfen und Lehrlinge und nur höchstens 5 Stunden täglich beschäftigt werden. Außerdem gibt noch die Verordnung vom 13. Mai 1893 ausführliche Angaben über die Lasten, welche zu führen erlaubt sind.

Frauenarbeit.

Die Bestimmungen des Gesetzes vom 2. November 1892 für die jugendlichen Arbeiter männlichen Geschlechtes gelten ebenso für diejenigen weiblichen, gleichviel ob sie jugendlich oder erwachsen sind. Eine specielle Bestimmung besteht bloß darin, dass die weiblichen Arbeiter zu unterirdischen Arbeiten nicht verwendet werden dürfen.

Was die Regelung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Personen betrifft, so ist zwar durch das noch heute gültige Decret vom 9. September 1848 ein Maximalarbeitstag mit 12 Stunden festgesetzt; da jedoch keine Vorkehrungen für die Befolgung getroffen sind, wird diese Bestimmung nicht beobachtet.

Bezüglich der Sicherung gegen Betriebsunfälle enthält das Gesetz vom 12. Juni 1893 „loi concernant l'hygiène et la sécurité des travailleurs dans les établissements industriels“ wichtige Vorschriften.

V. Belgien.

Kinder- und Frauenarbeit.

Beschränkung der Arbeitszeit.

Das Gesetz vom 13. December 1889, betreffend die Arbeit von Frauen, jugendlichen Personen und Kindern verbietet die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren (Art. 2). Die Arbeitszeit der Kinder zwischen 12 und 16 Jahren darf nicht mehr als 12 Stunden betragen und muss durch Ruhepausen in der Gesamtdauer von mindestens $1\frac{1}{2}$ Stunden unterbrochen werden (Art. 4).

Die Nachtarbeit von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens ist verboten, doch ist dieses Verbot durch die zulässigen Ausnahmen zunichte gemacht worden. Es bestimmt nämlich Artikel 6, dass der König das Recht habe, in Bergwerken für gewisse Kategorien von Arbeitern über 14 Jahre die Arbeit von 9 Uhr abends, sowie für Kinder männlichen Geschlechtes nach vollendetem 12. Jahre die Arbeit von 4 Uhr morgens an zu gestatten. Von dieser Befugnis hat der König in der That Gebrauch gemacht, so dass sich das Verbot der Nachtarbeit nur auf Kinder unter 14 Jahren erstreckt. Die gleiche Erlaubnis kann bis auf die Dauer von 2 Monaten, jedoch mit der Befugnis einer Verlängerung des Termines auf den Bericht des zuständigen Inspectors im Falle eines Arbeitsstillstandes infolge höherer Gewalt oder unter außergewöhnlichen Umständen von den Gouverneuren ertheilt werden. Diese Verfügung verliert aber die Geltung, wenn sie 10 Tage nach ihrem Erlasse von dem Minister nicht gebilligt wird, in dessen Ressort die Gewerbepolizei gehört.

Eine gewisse Sonntagsruhe ist dadurch gesichert, dass Kinder und jugendliche Personen nicht mehr als 6 Tage in der Woche

beschäftigt werden dürfen. Auch diese Bestimmung kann durch Ausnahmen aufgehoben werden; vor allem hat der König das Recht, für Industrien, in denen die Arbeit ihrer Art nach weder Unterbrechung noch Aufschub leidet, zu gestatten, dass Kinder über 14 Jahre wöchentlich an 7 Tagen, sei es ständig, sei es für eine bestimmte Zeit, sei es bedingungsweise beschäftigt werden. Doch muss ihnen in allen Fällen wöchentlich die Zeit zum Besuche des Gottesdienstes und alle 14 Tage ein ganzer Ruhetag freigegeben werden. Ferner können im Falle des Eintrittes höherer Gewalt die Inspectoren, Bürgermeister und Gouverneure die Beschäftigung am 7. Tage gestatten und haben hievon den zuständigen Minister sofort zu verständigen. Diese Erlaubnis kann vom Minister auf den Bericht des Inspectors für höchstens 6 Wochen gewährt werden.

Schutz für Gesundheit.

Der König hat das Recht, zu verbieten, dass jugendliche Personen unter 16 Jahren mit Arbeiten beschäftigt werden, die ihre Kräfte übersteigen oder deren Verrichtung gefährlich wäre. Ebenso kann er die Verwendung dieser Arbeiter zu als gesundheits-schädlich erkannten Arbeiten verbieten. Bis heute ist von dieser Befugnis für Bergwerke kein Gebrauch gemacht worden.

Hygienische Vorschriften trifft das durch den „conseil supérieur d'hygiène publique“ vorbereitete Reglement vom 21. September 1894. Dazu gehören insbesondere Vorschriften über Reinhaltung der Arbeitsstätten, Überfüllung der Arbeitsräume, Mindest-luftraum ($10\ m^3$ in geschlossenen Räumen für jeden Arbeiter), Ventilation, Einfriedung von Maschinentheilen und Transmissionen.

Frauenarbeit.

Die angeführten Bestimmungen über Arbeitszeit, Pausen, Nacht- und Sonntagsruhe, Beschränkung der Verwendung aus Gesundheitsrücksichten gelten ebenso auch für jugendliche Personen weiblichen Geschlechtes; doch wird bei denselben das jugendliche Alter bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gerechnet.

Für Frauen ohne Unterschied des Alters gilt das Verbot der Beschäftigung bei den unterirdischen Arbeiten und auch die Bestimmung betreffend die Nachtarbeit erstreckt sich auf alle weiblichen Arbeiter. Schließlich dürfen Frauen während der ihrer Niederkunft folgenden 4 Wochen nicht beschäftigt werden.

Die Arbeitszeit der erwachsenen männlichen Arbeiter ist gesetzlich nicht geregelt; zur Verhütung von Unfällen gibt das Gesetz vom 21. September 1894 zum Theile wichtige Sicherheitsvorschriften.

II. Capitel.

Der Vertragsschutz.

A. Allgemeines.

Alle Bestimmungen, welche den Zweck haben, das Vertragsverhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu ordnen und zu schützen, kann man unter dem einheitlichen Namen Vertragsschutz zusammenfassen. Derselbe bezieht sich insbesondere auf die Bekanntmachung der Vertragsbedingungen in der Arbeitsordnung und auf den Schutz der Arbeiter bei der Annahme und Entlassung.

§ 1. Die Arbeitsordnung.

Bei dem herrschenden Grundsatz der Vertragsfreiheit gilt für die Ordnung des Arbeitsverhältnisses vollkommene gegenseitige Gleichberechtigung. Gleichwohl ist der Arbeiter bei der Festsetzung der Vertragsbedingungen materiell im Nachtheile; er muss dieselben annehmen, wie sie ihm gestellt werden. Die Arbeitssuchenden sind infolge der ungünstigeren wirtschaftlichen Lage zu schwach, ihre Interessen gegenüber dem Arbeitgeber zu wahren; daher ist es Aufgabe der Gesetzgebung, ihren Schutz zu übernehmen und es ist nur ein Gebot der Billigkeit, zu verlangen, dass der Arbeitnehmer wenigstens die Bedingungen kennen lerne, denen er sich durch den Arbeitsvertrag unterwirft, und nicht der Willkür des Arbeitgebers in der Interpretation des Vertrages überlassen sei. Diesen Zweck einer Klarstellung der wichtigsten Vertragsbedingungen zum Schutze der Arbeitssuchenden verfolgt die Einführung der Arbeitsordnung, durch die auch der weitere Zweck erreicht wird, unnütze Streitigkeiten über die gegenseitigen Rechte und Pflichten auszuschließen. Die Wichtigkeit einer solchen Regelung des Arbeitsvertrages findet nach den Motiven zu dem Entwurfe des deutschen Arbeiterschutzgesetzes vom Jahre 1892 ihre Rechtfertigung in der Erwägung, „dass eine bestimmte und klare Kundgebung der Bedingungen des Arbeitsvertrages, aus der jeder Arbeiter sich über seine Rechte und Pflichten zu jeder Zeit unterrichten kann, die zahlreichen Streitigkeiten, die erfahrungsgemäß aus der Unvollständigkeit und der Unklarheit der

Arbeitsverträge entstehen, abschneidet und somit zur Erhaltung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beizutragen geeignet ist. Dieser Erwägung entspricht es, dass die Arbeitsordnung zu einer allgemeinen, für alle Fabriken gesetzlich vorgeschriebenen Einrichtung gemacht, dass die Form des Erlasses, ihr nothwendiger Inhalt und ihre rechtliche Bedeutung für die Beteiligten geregelt und die Befolgung der darüber erlassenen Vorschriften durch staatliche Aufsicht gesichert wird.“

Damit die Arbeitsordnung ihren Zweck erfülle, werden folgende Anforderungen an sie gestellt: Vor allem ist der Erlass obligatorisch zu machen; ferner ist zu verlangen, dass sie jedem Arbeiter beim Eintritte übergeben und überdies in allen Arbeitsstätten angeschlagen werde. Sie soll auch möglichst erschöpfend alle die Arbeiter berührenden Fragen regeln; dazu gehören insbesondere die Bestimmungen über Annahme, Kündigung, Entlassung, Dauer der Arbeitszeit und der Ruhepausen, Zulässigkeit der Überstunden und deren Bezahlung, genaue Bestimmungen über die Lohnzahlung, Strafen, Lohnabzüge und Verwendung derselben, Pflichten der Arbeiter und des Aufsichtspersonals, Beiträge zu den Hilfscassen und Wohlfahrtseinrichtungen. Wünschenswert ist es ferner, dass die im Betriebe beschäftigten großjährigen Arbeiter bei der Verfassung der Arbeitsordnung mitwirken. Denn soll die Arbeitsordnung ihren eigentlichen Zweck, alle Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in beide Theile zufriedenstellender Weise zu regeln, erfüllen, soll sie ihrer Hauptaufgabe, Streitigkeiten und Misshelligkeiten hintanzuhalten, gerecht werden, so müssen die Wünsche beider Theile berücksichtigt werden. Dazu ist aber vor allem nothwendig, diese Wünsche und Forderungen zu kennen, die Arbeiter demnach vor Erlass der Arbeitsordnung zu befragen. Bezüglich der Vollständigkeit und Gesetzlichkeit soll eine Prüfung durch die staatliche Behörde erfolgen, zu welchem Zwecke die Giltigkeit der Arbeitsordnung von der staatlichen Genehmigung abhängig zu machen ist. Auf diesem formalen Standpunkte stehen die meisten Gesetzgebungen; manchmal hat man jedoch verlangt, dass sich die Prüfung der Behörde auch auf den materiellen Inhalt erstrecke, die Behörde solle das Recht haben, über die Einwendungen zu entscheiden, die gegen Bestimmungen erhoben worden sind, welche an sich mit dem Gesetze nicht im Widerspruche, den Arbeitern aber besonders

drückend erscheinen, wie dies zum Beispiel mit der Regelung des Verhältnisses der Arbeiter außerhalb des Betriebes der Fall wäre. Einer solchen staatlichen Einflussnahme auf den Inhalt der Arbeitsordnung wird ein heftiger Widerstand entgegengesetzt. In Deutschland, wo auf Grund des Gesetzes vom 24. Juni 1892 die Arbeitsordnung erst nach erfolgtem Erlasse der Bergbehörde übermittelt wird, nahm auch die Regierung dieser Forderung gegenüber eine ablehnende Haltung ein und begründete dieselbe mit der Erklärung, „dass sie nicht gesonnen sei, irgendwelche Verantwortung für den Inhalt der Arbeitsordnung zu übernehmen.“

§ 2. Der Entlassungsschutz.

Die wirtschaftliche Lage der meisten Arbeiter ist eine derartige, dass eine, wenn auch kurze Zeit der Arbeitslosigkeit, der unterbrochene Einkommensbezug ihre Existenz gefährdet, sie in Schulden stürzt, aus denen sie sich nur schwer wieder befreien können. Die Rücksicht auf diese socialen Verhältnisse erfordert den Schutz der Arbeiter vor plötzlicher Entlassung. Es muss eine Kündigungsfrist gesetzlich fixiert werden, innerhalb welcher es dem Arbeiter ermöglicht wird, sich nach anderer Arbeit umzusehen. In gewissen Fällen wird allerdings eine Entlassung ohne Kündigung am Platze sein, wenn z. B. der Arbeiter eines gewinn-süchtigen Verbrechens schuldig erkannt wird, wenn er seinen Verpflichtungen beständig nicht nachkommt; doch ist hier die Aufgabe der Gesetzgebung, um einen Missbrauch hintanzuhalten, taxativ die Voraussetzungen festzustellen, unter welchen eine sofortige Entlassung statthaft ist. Andererseits muss ebenso dem Arbeiter die Befugnis zustehen, die Arbeit ohne Kündigung zu verlassen, wenn der Arbeitgeber wesentliche Vertragsbedingungen verletzt, insbesondere, wenn er den Lohn nicht ordnungsgemäß auszahlt. Festsetzung von Kündigungsfristen, die Voraussetzungen für sofortige Entlassung und sofortiges Aufheben der Arbeit zu normieren, sind demnach die Aufgaben des Entlassungsschutzes.

B. Gesetzgebung.

I. Österreich.

Für das Verhältnis der Bergwerksbesitzer zu ihren Arbeitern sind vor allem die Bestimmungen des allgemeinen Berggesetzes vom 23. Mai 1854 maßgebend. § 2 dieses Gesetzes erklärt aber:

„Insoferne das Berggesetz keine besonderen Bestimmungen enthält, sind auch auf Bergwerksangelegenheiten die allgemeinen bürgerlichen, Straf-, politischen, Gewerbe- und Handelsgesetze anzuwenden.“ Es gelten demnach für den Vertragsschutz auch die Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, welche von den Verträgen überhaupt und vom Lohnvertrage insbesondere handeln (§§ 859—937; 1151—1163). Rücksichtlich der Anwendung der Gewerbeordnung in solchen Angelegenheiten, welche durch das allg. Berggesetz nicht geregelt werden, gibt die Verordnung des Ackerbauministeriums vom 31. December 1871, Z. 5463 Aufschluss. Zwar werde im Artikel V. des Kundmachungspatentes zur Gewerbeordnung vom 29. December 1859, Nr. 227 R.-G.-B. die Anwendung auf den Bergbau ausgeschlossen, weil für den Bergbau durch seine Eigenthümlichkeit bedingt besondere Vorschriften bestehen, nach welchen derselbe zu behandeln sei, allein, insoweit das Berggesetz keine besonderen Bestimmungen enthalte, stehe auf Grund des § 2 a. B.-G. der Anwendung der Gewerbeordnung nichts im Wege.

1. Die Arbeitsordnung.

Auf Grund des § 200 a. B.-G. muss bei jedem Werke über die Dienstverhältnisse des Aufsichts- und Arbeitspersonals eine Dienstordnung verfasst werden; zu ihrer Giltigkeit bedarf sie der Genehmigung der Bergbehörde, welche dieselbe erst nach genauer Prüfung mit Zuziehung von Sachverständigen zu ertheilen hat.

Der Revierbeamte hat dabei wohl bedacht zu sein, „dass ebenso die Interessen der Bergwerksbesitzer als jene der Arbeiter berücksichtigt werden müssen, dass eine ungebührliche Belastung ihrer Kräfte, ein unzureichendes Lohnverhältnis, eine zu geringe Vorsorge für Kranke und Verunglückte, eine übertriebene Strenge in den Strafen nicht nur aus Humanitätsrücksichten nicht zugelassen werden darf, sondern häufig zu einer Demoralisation Veranlassung gibt und dem allgemeinen Gedeihen des Bergbaues nachtheilig wäre“ (§ 102 Vollzugsvorschrift zum a. B.-G.). Die Dienstordnung hat genaue Regelung folgender Hauptpunkte zu enthalten:

1. Über die verschiedenen Classen der Arbeiter und Aufseher und deren Dienstverrichtungen, sowie über die örtlich verschiedenen Bestimmungen der Verwendung von Weibern und Kindern am

Bergbau, mit Rücksicht auf die physischen Kräfte und die gesetzliche Unterrichtstheilnahme bei letzteren;

2. über das Verhältniß zwischen den Arbeitern und Aufsehern;
3. über Zeit und Dauer der Arbeit;
4. über die üblichen Ablöhnungsverhältnisse;
5. über die Gebühren im Falle der Erkrankung und Verunglückung;
6. über die Geld- und Arbeitsstrafen bei Übertretung der Dienstordnung;
7. über die Fälle, in denen das Dienstverhältniß sogleich aufgelöst werden kann.

Die Dienstordnungen sollen möglichst in einem Reviere gleichförmig sein, und sollen in denselben außer den gesetzlichen Bestimmungen noch alle jene Eigenthümlichkeiten berücksichtigt werden, welche aus den besonderen Betriebs-, Gewohnheits- und Arbeiterverhältnissen eines Bergreviers hervorgehen.

Die bestätigten Dienstordnungen sind auf Kosten der Reviersgewerken in Druck zu legen und für deren Anheftung in den Zechenhäusern, Anfahrtstuben, sowie in den übrigen obertägigen Werkstätten die nöthigen Weisungen zu erlassen.

Die Aufsicht über die Handhabung der Dienstordnung steht dem Revierbeamten zu.

2. Der Annahmeschutz.

Die Aufnahme der Bergarbeiter erfolgt durch Abschluss des Dienstvertrages, welcher nach § 1151 a. b. G.-B. ein Lohnvertrag ist und unter die besonderen diesbezüglichen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzes fällt. Für den Vertragsabschluss ist mündliche Vereinbarung genügend (§ 883 a. b. G.-B.), jedoch hat die Eintragung in das Mannschaftsbuch nachzufolgen. Der Bergwerksunternehmer ist bei der Aufnahme von Arbeitern an die Beschränkung gebunden, nur solche Arbeiter aufzunehmen, welche eine Legitimation besitzen, sei es ein Arbeitsbuch oder einen Entlass- oder Abkehrschein. Nach dem § 208 a. B.-G. hat der Abkehrschein die Bestätigung zu enthalten, welcher Arbeiterklasse der betreffende Arbeiter angehört, die Bruderlade, welcher er einverleibt ist und die Zeit, seit welcher er in dieselbe eingezahlt hat, endlich den Tag des Ein- und Austrittes aus dem Dienste. Durch die Verordnung des Staats-, Polizei- und Handelsministeriums vom

25. Mai 1866, Nr. 72 R.-G.-B. muss jeder Arbeiter mit dem durch die Gewerbeordnung vom 20. December 1859 vorgeschriebenen Arbeitsbuche versehen sein. Diese Arbeitsbücher versehen gleichzeitig die Aufgabe der Abkehrscheine und haben daher neben durch die Gewerbeordnung vorgeschriebenen Daten — Vor- und Zuname, Geburtsort, Geburtsjahr, Heimatsgemeinde, Beschäftigung, Stand, Religion, Namensunterschrift des Betheiligen — auch noch die oben angeführten Daten der Abkehrscheine zu enthalten.

Bezüglich dieser Arbeitsbücher für Bergarbeiter gelten dieselben Bestimmungen, welche nach der Gewerbeordnung oder nach sonstigen Vorschriften für die Arbeitsbücher der gewerblichen Gehilfen im allgemeinen, für die Ausstellung derselben, die Ausfüllung der Rubriken, die Untersuchung und Bestrafung der dabei vorfallenden Übertretungen in Anwendung sind. Bei der Untersuchung von Übertretungsfällen ist jedoch im Falle des Erfordernisses das Einvernehmen mit den Bergbehörden zu pflegen.

Die in der Verordnung vom 25. Mai 1866. genannten Vorschriften sind im wesentlichen folgende: Das Arbeitsbuch wird über Beibringung einer von der Gemeindevorstellung coramisierten Erklärung des Bergwerksbesitzers über die zugesicherte Aufnahme in der Eigenschaft eines Arbeiters oder Aufsehers nach einem besonderen Formulare ausgestellt. Die Ausfertigung erfolgt von dem Gemeindevorstande seines Aufenthaltsortes stempelfrei gegen Vergütung der Gestehungskosten. Arbeiter, welche aus Ländern zureisen, wo keine Arbeitsbücher eingeführt sind, haben sich um solche auf Grund ihrer Reiselegitimationen bei der nächsten Gemeindevorstellung zu melden. Über die ausgestellten Arbeitsbücher sind genaue Vormerkungen zu führen. Das Arbeitsbuch ist beim Eintritte in den Dienst von dem Arbeitgeber in Aufbewahrung zu nehmen und auf amtliches Verlangen vorzulegen.

Der Bergwerksbesitzer, welcher einen Arbeiter ohne Arbeitsbuch aufnimmt, übertritt nicht bloß die Gewerbeordnung, sondern auch das allgemeine Berggesetz, da das Arbeitsbuch die Stelle des Entlasscheines vertritt. Nach § 248 a. B.-G. wird diese Übertretung mit Geldstrafe von 5—50 fl. für jeden Bergarbeiter bestraft. Außerdem haftet der Besitzer auch mit dem betreffenden Arbeiter civilrechtlich dem früheren Dienstgeber für den durch den eigenmächtigen Austritt des Arbeiters erwachsenen Schaden (§ 1302 a. b. G.-B.). Das Gleiche gilt für jenen Unternehmer, welcher

einen Arbeiter zum Vertragsbruche seinem Arbeitgeber gegenüber verleitet. Nach § 74 der Gewerbeordnung steht dem früheren Dienstgeber auch das Recht zu, den Wiedereintritt des eigenmächtig ausgetretenen Arbeiters für die noch folgende Zeit zu verlangen.

3. Der Entlassungsschutz.

Die Auflösung des Dienstverhältnisses erfolgt in der Regel durch Kündigung. Die Aufkündigungsfrist beträgt, insofern nicht durch Dienstverträge oder durch die Dienstordnung andere Bestimmungen getroffen werden, für Beamte und Aufseher 3 Monate, für Arbeiter 14 Tage (§ 201 a. B.-G.). Dies ist die Minimalfrist für die Kündigung, wohl aber ist eine längere Frist zulässig. Nur ausnahmsweise darf das Dienstverhältnis ohne Kündigung aufgelassen werden; die Fälle, in denen dies zulässig ist, müssen in der Dienstordnung verzeichnet sein (§ 200 a. B.-G.) und überdies verzeichnet das Berggesetz folgende Fälle, in denen die Auflösung des Arbeitsverhältnisses ohne Kündigung gestattet ist:

a) Eine Entlassung der Arbeiter ohne Kündigung darf stattfinden:

1. Wenn sie eines Verbrechens, eines aus Gewinnsucht entsprungenen oder öffentlicher Sittlichkeit zuwiderlaufenden Vergehens oder einer dergleichen Übertretung schuldig erkannt werden;
2. wenn sie eines Vergehens oder einer Übertretung gegen die Sicherheit der Person, der Ehre oder des Eigenthums ihres Dienstherrn nach dem allgemeinen Strafgesetze sich schuldig gemacht haben;
3. wenn sie sich in Beziehung auf Treue, Fleiß und den Vorgesetzten schuldige Achtung und Gehorsam wesentliche Pflichtverletzungen schuldig machen;
4. wenn sie ein mit ihrem Dienste unverträgliches Nebengeschäft betreiben, oder
5. von den in ihrem Dienste erlangten Kenntnissen der Werksverhältnisse einen ihrem Dienstherrn schädlichen Missbrauch gemacht haben (§§ 202, 203 a. B.-G.).

b) Andererseits können die Arbeiter ohne Kündigung aus dem Dienste treten:

1. Wegen Misshandlungen und herabwürdigender Behandlung seitens der Vorgesetzten;

2. wegen Versagung der bedungenen Verpflegung;
3. wegen unterlassener Entrichtung des Lohnes zur bestimmten Zeit;
4. wegen anderer wesentlicher Vertragsverletzungen der Unternehmer (§ 205 a. B.-G.).

Verlassen die Arbeiter ohne Einhaltung der Kündigungsfrist den Dienst, wenn keiner der gesetzlichen oder vertragsmäßigen Gründe vorliegt, so machen sie sich der Übertretung des eigenmächtigen Dienstaustrittes schuldig. Da das Berggesetz über die Folgen desselben keine Bestimmung enthält, tritt nach der Verordnung des Ackerbauministeriums vom 31. December 1871 subsidiär die Gewerbeordnung zur Geltung. Darnach macht sich ein Arbeiter, welcher den Unternehmer ohne gesetzlichen Grund vorzeitig verlässt, einer Übertretung der Gewerbeordnung schuldig und ist nach den Bestimmungen der letzteren zu bestrafen. Überdies ist der Besitzer berechtigt, den Arbeiter durch die Behörde zur Rückkehr für die noch folgende Zeit zu verhalten und Ersatz des erlittenen Schadens zu begehren (§ 85 Gewerbe-Ordnung). Wenn dagegen der Unternehmer ohne einen gesetzlichen Grund einen Arbeiter vorzeitig entlässt, oder durch Verschulden von seiner Seite dem Letzteren Grund zur vorzeitigen Auflassung des Arbeitsverhältnisses gibt, so ist er verpflichtet, dem Arbeiter den Lohn und die sonstigen vereinbarten Genüsse für die ganze Kündigungsfrist, beziehungsweise für den noch übrigen Theil derselben zu vergüten (§ 84 G.-O.).

Ferner erlischt das Arbeitsverhältnis von selbst durch das Aufhören des Betriebes oder durch den Tod des Arbeiters. Auch kann nach dem durch das Gesetz vom 3. Mai 1896 abgeänderten § 205 des allgemeinen Berggesetzes der Austritt des Bergarbeiters durch die Forderungen des Besitzers sowie wegen der dem Arbeiter geleisteten Naturalvorschüsse nicht gehindert werden.

Beim ordnungsmäßigen Austritte hat der Bergwerksbesitzer die Rubriken des Arbeitsbuches mit Tinte auszufüllen und zu unterfertigen und ist die Bestätigung der Ortspolizei einzuholen. Das Zeugnis ist nur insoweit aufzunehmen, als es für die Arbeiter günstig lautet. Die Eintragungen bezüglich des Zeugnisses sind auf Verlangen von der Ortspolizeibehörde kosten- und stempelfrei zu beglaubigen (§ 20 d. G.-O.).

Ein solches Zeugnis über die Art und Dauer der Beschäftigung ist der Bergwerksbesitzer auf Verlangen des Arbeiters beim ordnungsmäßigen Austritte auszustellen verpflichtet und auf weiteres Verlangen ist auch der Wert der Leistungen und das sittliche Verhalten zu beschreiben. Ein Bergwerksbesitzer, welcher die Ausstellung des Zeugnisses verweigert oder dem Arbeiter wissentlich ein wahrheitswidriges Zeugnis ertheilt, macht sich einer Übertretung der Gewerbeordnung schuldig und haftet für den hieraus entspringenden Nachtheil (§ 81 G.-O.). Das Gleiche gilt, wenn er das Arbeitsbuch seiner gesetzlichen Verpflichtung zuwider nicht rechtzeitig ausgehändigt oder die vorschriftsmäßigen Eintragungen zu machen unterlassen oder unzulässige Eintragungen oder Anmerkungen gemacht hat. Der Anspruch des Arbeiters auf Entschädigung erlischt jedoch, wenn er nicht innerhalb 4 Wochen nach seiner Entstehung beim zuständigen Gerichte geltend gemacht ist (§ 80 g. G.-O.).

II. Deutschland.

1. Die Arbeitsordnung.

Der Erlass der Arbeitsordnung ist für jedes Bergwerk und die mit demselben verbundenen, unter der Aufsicht der Bergbehörden stehenden Anlagen durch das Gesetz vom 24. Juni 1892, betreffend die Abänderung des Berggesetzes, obligatorisch gemacht. Für einzelne Abtheilungen des Betriebes, für einzelne der vorbezeichneten Anlagen oder für die einzelnen Gruppen der Arbeiter können besondere Arbeitsordnungen erlassen werden (§ 80 a; a. B.-G. gemäß der Abänderung). Vor dem Erlasse der Arbeitsordnung oder eines Nachtrages zu derselben ist den auf dem Bergwerke, in der betreffenden Betriebsanlage oder in den betreffenden Abtheilungen des Betriebes beschäftigten großjährigen Arbeitern „Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt der Arbeitsordnung zu äußern“. Auf Bergwerken, für welche ein ständiger Arbeiterausschuss besteht, wird dieser Vorschrift durch Anhörung des Ausschusses über den Inhalt der Arbeitsordnung genügt. Als ständige Arbeiterausschüsse im Sinne der vorstehenden Bestimmung gelten nur:

1. Die Vorstände der für die Arbeiter eines Bergwerkes bestehenden Krankencassen oder anderer für die Arbeiter des Berg-

werkes bestehenden Casseneinrichtungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit von den Arbeitern aus ihrer Mitte zu wählen sind, sofern sie als ständige Arbeiterausschüsse bestellt sind.

2. Die Knappschaftsältesten von Knappschaftsvereinen, welche nur die Betriebe eines Bergwerkes umfassen.

3. Überhaupt alle Vertretungen der Bergarbeiter, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl von den volljährigen Arbeitern des Bergwerkes, der betreffenden Betriebsabtheilungen oder Anlagen aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden und als ständige Arbeiterausschüsse bestellt sind (§ 80 f).

Weit geringer als in Österreich ist der Einfluss der Bergbehörde in Deutschland auf den Inhalt der Arbeitsordnung. Während in Österreich die Giltigkeit derselben von der Genehmigung der Bergbehörde abhängig ist, ist in Deutschland eine solche nicht bekannt, vielmehr ist sie bloß unter Mittheilung der seitens der Arbeiter geäußerten Bedenken, soweit die Äußerungen schriftlich oder zu Protokoll erfolgt sind, binnen 3 Tagen nach Erlass in 2 Ausfertigungen unter Beifügung der Erklärung, ob und in welcher Weise der Vorschrift über Anhörung der Arbeiter genügt ist, der Bergbehörde vorzulegen. Nur wenn der Inhalt der Arbeitsordnungen den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderläuft oder wenn sie nicht vorschriftsmäßig erlassen sind, kann die Bergbehörde anordnen, Änderungen vorzunehmen, wie sie den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Gegen diese Anordnungen der Bergbehörde ist der gesetzliche Recurs möglich (§ 80 h.; §§ 191—193 a. B.-G.).

Die Arbeitsordnung hat folgende Hauptbestimmungen genau geregelt zu enthalten:

1. Anfang und Ende der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit, Zahl und Dauer der für die erwachsenen Arbeiter etwa vorgesehenen Pausen und unter welchen Voraussetzungen und in welchem Maße, abgesehen von Fällen der Beseitigung von Gefahren und der Ausführung von Notharbeiten, die Arbeiter verpflichtet sind, die Arbeit über die ordentliche Dauer der Arbeitszeit hinaus fortzusetzen und besonders Nebenschichten zu verfahren; bei Arbeiten unter Tage über die Regelung der Ein- und Ausfahrt und über die Überwachung der Anwesenheit der Arbeiter in der Grube.

2. Über die zur Feststellung des Schichtlohnes und zum Abschlusse sowie zur Abnahme des Gedinges ermächtigten Per-

sonen, über den Zeitpunkt, bis zu welchem nach Übernahme der Arbeit gegen Gedingelohn das Gedinge abgeschlossen sein muss, über die Beurkundung des abgeschlossenen Gedinges und die Bekanntmachung an die Betheiligten, über die Voraussetzungen, unter welchen die Berwerksbesitzer oder die Arbeiter eine Veränderung oder Aufhebung des Gedinges zu verlangen berechtigt sind, sowie über die Art der Bemessung des Lohnes für den Fall, dass eine Vereinbarung über das Gedinge nicht zustande kommt.

3. Über die Zeit und Dauer der Abrechnung und Lohnzahlung, über die Fälle, in denen wegen ungenügender oder vorschriftswidriger Arbeit Abzüge gemacht werden dürfen, über die Vertreter des Bergwerksbesitzers, welchen die Befugnis zur Anordnung von Abzügen zusteht, sowie über den Beschwerdeweg gegen solche Anordnungen.

4. Sofern es nicht bei den gesetzlichen Bestimmungen (§§ 81—83 a. B.-G.) bewenden soll, über die Frist der zulässigen Aufkündigung, sowie über die Gründe, aus welchen die Entlassung und der Austritt aus der Arbeit ohne Aufkündigung erfolgen darf.

5. Sofern Strafen vorgesehen werden, über die Art und Höhe derselben, über die Art ihrer Festsetzung, über die hiezu bevollmächtigten Vertreter des Bergwerksbesitzers und den Beschwerdeweg gegen diese Festsetzungen, wenn die Strafen in Geld bestehen, über deren Einziehung und Verwendung.

6. Über die etwaige Verabfolgung und Berechnung von Betriebsmaterialien und Werkzeugen (§ 80 b.; a. B.-G.).

Die Arbeitsordnung muss ferner den Namen des Bergwerkes oder die Bezeichnung der besonderen Betriebsanlagen, sowie den Zeitpunkt, mit welchem sie in Wirksamkeit treten soll, angeben und von dem Bergwerksbesitzer oder dessen Stellvertreter unter Angabe des Datums unterzeichnet sein. Abänderungen ihres Inhaltes können nur durch Erlass von Nachträgen oder neuer Arbeitsordnungen erfolgen.

Die Arbeitsordnung und ihre Nachträge treten frühestens 2 Wochen nach ihrem Erlasse zur Geltung. Die Bergbehörde kann den Bergwerksbesitzer auf Antrag von dem Erlasse einer Arbeitsordnung oder von der Aufnahme einzelner gesetzlicher Bestimmungen entbinden, wenn der Betrieb nur von geringem Umfange oder seiner Natur nach von kurzer Dauer ist.

Die Arbeitsordnung ist jedem Arbeiter bei seinem Eintritte in die Beschäftigung einzuhändigen und hat überdies an geeigneter, allen beteiligten Arbeitern zugänglicher Stelle ausgehängt zu werden; dieser Aushang muss stets in lesbarem Zustande erhalten werden.

2. Der Annahmeschutz.

Bergwerksbesitzer oder deren Stellvertreter dürfen großjährige Arbeiter, von denen ihnen bekannt ist, dass sie schon früher beim Bergbau beschäftigt waren, nicht eher zur Bergarbeit annehmen, bis ihnen von denselben das Zeugnis des Bergwerksbesitzers, bei dem sie zuletzt in Arbeit gestanden, beziehungsweise das Zeugnis der Polizeibehörde vorgelegt ist (§ 85 a. B.-G.). Ein Arbeitsbuch, wie es in Österreich obligatorisch ist, gibt es in Deutschland nicht; nur die minderjährigen Arbeiter dürfen ohne Arbeitsbuch nicht aufgenommen werden.

3. Der Entlassungsschutz.

Die Auflösung des Vertragsverhältnisses geschieht in der Regel, wenn nicht anderes vereinbart worden ist, durch eine jedem Theile freistehende, 14 Tage vorher zu erklärende Aufkündigung. Werden andere Fristen vereinbart, so müssen sie für beide Theile gleich sein. Vereinbarungen, welche diesen Bestimmungen zuwiderlaufen, sind nichtig (§ 81 a. B.-G.). Ausnahmsweise können die Bergarbeiter vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit entlassen werden; die gesetzlichen Fälle, in denen dies zulässig ist, sind folgende:

1. Wenn sie bei Abschluss des Arbeitsvertrages den Arbeitgeber durch Vorzeigung verfälschter Abkehrscheine, Zeugnisse oder Arbeitsbücher hintergangen, oder ihn über das Bestehen eines anderen sie gleichzeitig verpflichtenden Arbeitsverhältnisses in einen Irrthum versetzt haben.

2. Wenn sie eines Diebstahls, einer Entwendung, einer Unterschlagung, eines Betruges oder eines liederlichen Lebenswandels sich schuldig gemacht haben.

3. Wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrage ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern.

4. Wenn sie eine sicherheitspolizeiliche Vorschrift bei der Bergarbeit übertreten oder sich groben Ungehorsams gegen die den Betrieb betreffenden Anordnungen des Bergwerksbesitzers, dessen Stellvertreter oder der ihnen vorgesetzten Beamten schuldig machen.

5. Wenn sie sich Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen ihre Vorgesetzten oder gegen deren Familienangehörige zuschulden kommen lassen.

6. Wenn sie einer vorsätzlichen und rechtswidrigen Sachbeschädigung zum Nachtheil des Bergwerksbesitzers oder der Vorgesetzten sich schuldig machen.

7. Wenn sie die Vertreter des Bergwerksbesitzers oder die Familienangehörigen dieser Personen zu Handlungen verleiten, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen.

8. Wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet sind.

In den unter 1—7 genannten Fällen ist die Entlassung nicht mehr zulässig, wenn die zugrunde liegenden Thatsachen dem Bergwerksbesitzer oder dessen Stellvertreter länger als 1 Woche bekannt sind. Inwiefern im 8. Falle dem Entlassenen ein Anspruch auf Entschädigung zustehe, ist nach dem Inhalte des Vertrages und den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zu beurtheilen (§ 82 a. B.-G.).

Ohne vorherige Kündigung können die Bergleute die Arbeit sofort aus folgenden Gründen verlassen:

1. Wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden.

2. Wenn sich die Vorgesetzten Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen sie oder ihre Familienangehörigen zuschulden kommen lassen.

3. Wenn die Vorgesetzten die Bergleute oder ihre Angehörigen zu Handlungen verleiten oder zu verleiten suchen, oder mit den Familienangehörigen der Bergleute Handlungen begehen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten laufen.

4. Wenn der Bergwerksbesitzer den Bergleuten den schuldigen Lohn nicht in der bedungenen Weise auszahlt, bei Gedingelohn nicht für ausreichende Beschäftigung sorgt, oder wenn er sich widerrechtliche Übervortheilungen gegen sie schuldig macht.

Im 2. Falle ist der Austritt nicht mehr zulässig, wenn die zugrunde liegenden Thatsachen dem Arbeiter länger als 1 Woche bekannt sind.

Außer diesen im Gesetze genannten Fällen kann jeder der beiden Theile „aus wichtigen Gründen“ vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung der Kündigungsfrist die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses verlangen (§ 83). Sollen andere als die im Gesetze genannten Fälle Geltung haben, so müssen sie in der Arbeitsordnung verzeichnet sein (§ 80 a. B.-G.).

4. Das Zeugnis.

Der Bergwerksbesitzer oder dessen Stellvertreter ist verpflichtet, dem abkehrenden großjährigen Bergmanne ein Zeugnis über die Art und Dauer seiner Beschäftigung und auf Verlangen auch ein Zeugnis über seine Führung und seine Leistungen auszustellen. Die Unterschrift dieses Zeugnisses hat die Ortspolizeibehörde kosten- und stempelfrei zu beglaubigen. Wird die Ausstellung dieses Zeugnisses verweigert, so fertigt die Ortspolizeibehörde dasselbe auf Kosten des Verpflichteten aus.

Werden dem abkehrenden Bergmanne in dem Zeugnisse Beschuldigungen zur Last gelegt, welche seine fernere Beschäftigung hindern würden, so kann er auf Untersuchung bei der Ortspolizeibehörde antragen, welche, wenn die Beschuldigung begründet befunden wird, unter dem Zeugnisse das Befund ihrer Untersuchung zu vermerken hat (§ 84 a. B.-G.).

Bergwerksbesitzer, welche einen Bergmann verleiten, vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Arbeit zu verlassen, sind dem früheren Arbeitgeber für den entstandenen Schaden als Selbstschuldner mitverhaftet. In gleicher Weise haftet der Besitzer, welcher einen Arbeiter aufnimmt, von dem er weiß, dass derselbe einem anderen Arbeitgeber zur Zeit noch verpflichtet ist, und denselben während seiner anderweitigen Verpflichtung in der Beschäftigung behält, sofern nicht seit der unrechtmäßigen Lösung des Arbeitsverhältnisses bereits 14 Tage verflossen sind (§ 86 a. B.-G.).

Für den Fall der rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch den Bergmann ist es dem Bergwerksbesitzer untersagt, die Verwirkung des rückständigen Lohnes über den Betrag des durchschnittlichen Wochenlohnes hinaus auszubedingen.

Auf die Übertretung der obigen Vorschriften sind auch Geldstrafen gesetzt, welche der Knappschaftscasse zufließen, welcher das betreffende Werk angehört (§ 92 a. B.-G.). Zur Erleichterung

der Controle ist auf jedem Bergwerke über die daselbst beschäftigten Arbeiter eine Liste zu führen, welche Vor- und Zunamen, Geburtsjahr, Wohnort, Tag des Dienstantrittes und der Entlassung, sowie das Datum des letzten Zeugnisses enthalten soll. Diese Liste ist der Bergbehörde auf Verlangen vorzuweisen (§ 93 a. B.-G.).

III.

In **England, Frankreich und Belgien** besteht kein sondergesetzlicher Schutz des Arbeitsvertrages; vielmehr unterliegt das Vertragsverhältnis zwischen Bergwerksbesitzer und Arbeiter den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über den Vertrag überhaupt.

III. Capitel.

Schutz der Lohnzahlung.

A. Allgemeines.

Bis zu gewissen Grenzen ist auch bei der Lohnzahlung ein staatlicher Schutz möglich und geboten. Allerdings wird die Höhe des Lohnes vom Staate nicht bestimmt, denn dies wäre ein Eingriff in das herrschende Princip der Vertragsfreiheit, den die Unternehmer nie dulden würden und den der Staat auch nicht beabsichtigt. Allein in gewisser Beziehung ist ein Eingriff der Gesetzgebung vollkommen gerechtfertigt; dies ist vor allem der Fall, um einerseits einen Zwang zur Leistung vertragswidriger Arbeit neben oder an Stelle der Betriebsarbeit zu verhindern, andererseits um einer wucherischen Ausbeutung der Arbeiter bei Zahlung des Lohnes oder durch Nöthigung zur Eingehung ausbeutender Borg-, Pacht- und Mietverhältnisse entgegenzutreten. Mit Rücksicht auf die Abhängigkeit, in der sich die Arbeiter ihren Arbeitgebern gegenüber befinden und mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit eines ausreichenden Selbstschutzes wird dieser Theil des Arbeiterschutzes wohl begründet sein.

§ 1. Der Schutz gegen das Trucksystem.

Die heftigsten Klagen und Beschwerden der Bergarbeiter richteten sich vor dem Erlasse der heute giltigen Bestimmungen gegen das Trucksystem. In allen möglichen Formen ist diese schwere Ausbeutung der Arbeiter möglich; so kann selbst die

Überlassung von Wohnungen an die Arbeiter, die in der Regel doch als Wohlthat gedacht ist, zu argen Missbräuchen führen. Ebenso ist eine Ausbeutung dadurch möglich, dass der Unternehmer zwar in barem Gelde den Lohn zahlt, dagegen Gasthäuser und Kaufläden errichtet und den Besuch derselben von seinen Arbeitern verlangt. Um nun den Arbeitern die wirkliche Auszahlung in barem Gelde zu sichern, muss gesetzlich die Art und Weise der Lohnzahlung normiert werden.

Zwar gibt es gewisse Einrichtungen, welche für die Wohlfahrt der Bergleute nicht bloß nützlich, sondern sogar unumgänglich nothwendig sind, wie das Gewähren von Wohnung, Licht, Beheizung, Arzneien, ärztliche Hilfe, regelmäßige Beköstigung, Creditieren von Waren, Lieferung von Werkzeugen, Stoffen und dergleichen mehr; in diesen Fällen ist es begründet, den Bergwerksbesitzern die Gewährung und Lieferung dieser Wohlfahrts-einrichtungen im Interesse der Arbeiter zu gestatten; aber nur das Interesse der Arbeiter allein darf dabei berücksichtigt werden, ein Gewinn und Vorthail der Arbeitgeber soll bei diesen Geschäften nicht stattfinden. Aus diesem Grunde sollen für Wohnung und Landnutzung höchstens die ortsüblichen Miet- und Pachtpreise bezahlt werden, dürfen die Preise für Lebensmittel die Anschaffungskosten und die Preise für gelieferte Betriebsmittel die durchschnittlichen Selbstkosten nicht übersteigen.

§ 2. Der eigentliche Lohnzahlungsschutz.

Dieser umfasst insbesondere Ort, Tag, Frist, Geber und Empfänger der Lohnzahlung, wie die Bestimmung der Währung, in der die Zahlung zu leisten ist.

Um zu verhüten, dass die Arbeiter den soeben erhaltenen Lohn zu unangemessenen Zwecken zu verwenden, verlockt oder von den Unternehmern sogar gezwungen werden, ist zu fordern, dass die Lohnzahlung in irgend einer Arbeitsstätte, jedenfalls aber nicht im Wirtshause oder in Truckläden stattfinde.

Da ferner lange Zahlungstermine von ungünstigem Einflusse auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sind, ist eine gesetzliche Regelung der Lohnzahlungstermine durch Einführung kürzerer Lohnungsperioden gerechtfertigt. Einer der wichtigsten Streitpunkte zwischen den Bergwerksbesitzern und den Arbeitern ist insbesondere die Art der Festsetzung und Bestimmung des Lohnes. Für die

Bergarbeiter unter Tage sind 2 Lohnsysteme in Gebrauch, der Gedingelohn und der Schichtlohn. Der erstere entspricht dem gewöhnlichen Accordlohn und besteht darin, dass nach der Menge des geförderten Minerals bezahlt wird; der Schichtlohn ist der Lohn nach der Arbeitszeit; er kommt nur vereinzelt vor, da er wegen der Schwierigkeit der Aufsicht der Bergleute in der Grube undurchführbar sein soll. In der Regel wird der Lohn nach dem Gedingesatze bezahlt, bei dessen Festsetzung die häufigsten Streitigkeiten vorkommen. Allerdings ist die Gedingefestsetzung von besonderer Schwierigkeit; das Ausgehen von einem festen, unänderlichen Maßstabe ist hier fast unmöglich; die Verhältnisse sind äußerst compliciert, denn jeder Fixierung des jeweiligen Gedingesatzes müssen schwierige Feststellungen vorausgehen. Insbesondere bei den Kohlenbergwerken herrschen große Schwierigkeiten; das Maß der Förderung ist hier kein gleichmäßiges, da es von einer Reihe von Umständen beeinflusst wird: von der Mächtigkeit und Reinheit der Flötze, der Härte der Kohle und der Art des Nebengesteins, Länge und Beschaffenheit der Förderbahn, sowie des Weges von dem Eingange bis zum Orte, auch von der Temperatur und Nässe, von der mehr oder minder vortheilhaften Körperstellung des Häuers bei der Arbeit und noch von vielen anderen Umständen. Alle diese Einflüsse müssen bei der Festsetzung des Gedinges berücksichtigt werden und darin liegt die Schwierigkeit des Gedingesystems; denn je größer die Schwierigkeit bei der Arbeit ist, desto geringer ist die Förderung, desto höher muss demnach auch der Gedingesatz für die gleiche Quantität sein.

Die Gedingefestsetzung geschieht in der Regel durch den Betriebsführer oder durch einen Beamten nach Prüfung des Gesteines und die Menge des geförderten Minerals wird entweder nach dem Gewichte der Förderung oder nach ihrem Rauminhalte, d. i. nach der Zahl der geförderten Wagen bestimmt.

Die Arbeiter stellen nun hauptsächlich die Forderung, der Lohn solle einheitlich nach dem Gewichte der Förderung bestimmt werden, wo dies aber nicht geschehe, sollen die Fördergefäße amtlich geaicht sein und alle denselben Rauminhalt besitzen. Es wird nämlich in vielen Bergwerken, in welchen Gefäße von verschiedener Größe in Gebrauch sind, für die Gedingestellung ein Rauminhalt angenommen, der dem Mittel der verschiedenen Größen entspricht. Dies erklären die Arbeiter für sehr schädlich, da sie

nicht wüssten, wie viel sie von jeder Größe fördern werden, wogegen die Bergwerksbesitzer einwenden, dass die Aichung zu große Kosten verursachen würde.

§ 3. Strafen.

Die Strafen bestehen beim Bergbau entweder darin, dass den Arbeitern ein Theil ihres Lohnes abgezogen wird oder dass bei der Gedingestellung gewisse Wagen nicht in Einrechnung kommen. Die erstere Strafart kommt gewöhnlich in Anwendung für die Verletzung der Arbeitsordnung, die letztere für schlechte Arbeit, und zwar werden jene geförderten Wagen, welche nicht ganz gefüllt oder mit unreiner Kohle und Gesteinstücken vermischt sind, den Kameradschaften nicht in Anrechnung gebracht, „gestrichen“. Diese Strafart nennt man gewöhnlich das „Nullen“ und gerade gegen sie wird von den Bergarbeitern die heftigste Klage geführt. Sie verlangen, dass ihnen wenigstens, wie dies in England schon der Fall ist, eine Controle zugestanden werden solle, welche Wagen gestrichen würden, damit dies nicht dem alleinigen Gutdünken eines Beamten zustehe.

Gegen die Strafgewalt der Unternehmer macht sich überhaupt eine starke Opposition geltend; Conventionalstrafen sollen zwar vereinbart werden dürfen, aber nur für den Fall, dass ein Schaden aus dem Arbeitsverhältnisse für den Unternehmer entstehe. Die Einziehung der Strafgeelder solle nur in dem Falle zulässig sein, wenn eine verschuldete Schadenszufügung eingetreten ist. Dagegen dürfe der Staat nicht dulden, dass dort, wo es sich bloß um Strafandrohungen disciplinarer oder öffentlich-rechtlicher Natur handelt, eine Privatperson gegenüber einem anderen eine Strafgewalt ausübe. So sagt Anton Menger in seiner Schrift „Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Classen“, dass durch die private Disciplinarrechtspflege der anerkannte Grundsatz der Processwissenschaft verletzt werde, wonach niemand in eigener Sache Richter sein dürfe. Man könne nicht ohneweiters beim Unternehmer jenen Grad von sittlicher Reife und Selbstbeherrschung voraussetzen, der unerlässlich ist, wenn nicht in unzähligen Fällen das Recht mit Füßen getreten werden soll. Schon von diesem processualen Gesichtspunkt sei dem Unternehmer das Recht der Disciplinarbehandlung zu entziehen.

Die meisten Staaten haben das Missliche der Disciplinarstrafen eingesehen und die Strafgewalt einzuschränken begonnen, indem sie dieselbe an mehr oder minder genau bestimmte Bedingungen knüpfen. Sie haben die Strafbefugnis der Bergwerksbesitzer zwar beibehalten, da dieselbe mit Rücksicht auf strenge Ordnung und Pünktlichkeit sowohl im Interesse des Betriebes wie der Arbeiter selbst unbedingt nothwendig sei und gerade beim Bergbau Leben und Gesundheit der Bergleute von der pünktlichsten und genauesten Befolgung der Vorschriften abhängen. Um jedoch einer willkürlichen Ausnützung der Strafgewalt vorzubeugen, wird, da ja der Selbstschutz der Arbeiter nicht ausreichend ist, die Höhe der zulässigen Strafen gesetzlich begrenzt, Bestimmungen über die Verwendung der Strafgeelder und über eine wirksame Controle darüber erlassen.

B. Gesetzgebung.

I. Österreich.

Die Zahlung des Lohnes hat in barem Gelde rechtzeitig zu erfolgen; wenn dies auch im Berggesetze nicht ausdrücklich erklärt ist, so ist es doch aus den Intentionen des Gesetzes zu entnehmen. „Die Verpflichtung, jeden Arbeiter rechtzeitig und in barem Gelde abzulöhnen, bei seinem Dienstaustritte aber mit einem anständigen Zeugnisse zu versehen, liegt jedem Dienstherrn ob, sie muss also auch den Bergwerksbesitzern im Gesetze auferlegt werden.“ (Scheucherstuel, Motive zum a. B.-G. Seite 367.) Überdies tritt hier auch § 78 der Gewerbeordnung subsidiär zur Anwendung. Nach § 131 a. B.-G. lit. g. ist der Bergwerksbesitzer berechtigt, jedoch ohne gewerbsmäßigen Gewinn, das eigene Arbeiterpersonale mit den nöthigen Lebensmitteln vorschussweise gegen nachherige Verrechnung zu versehen. Im Berggesetze für Bosnien ist die Truckbestimmung ausdrücklich aufgenommen und analog dem § 78 der Gewerbeordnung des Jahres 1885 geregelt. § 192 dieses Berggesetzes bestimmt nämlich: „Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Lohn seines gesamten Personals in barem Gelde anzuzahlen. Waren und geistige Getränke statt baren Geldes oder auf Credit zu geben ist verboten. Dagegen können die Arbeiter mit Wohnung, Feuerungsbedarf, Landnutzung, Lebensmitteln, sowie den zur Arbeit erforderlichen Werkzeugen und Betriebs-

materialien mit Zustimmung des Arbeiters versehen und die hiefür entfallenden Beträge bei der Auslohnung in Abzug gebracht werden.“

Der ordnungsmäßige Austritt des Bergarbeiters wird durch die Forderungen des Besitzers nicht gehindert. Für die dem Arbeiter geleisteten Naturalvorschüsse sind Lohnabzüge gestattet, aber der Austritt aus dem Dienste darf ihm ihretwegen nicht versagt werden. Die Abrechnung mit dem Aufsichts- und Arbeiterpersonale hat nach dem Gesetze vom 31. Mai 1896, R.-G.-B. Nr. 28 wenigstens monatlich, bei dem Dienstaustritte aber sogleich gepflogen zu werden. Überdies ist der Ackerbauminister ermächtigt, nach Maßgabe der besonderen örtlichen und bergbaulichen Verhältnisse nach Anhörung der Gewerke und Arbeiter Maximaltermine für die Lohnzahlungen im Verordnungswege festzustellen. Jeder Bergwerksbesitzer ist auch verpflichtet, allgemeine Vorschriften über die Ertheilung von Vorschüssen zu erlassen und dieselben in die Dienstordnung aufzunehmen.

Auf den Gedinge- oder Schichtlohn der Bergarbeiter findet weder gerichtliches Verbot noch Execution statt (§ 209 a. B.-G.). Auch ist ein Geldbetrag, welcher dem Theile des Lohnes für die Zeit von der Vornahme der Execution bis zum nächsten Zahlungstage gleichkommt, von der Execution frei (§ 2 al. 6 des Gesetzes vom 10. Juni 1887, Nr. 74 R.-G.-B.). Weiters genießen die Lohnforderungen der Bergarbeiter einen Vorzug in Fällen der Execution auf Bergwerke oder deren Zugehör und im Falle des Concurres. Was den Fall der Execution an dem Bergwerke anbelangt, genießen die Arbeiter der Berg- und Hüttenwerke ein gesetzliches Pfandrecht rücksichtlich ihrer Forderungen an Arbeitslohn, sofern dieselben nicht über 1 Jahr von dem Erkenntnisse über die Veräußerung rückständig sind; in Beziehung auf die Rangordnung steht dieses gesetzliche Pfandrecht an 2. Stelle, gleich nach den Forderungen des Staatsschatzes an den Maßengebühren (§ 268 a. B.-G.). Das Gleiche gilt im Falle des Concurres eines Bergwerkes für den seit dem letzten Jahre vor der Concurseröffnung rückständigen Lohn der Berg- und Hüttenarbeiter (§ 41 der Concursordnung vom 25. December 1868).

Bezüglich der Disciplinarstrafen besteht bloß die einzige Bestimmung des § 200 g., welche anordnet, dass die Geld- und Arbeitstrafen bei Übertretung der Dienstordnung in der letzteren enthalten sein müssen. Außerdem wird in der Vollzugsvorschrift

zum Berggesetze den Bergbehörden zur Pflicht gemacht, bei der Prüfung der Dienstordnung eine übermäßige Strenge in den Strafen aus Humanitätsrücksichten nicht zuzulassen, weil eine solche Strenge „häufig zu einer Demoralisierung Veranlassung gibt und dem allgemeinen Gedeihen des Bergbaues nachtheilig wäre.“

Alles andere, wie Art und zulässige Höhe der Strafen, Verwendung derselben ist bisher für die Bergarbeiter gesetzlich nicht geregelt.

II. Deutschland.

1. Truckverbot.

Das Truckverbot ist in der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 §§ 115—119 statuiert. Die Bergwerksbesitzer sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und bar auszuzahlen. Sie dürfen ferner den Arbeitern keine Waren creditieren; unter letzteres Verbot fällt die Verabfolgung von Lebensmitteln nicht, sofern sie zu einem die Anschaffungskosten nicht übersteigenden Preise erfolgt. Außerdem ist es gestattet, den Arbeitern Wohnung und Landnutzung gegen die ortsüblichen Miet- oder Pachtpreise, Feuerung, Beleuchtung, regelmäßige Beköstigung, Arzneien, ärztliche Hilfe sowie Werkzeuge und Stoffe zu den ihnen übertragenen Arbeiten für den Betrag der durchschnittlichen Selbstkosten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung zu verabfolgen. Zu einem höheren Preise ist die Verabfolgung von Werkzeugen für Accordarbeiten zulässig, wenn er den ortsüblichen nicht übersteigt und im voraus vereinbart ist, damit die Arbeiter die Werkzeuge, welche sie unter dem gewöhnlichen Verkaufspreise bekommen, nicht zu ihrem Vortheile verkaufen.

Um zu verhüten, dass die Arbeiter den soeben erhaltenen Lohn sofort zu unangemessenen Zwecken verbrauchen, ist die Lohnzahlung in Gast- und Schankwirtschaften und Verkaufsstellen verboten.

Ist auf den Lohn in unzulässiger Weise eine Gegenforderung in Anrechnung gebracht, so ist der Arbeitgeber zu doppelter Zahlung verpflichtet und der gesetzwidrig abgezogene Betrag fällt der Hilfscasse zu, der der Arbeiter angehört, in Ermangelung einer solchen einer andern zum Besten der Arbeiter an dem Orte bestehenden, von der Gemeindebehörde zu bestimmenden oder in deren Ermangelung der Ortsarmencasse (§ 116 G.-O.).

Dasselbe gilt, wenn der Arbeitgeber seine Forderung für creditierte Ware selbständig einklagt oder sonst geltend macht und, um zu verhindern, dass er sie etwa einem Dritten abtritt und dieser sie einzieht, ist ausdrücklich auch dieser Umweg verboten (§ 118 G.-O.). Verabredungen, durch welche der Arbeiter auf die zu seinen Gunsten gegebenen Vorschriften verzichtet, sind für nichtig erklärt (§ 117, 1. G.-O.). Ebenso sind alle Verabredungen unwirksam, durch welche der Arbeiter sich verpflichtet, seine Bedürfnisse aus bestimmten Verkaufsstellen zu entnehmen oder seinen Lohn zu bestimmten Zwecken zu verwenden, lediglich mit Ausnahme von Wohlfahrtseinrichtungen (§ 117, 2. G.-O.).

Um die Umgehung aller dieser Vorschriften zu verhindern, sind dieselben ebenso für wirksam erklärt gegenüber Familienmitgliedern, Gehilfen, Beauftragten, Geschäftsführern und Aufsehern des Arbeitgebers, ja sogar allen selbständigen Geschäftsunternehmungen, bei welchen der Arbeitgeber oder eine der genannten Personen irgendwie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist (§ 119 G.-O.).

2. Der eigentliche Lohnzahlungsschutz.

Bezüglich der Lohnberechnung gelten nach § 80 K des preußischen Berggesetzes vom 24. Juni 1892 folgende Vorschriften: Wird beim Gedingelohn die Leistung aus Zahl und Rauminhalt der Fördergefäße ermittelt, so muss der Rauminhalt am Fördergefäße selbst dauernd und deutlich ersichtlich gemacht werden, sofern nicht Fördergefäße von gleichem Rauminhalt benützt werden und letzteres vor dem Beginne des Gebrauches bekannt gemacht wird.

Wird dagegen die Leistung aus dem Gewichtsinhalte berechnet, so muss das Leergewicht jedes einzelnen vor dem Beginne des Gebrauches und später in dem Betriebsjahre mindestens einmal von neuem festgesetzt und am Fördergefäße selbst dauernd und deutlich ersichtlich gemacht werden. Der Bergwerksbesitzer ist ferner verpflichtet, die Einrichtungen zu treffen und die Hilfskräfte zu stellen, welche die Bergbehörde zur Überwachung der Ausführung der Vorschriften erforderlich erachtet. Auch hat die Arbeitsordnung genau die Bestimmungen über Gedingefestsetzung, Art der Abrechnung, Zeit derselben u. s. w. zu enthalten (§ 80 b; B.-G.).

Ist im Falle der Fortsetzung vor demselben Arbeitsorte das Gedinge nicht bis zu dem in der Arbeitsordnung bestimmten Zeitpunkt abgeschlossen, so ist der Arbeiter berechtigt, die Feststellung des Lohnes nach Maßgabe des in der vorausgegangenen Lohnperiode für dieselbe Arbeitsstelle giltigen Gedinges zu verlangen.

Der Arbeitslohn ist ferner vom Gesetze in verschiedenen Fällen geschützt. So war schon durch das Gesetz vom 21. Juni 1869 die Beschlagnahme des Lohnes untersagt und gleichzeitig die freiwillige Abtretung oder Verpfändung an einen Gläubiger für unwirksam erklärt. Außerdem ist noch dem Arbeitgeber ausdrücklich die Zahlung an den Gläubiger auf Grund einer solchen — wenn gleich freiwilligen — Abtretung untersagt und die Verletzung dieses Verbotes mit Strafe bis zu 150 Mark oder 4 Wochen Haft bedroht. Überdies gelten bezüglich der Beschlagnahme und Pfändung der Löhne die Bestimmungen des § 749 C.-P.-O.

3. Strafen.

Vor allem muss die Arbeitsordnung die Bestimmungen über die Strafgewalt genau geregelt enthalten (§ 80 b 3, B.-G.). Strafbestimmungen jedoch, welche das Ehrgefühl und die guten Sitten verletzen, dürfen in die Arbeitsordnung nicht aufgenommen werden. Werden auf Grund der Arbeitsordnung wegen ungenügender oder vorschriftswidriger Beladung Fördergefäße ganz oder theilweise nicht eingerechnet, so ist den beteiligten Arbeitern Gelegenheit zu geben, hievon nach Beendigung der Schicht Kenntnis zu nehmen. Der Bergwerksbesitzer ist verpflichtet zu gestatten, dass die Arbeiter auf ihre Kosten durch einen von ihnen, oder wenn ein ständiger Arbeiterausschuss besteht, von diesem, aus ihrer Mitte gewählten Vertrauensmanne das Verfahren bei Feststellung solcher Abzüge insoweit zu überwachen, als dadurch eine Störung der Förderung nicht eintritt. Genügende und vorschriftsmäßig beladene Fördergefäße zur Strafe in Abzug zu bringen, ist unzulässig.

Geldstrafen dürfen in jedem einzelnen Falle die Hälfte des für die vorhergehende Lohnperiode ermittelten durchschnittlichen Tagesverdienstes derjenigen Arbeiterklasse nicht übersteigen, zu welcher der Arbeiter gehört. Eine Ausnahme bilden die Strafen für Thätlichkeiten gegen Mitarbeiter, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten, sowie die zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes, zur Sicherung gegen Betriebsgefahren oder zur

Durchführung der Bestimmungen des Berggesetzes und der Reichsgewerbeordnung. Für diese genannten Übertretungen dürfen die Geldstrafen selbst den vollen Betrag des durchschnittlichen Tagesverdienstes betragen. Das Recht des Bergwerksbesitzers, Schadenersatz zu fordern, wird durch diese Bestimmung nicht berührt.

Für Waschabgänge, Halden und sonstige beim Absatze der Production gegen die Fördermenge sich ergebenden Verluste dürfen dem Arbeiter von der Arbeitsleistung oder dem Lohne nicht gemacht werden. Ausnahmen hievon bedürfen der Genehmigung der Bergbehörde.

Andere als die in der Arbeitsordnung vorgesehenen Strafen dürfen über den Arbeiter nicht verhängt werden. Die Strafen müssen ohne Verzug festgesetzt und dem Arbeiter zur Kenntnis gebracht werden.

Bezüglich der Verwendung der Strafgeelder gilt Folgendes: Alle Strafgeelder, sowie alle wegen ungenügender oder vorschriftswidriger Beladung der Fördergefäße den Arbeitern in Abzug gebrachten Lohnbeträge müssen der Knappschaftscasse oder einer zu Gunsten der Arbeiter des Bergwerkes bestehenden Unterstützungscasse überwiesen werden (§ 80 d. B.-G.).

Zur Controle sind die verhängten Geldstrafen in ein Verzeichnis einzutragen, welches den Namen des Bestraften, den Tag der Bestrafung, sowie den Grund und die Höhe der Strafe angeben und auf Verlangen dem Revierbeamten jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden muss.

III. England.

1. Truckverbot.

In Betreff des Trucksystems gilt vor allem die Truckacte des Jahres 1831 unter dem Titel: „An act to prohibit the payment in certain trades of wages in goods, or otherwise than in the current coin of the realm“. Dieses Gesetz bestimmt, dass alle Arbeitsverträge nur auf bares Geld lauten und dass sie keine Bedingung enthalten dürfen über die Art und Weise, wie das Geld verwendet werden solle. Alle in Waren geleisteten Lohnzahlungen sollen nichtig sein und die so bezahlten Arbeiter behalten das Recht, auf nochmalige Lohnzahlung in barem Gelde zu klagen. Falls aber der Arbeiter einwillige, dürfen die Löhne in Banknoten

oder Checks auf einer Bank innerhalb 15 engl. Meilen von der Arbeitsstätte bezahlt werden. Gerade die letztere Bestimmung lässt jedoch eine überaus leichte Umgehung des Truckverbotes zu, wie es auch thatsächlich geschah. Der Grubenbesitzer zahlte zwar in barem Gelde den Lohn, jedoch in langen Terminen; wenn nun der Arbeiter in der Zwischenzeit Geld brauchte, erhielt er einen Check, es galt aber für selbstverständlich, dass er diesen nicht an der Bank, sondern in dem Truckladen vorzeigen würde. Dort erhielt er einen Theil in barem Gelde ausbezahlt und den Rest musste er in Waren nehmen. Diese Checks konnten demnach leicht zu bloßen Anweisungen an die Truckläden gemacht werden, denn der Zwang, sie hier vorzuweisen war, wenn vielleicht nicht ein formeller, so doch gewiss ein moralischer und der Arbeiter, der gewagt hätte an die Bank zu gehen, hätte gewiss seine Entlassung erhalten.

Deshalb erhielt die Truckacte von 1831 eine Ergänzung im Truck-Amendment-Act von 1887. Dieses Gesetz enthält folgende Bestimmungen: Bei einer Klage seitens eines Arbeiters auf die Bezahlung seiner Löhne soll der Unternehmer nicht berechtigt sein, eine Gegenklage wegen der Waren zu erheben, welche er dem betreffenden Arbeiter geliefert hat. Ferner darf der Arbeitsvertrag keine Bedingungen enthalten über die Art der Verwendung der Löhne, und kein Arbeiter darf entlassen werden wegen der Art und Weise, in welcher er seine Löhne ausgegeben hat. Es dürfen ferner keine Abzüge gemacht werden für das Schleifen und Reparieren der Werkzeuge, außer auf Grund einer besonderen Übereinkunft zwischen Arbeiter und Unternehmer. Schließlich wurde für gesetzwidrig erklärt, wenn der Arbeiter vor dem Zahlungstag eine Anzahlung erhalte, ein gewisses Procent von der so bezahlten Summe als „Poundage“ abzuziehen. Es bestand nämlich die Übung, dem Arbeiter auf Verlangen Anzahlungen zwar in barem Gelde zu geben, von der verlangten Summe aber gewisse Procente einfach abzuziehen. Ein solcher Abzug betrug 1 Penny per Schilling, wenn der Arbeiter nicht mehr als 10 sh verlangte, und 1 sh per Pfund, wenn er mehr nahm. Diesen Abzug nannte man Poundage und wendete ihn als Ersatz für die Truckläden an.

Außerdem bestimmt noch das Kohlenwerksgesetz von 1887, dass die Löhnung der in den Bergwerken beschäftigten Arbeiter nicht in der Nähe oder innerhalb eines öffentlichen Hauses, eines Bierladens oder einer Verkaufsstelle von geistigen Getränken statt-

finden dürfe. Diese Bestimmung hat ebenfalls den Zweck, zu verhindern, dass auf die Arbeiter ein moralischer Zwang ausgeübt werde, in diesen Läden einen Theil ihrer Löhnung zu verbrauchen.

2. Der eigentliche Lohnzahlungsschutz.

Wo immer der Lohn der in einem Bergwerke beschäftigten Arbeiter nach der Quantität des von ihnen geförderten Minerals geregelt wird, soll die Lohnberechnung nach dem wirklichen Gewichte erfolgen. Dabei soll das Wägen an einem der Schachtmündung möglichst nahe gelegenen Platze wahrheitsgemäß erfolgen. Nur ausnahmsweise, wenn ein Bergwerk nicht mehr als 30 Personen unter Tage beschäftigt und es auf den gemeinsamen Antrag der Parteien geboten erscheint, dass die Arbeiter nach einer anderen Methode entlohnt werden, kann dies der Staatssecretär entweder bedingungslos oder für eine bestimmte Zeit und unter gewissen Bedingungen gestatten (Kohlenwerksgesetz 1887).

Das Maß- und Gewichtsgesetz von 1878 soll auch auf alle Gewichte und Wagen, die in Bergwerken zur Feststellung der Lohnhöhe in Gebrauch stehen, in gleicher Weise Anwendung finden. Ein nach Forderung des genannten Gesetzes ernannter Wäge- und Maßinspector soll alle 6 Monate wenigstens einmal in der im Gesetze vorgeschriebenen Weise die Wagen und Gewichte der in seinem Bezirke gelegenen Bergwerke prüfen; vermuthet er auf einer Grube falsche oder ungenaue Gewichte und Wagen, so soll er die Prüfung jederzeit vornehmen und wiederholen können.

3. Die gleitende Lohnscala.

Eine in England häufige Art der Lohnberechnung ist die durch gleitende Lohnscalen; ihre allgemeine Anwendung beim Bergbau hat zwar seit 1890 abgenommen und sie ist jetzt bloß noch in Süd-Wales und Süd-Staffordshire in Übung. Der Zweck der Einführung war, Streitigkeiten und namentlich Arbeitseinstellungen ganzer Bezirke zu vermeiden, welche durch Forderungen der Arbeiter nach Lohnerhöhungen bei steigenden Kohlenpreisen und durch das Verlangen der Besitzer nach Lohnermäßigung bei sinkenden Kohlenpreisen wiederholt in einem beide Theile schwer schädigenden Umfange stattgefunden haben. Außerdem bezwecken die gleitenden Scalen das bis dahin häufige, umständliche und

zeitraubende Verfahren der Entscheidung solcher Streitfragen durch Schiedssprüche einzuschränken.

Die gleitende Lohnscala begegnet diesen Missständen, indem sie die Lohnschwankungen den Schwankungen der Kohlenpreise entsprechend regelt. Dabei muss vor allem eine Bestimmung über das Grundverhältnis getroffen werden, d. h. über den Verkaufspreis, welcher als Ausgangspunkt dienen soll, und den diesem entsprechenden Lohnbetrag. Ferner muss das Maß des Einflusses der Veränderung der Verkaufspreise auf die Lohnhöhe geregelt sein; dieses Maß pflegt man gewöhnlich in Procenten des Grundlohnes auszudrücken. Schließlich muss auch festgesetzt werden, wie oft der Verkaufspreis ermittelt werden soll, um eine Änderung des Lohnes herbeizuführen.

So bestimmt die in Süd-Wales geltende gleitende Scala für das Grundverhältnis den Verkaufspreis mit 7 sh 10 $\frac{1}{2}$ d bis 8 sh und die Löhne, welche im December 1879 auf den einzelnen Gruben wirklich bezahlt wurden, d. i. 3 bis 4 sh. Als Maß der Lohnänderung ist für die Änderung des Kohlenpreises um 1 $\frac{1}{2}$ d eine entsprechende Lohnänderung um 1 $\frac{1}{4}$ % des Grundpreises festgesetzt. Alle 3 Monate haben 2 Rechnungsverständige, von denen jede Partei einen ernennt, die Kohlenpreise des Vorquartals festzustellen, und diese Preise sind dann maßgebend für die Löhne, welche in dem auf den Feststellungsmonat folgenden Quartal bezahlt werden.

Der Grundpreis ist also in Süd-Wales 3 bis 4 sh; 1 $\frac{1}{4}$ % davon sind etwas mehr als $\frac{1}{2}$ d; bei einer Steigerung des Kohlenpreises um 1 $\frac{1}{2}$ d hat der Arbeiter eine Lohnerhöhung von 1 $\frac{1}{4}$ % von 3 bis 4 sh, das ist also $\frac{1}{2}$ d, zu erhalten.

Es theilen daher Besitzer und Arbeiter den Mehrerlös für die Kohlen ungefähr im Verhältnisse von 2 : 1.

4. Strafabzüge.

Dem Grubenbesitzer ist es gestattet, mit den Arbeitern zu vereinbaren, dass Abzüge für gelieferte Steine oder wegen anderer Stoffe anstatt des vertragsmäßig zu liefernden Minerals oder für nicht vorschriftsmäßig gefüllte Förderungsgefäße in den Fällen gemacht werden, wo sie von dem Gewinner des Minerals oder von dem von ihm beschäftigten Nebenarbeiter selbst gefüllt wurden.

Die Höhe der Abzüge beruht auf Vereinbarung zwischen Unternehmer und Arbeiter oder wenn ein Check-Weigher auf der Grube angestellt ist, zwischen diesem und dem Besitzer. Im Streitfalle wird von beiden Parteien gemeinsam oder bei mangelnder Einigung von dem Vorsitzenden eines Court of quarter sessions, zu dessen Bezirk die Grube gehört, eine 3. Person ernannt, welche endgiltig die Entscheidung fällt. Zuwiderhandelnde Besitzer machen sich eines Vergehens gegen das Bergwerksgesetz schuldig.

5. Check-Weigher.

Ein dem englischen Rechte eigenthümliches Amt ist das des Check-Weighers oder Wägecontroleurs. Derselbe hat die Aufgabe, sich an dem für das Wägen des Minerals und zur Feststellung der Abzüge bestimmten Platze zu befinden und die richtige Gewichtsaufnahme des Minerals und die gerechte Höhe der etwa zu machenden Abzüge festzustellen. Er ist ein Vertrauensmann der Arbeiter und wird von ihnen selbst entlohnt. Er soll jedoch nicht ermächtigt sein, in irgend einer Weise den Betrieb zu hindern oder zu unterbrechen oder dem Verwäger des Minerals, wie der Thätigkeit der Arbeiter und der Grubenleitung hindernd in den Weg zu treten. Er wird jedoch durch das Gesetz nicht gehindert, jedem Arbeiter einen Nachweis des von letzterem gelieferten Materials, des Gewichtes desselben, des Taragewichtes der Fördergefäße und der gemachten Abzüge zu geben.

Durch den „Check-Weigher-Act“ vom 25. August 1894 ist die Stellung desselben gegen Beeinflussungen der Grubenbesitzer gesichert. Es ist nach diesem Gesetze dem Grubenbesitzer oder einer in dem Bergwerke angestellten Person verboten, sich in die Aufstellung des Wägecontroleurs zu mischen oder sich zu weigern, die Abhaltung einer Versammlung zur Aufstellung desselben thunlichst zu erleichtern in dem Falle, wo die zur Aufstellung berechtigten Personen einen geeigneten Versammlungsplatz nicht haben oder erlangen können. Ebenso machen sich die genannten Personen eines Vergehens gegen den Coal Mines Regulation Act of 1887 schuldig, wenn sie durch Drohung, Bestechung, Versprechungen, Entlassung oder irgendwie sonst in ungehöriger Weise solch eine Aufstellung zu beeinflussen oder die zur Aufstellung eines Wägecontroleurs berechtigten Personen dazu zu

bringen suchen, einen Wägecontroleur nicht mehr anzustellen oder für oder gegen eine Person zu stimmen.

IV. Belgien.

Das Gesetz vom 16. August 1887 „loi portant réglementation du payement des salaires aux ouvriers“ bestimmt, dass die Lohnzahlung in barem Gelde und nicht in Schanklocalen, Verkaufsläden oder daran anstoßenden Örtlichkeiten zu geschehen habe. Der „beständige Ausschuss“, eine Einrichtung der belgischen Provinzialverwaltung, kann die Arbeitgeber ermächtigen, ihren Arbeitern zum Selbstkostenpreise in Anrechnung auf die Löhne Kleidung, Lebensmittel und Feuerungsmaterial zu liefern.

Die Abrechnung hat für Accordarbeiten mindestens einmal im Monate zu geschehen. Abzüge vom Lohne dürfen nur gemacht werden wegen Geldbußen auf Grund einer auf dem Werke gehörig angehefteter Arbeitsordnung, wegen Beiträgen zu Unterstützungscassen, wegen der gemachten Lieferungen und wegen der Geldvorschüsse.

Jedoch dürfen die den Arbeitern geschuldeten Löhne nach dem Gesetze vom 18. August 1887 „loi relative à l'incessabilité et à l'insaisissabilité des salaires des ouvriers“ nur bis $\frac{2}{5}$ cediert und bis $\frac{1}{5}$ in Beschlag gelegt werden; jede gegenstehende Vereinbarung ist nichtig.

V. Frankreich

hat keinen sondergesetzlichen Lohnzahlungsschutz.

IV. Capitel.

Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnisse.

A. Allgemeines.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Staates in der Arbeiterschutzgesetzgebung gehört es, eine friedliche Erledigung der zwischen Arbeitgebern und Arbeitern aus dem Arbeitsvertrage entstandenen Streitigkeiten zu erleichtern und die für beide Theile mit schweren Opfern verbundenen Arbeitseinstellungen thunlichst zu vermeiden oder wenigstens rasch zu beseitigen. Dieser Aufgabe werden die meisten Staaten dadurch gerecht, dass gewisse Ämter geschaffen werden, deren Zusammensetzung aus Arbeitern und

Arbeitgebern, deren schleunigeres, einfacheres Verfahren das Vertrauen beider Theile gewinnen und zur friedlichen Schlichtung der Streitigkeiten führen soll.

Als solche Ämter bestehen Berggewerbegerichte und Bergarbeiterausschüsse; die nächste Bestimmung dieser Organe soll vor allem in der friedlichen Schlichtung von Streitigkeiten aus dem geschlossenen Arbeitsvertrage, aus dem bereits bestehenden Lohn- und Dienstverhältnisse liegen und ferner soll sich ihre Thätigkeit auf die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten bei einem neu abzuschließenden Vertrage erstrecken. Für die letztere Aufgabe sind auch specielle Einigungsämter geschaffen worden.

Alle diese Organe sind als Vermittlungsorgane gedacht und müssen daher, um auch das Vertrauen beider Theile zu genießen, aus einer gleichen Zahl von freigewählten Arbeitern und Arbeitgebern bestehen.

B. Gesetzgebung.

I. Österreich.

In Österreich bestehen zwar schon seit dem Gesetze vom 14. Mai 1869 für fabrikmäßig betriebene Gewerbe facultative Gewerbegerichte, ferner schiedsgerichtliche Ausschüsse und Collegien für das Kleingewerbe, auf den Bergbau haben jedoch diese Institutionen keine Anwendung erfahren. Vielmehr entscheiden über Streitigkeiten aus dem Dienstvertrage nach subsidiärer Anwendung des § 102 der Gewerbeordnung während des Arbeitsverhältnisses und spätestens 30 Tage nach Auflösung desselben die politische Behörde, später nur noch die zuständigen Bezirksgerichte. Außerdem hat jedoch, wenn in Bezug auf die durch die Dienstordnung oder durch gesetzliche Vorschriften normierten Verhältnisse Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern entstehen und eine der beteiligten Parteien sich deshalb an den Revierbeamten wendet, dieser mit gewissenhafter Berücksichtigung der beiderseitigen Rechte und Verpflichtungen zu trachten, dass die Streitigkeiten im gütlichen Wege geschlichtet werden (Verordnung des Ackerbauministeriums 23. Mai 1872).

Gegenwärtig steht im Parlamente ein Gesetz in Berathung, welches die Errichtung von Genossenschaften im Bergbaue betrifft. Deren nächste Aufgabe soll nach den Motiven „die Pflege des Gemeinsinnes und bergmännischen Geistes, die Hebung des Ge-

fühls der Zusammengehörigkeit“ sein. Gestützt auf das Vertrauen, welches die Genossenschaften erreichen würden, soll ihre weitere Aufgabe in der Verhütung beziehungsweise gütlichen Ausgleichung liegen von Gegensätzen zwischen den Arbeitgebern und der Gesamtheit ihrer Arbeiter oder einzelner Arbeiterkategorien in Angelegenheiten des Dienst- und Lohnverhältnisses, sowie in der schiedsgerichtlichen Entscheidung von Streitigkeiten, welche sich aus diesem Verhältnisse zwischen den Arbeitgebern und einzelnen Arbeitern ergeben.

Die Genossenschaften sollen in jedem Reviere errichtet werden und aus 2 Gruppen, allen Besitzern und allen Arbeitern, bestehen, welche die Berathung getrennt pflegen. Von jeder Gruppe soll ein Ausschuss von 5—9 Mitgliedern gewählt werden, welche zusammen den „großen Ausschuss“ bilden. Außerdem haben die Genossenschaften einen Vorstand aus 4 Mitgliedern. Der große Ausschuss hat als Einigungsamt zu fungieren, während der Vorstand zugleich Schiedsrichter ist in Streitfällen, welche aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnisse zwischen den Unternehmern und einzelnen Arbeitern entstehen.

II. Deutschland.

In Deutschland unterlagen die Rechtsstreitigkeiten aus dem Dienstvertrage bis zum Jahre 1890 dem ordentlichen Rechtswege. Nur in Sachsen bestanden schon seit der Berggesetznovelle vom 2. April 1884 sogenannte „Bergschiedsgerichte“, deren wichtigste Aufgabe die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Bergwerksbesitzern und deren Arbeitern aus dem Arbeitsverhältnisse bildete. Eine gleiche Institution wurde für das ganze Reich für alle Gewerbe und speciell auch für die Bergwerksindustrie durch das Reichsgesetz vom 29. Juli 1890 eingeführt. Die Errichtung dieser „Berg-Gewerbegerichte“ ist in diesem Gesetze der directen Anordnung der Landes-Centralbehörde vorbehalten, jedoch nicht obligatorisch gemacht, weil es nach den Motiven hiezu „an einem Bedürfnisse, wie an den Voraussetzungen praktischer Durchführbarkeit fehlen würde“. Durch die Zuständigkeit der Berggewerbegerichte wird jedoch die der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen.

Die Aufgabe dieser Gewerbegerichte, deren es heute 5 gibt, besteht im allgemeinen darin, gewerbliche Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu entscheiden; dazu gehören die

Streitigkeiten über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflassung des Arbeitsverhältnisses, sowie über die Aushändigung und den Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses, ferner über die Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältnisse u. a. m.

Um ein Organ zu schaffen, welches bei Arbeiterausständen vermittelnd eingreife, bestimmt das Gesetz, dass die Berggewerbegerichte in Fällen von Streitigkeiten, welche zwischen den Unternehmern und den Bergleuten über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses entstehen, auf Anrufen einer Partei auch als Einigungsämter in Thätigkeit treten sollen, da sie ihrer Zusammensetzung nach das Vertrauen beider Parteien genießen müssten.

Ein Berggewerbegericht besteht aus einem von der Behörde ernannten Vorsitzenden und aus Beisitzern, die je zur Hälfte aus dem Kreise der Arbeitgeber und Arbeiter gewählt werden. Die Zahl der Beisitzer muss mindestens 4 betragen; für das active Wahlrecht ist ein Alter von 25, für das passive ein solches von 30 Jahren erforderlich.

Das Verfahren ist ein einfaches, schleuniges Officialverfahren. Aus den Urtheilen findet Zwangsvollstreckung statt; die Gerichtsgebühren sind niedrig, bei Beilegung des Rechtsstreites durch Vergleich werden keine Gebühren erhoben. Von Zwangsmitteln zur Vollstreckung der Schiedssprüche der Gerichte in ihrer Eigenschaft als Einigungsämter sah jedoch das Gesetz ab, da der Zweck die sociale Versöhnung, nicht die Herstellung des Friedens durch Gewaltmittel sei.

Die gleiche Aufgabe, jedoch im verstärkten Maße soll eine Institution erfüllen, welche Preußen zunächst bloß für die fiscalischen Steinkohlengruben von Saarbrücken eingeführt hat, nämlich das Organ der Arbeiterausschüsse. Dieselben bestehen aus einer Anzahl durch Wahl bestimmter Arbeiter derselben Gruben. Ihre hauptsächliche Aufgabe soll darin liegen, die Wünsche und Beschwerden der Belegschaft beim Director anzubringen, Fragen, die das Wohl der Bergleute betreffen, zu besprechen und Streit unter den Arbeitern selbst zu schlichten.

III. England.

Die Streitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnisse entstehen, werden auf Grund des Unternehmer- und Arbeitergesetzes vom

Jahre 1875 („Employers and Workmen Act“) von dem Grafschaftsgerichte oder wenn der Streitgegenstand 10 Pfd. St. nicht übersteigt, auch nach Wahl der Betheiligten von einem Court of summary jurisdiction verhandelt. Es gibt jedoch auch gesetzliche Lohnschiedsgerichte, vor welche die Arbeiter ihre Angelegenheiten bringen können. Diese letzteren sind durch den Councils of Conciliation Act von 1867 und den Master and Workmen Arbitration Act, genannt Mundella-Act von 1872 eingeführt, jedoch werden sie von den Bergarbeitern nie angerufen. Dass diese Schiedsgerichte bei den Bergarbeitern in England keine Bedeutung erlangten, hat seinen Grund in der großen Macht und dem bedeutenden Einflusse der Trades Unions. Diese Gewerkvereine, die schon in den Jahren 1717 und 1720 gegründet wurden, erlangten in dem Trade Unions Act vom 29. Juni 1871 die gesetzliche Anerkennung und dadurch wurde ihnen die Möglichkeit gegeben, Corporationsrechte zu erlangen. Besonders seit dieser Zeit gewannen die Gewerkvereine immer größeren Einfluß und da sie heute in den bedeutenden Kohlendistricten fast alle Bergarbeiter zu ihren Mitgliedern zählen, sind sie zu einzigen Vertretern deren Wünsche und Forderungen geworden. Es hat sich die Regel ausgebildet, dass die Differenzen aus dem Dienstverhältnisse außergerichtliche Verständigung zwischen den Trades Unions und den Arbeitgebern finden.

IV. Frankreich.

Schon seit dem Jahre 1806 bestehen Conseils de prud'hommes, Gewerbegerichte, deren Organisation im Laufe der Zeit mannigfache Änderungen erfuhren, zuletzt durch das Gesetz vom 10. December 1884. Diese Conseils bestehen aus mindestens je 3 Arbeitgebern und Arbeitern, welche in geheimer Wahl auf die Dauer von 3 Jahren gewählt werden; diese wählen ihrerseits aus ihrer Mitte den Präsidenten und Vicepräsidenten auf 1 Jahr. Der eine von diesen muss ein Arbeitgeber, der andere Arbeiter sein. Ihrer Rechtsprechung unterliegen alle unmittelbar aus dem Arbeitsvertrage entstehenden Streitigkeiten, auch solche zwischen Arbeitern.

Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse dagegen, die eine Gesamtheit von Personen angehen, sind nach dem Gesetze, betreffend das facultative Sühne- und Schiedsverfahren in Gesamt-

streitigkeiten vor eine Sühnecommission — „comité de conciliation“ — oder falls eine Verständigung in derselben nicht zustande kommt, vor ein Schiedsgericht — „conseil d'arbitrage“ — zu bringen. Die Bildung der Sühnecommission und die Verhandlung vor derselben findet unter Intervention des Friedensrichters statt. Lässt sich eine Verständigung über die Bedingungen der Sühne nicht erzielen, so fordert der Friedensrichter die Parteien auf, je einen oder mehrere Schiedsrichter zu bestimmen; können sich auch diese nicht einigen, so wird vom Vorsitzenden des Civilgerichtes ein Schiedsrichter ernannt, welcher endgiltig die Entscheidung herbeiführt. Im Falle eines Ausstandes ist der Friedensrichter verpflichtet, den Parteien von Amtswegen ein Einigungsamt und ein Schiedsgericht vorzuschlagen.

V. Belgien.

Die belgische Gesetzgebung schließt sich im allgemeinen der französischen an; dies gilt auch vom loi organique des conseils de prud'hommes vom Jahre 1859 mit der einzigen Abweichung, dass der Vorsitzende aus einer vom Conseil aufgestellten Candidatenliste vom Könige ernannt wird.

Als Einigungsämter fungieren die Conseils de l'industrie et du travail seit dem Gesetze vom 29. Juli 1890, welche jedoch hauptsächlich als wirtschaftliche und sociale Berathungsorgane thätig sein sollen. Die Arbeitsräthe werden auf verschiedene Arten ernannt, von Amtswegen oder auf Antrag des Gemeinderathes, der Interessenten; ihre Befugnisse dauern 3 Jahre.

V. Capitel.

Organe des Bergarbeiterschutzes.

A. Allgemeines.

Jeder staatliche Eingriff zu Gunsten der Arbeiter bleibt wirkungslos, wenn die Durchführung der gesetzlichen Anordnungen dem Belieben der Unternehmer überlassen bleibt. Nur eine starke, gut organisierte Arbeiterschaft, wie die in England, ist theilweise imstande, sich gegen Übergriffe der Besitzer selbst zu schützen. Gerade der Mangel jeder staatlichen Beaufsichtigung über die Befolgung der ersten Arbeiterschutzgesetze war die Ursache der vollkommenen Wirkungslosigkeit derselben. Will daher der Staat

seine Aufgabe auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung vollkommen erfüllen, soll seine Präventivthätigkeit den erwünschten und geplanten Erfolg erzielen, so muss er für eine ausreichende Controle über die Ausübung seiner Schutzgesetze sorgen.

Die Gefahren der Bergarbeiter sind doppelter Natur; einerseits die Gefahren aus dem Arbeitsverhältnisse, andererseits diejenigen, welche sich aus der Thätigkeit in dem gefährlichen Betriebe ergeben. Dementsprechend ist auch die Aufgabe der staatlichen Inspection eine zweifache: Sie hat sich vor allem auf die Überwachung des eigentlichen Bergarbeiterschutzes im engeren Sinne zu erstrecken, also auf die Aufsicht über die Durchführung der Vorschriften, welche sich auf das Vertragsverhältnis der Arbeiter zu den Besitzern beziehen; ihre zweite Aufgabe ist die Controle über die Befolgung der Vorschriften zum Schutze der Bergleute gegen Betriebsunfälle.

Die Durchführung dieser Inspection ist verschieden geregelt; entsprechend dem sonderrechtlichen Schutze, welchen das Arbeiterschutzrecht im allgemeinen einer Classe von Staatsbürgern gewährt, wurden zwar in allen Staaten Europas außerordentliche Aufsichtsorgane geschaffen. Jedoch liegt zwischen den Ländern des deutschen Bergrechtes, Österreich und Deutschland, und den übrigen Staaten ein Unterschied darin, dass in den ersteren Ländern für die Bergarbeiter specielle, selbständige Bergbehörden eingerichtet sind, während in den letzteren Organe der allgemeinen Landesverwaltung die Aufsichtsthätigkeit ausüben, denen Bergbeamte, ingénieurs des mines, nur als Rathgeber beigegeben sind.

B. Gesetzgebung.

I. Österreich.

Die Oberaufsicht über den Bergbau obliegt den Bergbehörden (§ 220 a. B.-G.); ihre Einrichtung und der Wirkungskreis sind durch das Gesetz vom 21. Juli 1871, Nr. 77 R.-G.-Bl. neu geregelt. Die erste Instanz bilden die Revierämter, 28 an der Zahl, die zweite Instanz 4 Berghauptmannschaften in Wien, Prag, Klagenfurt, Krakau, und die oberste Verwaltung des Bergbaues obliegt dem Ackerbauministerium, in welchem eine besondere Section hiefür besteht.

Die Bergbehörden haben die Aufgabe über die Erfüllung der Pflichten zu wachen, welche das Berggesetz den Bergbauunternehmern auferlegt und in allen Fällen einzuschreiten, in welchen die Erhaltung des Bergbaues oder dessen Beziehungen zu öffentlichen Rücksichten besondere Vorkehrungen erfordern. Einen wichtigen Theil ihrer Bestimmung bildet die Aufsicht in bergpolizeilicher Beziehung und die Obsorge über die Arbeits- und sonstigen Verhältnisse der Bergarbeiter. In der Erfüllung der letzteren Pflichten sind die Bergbehörden die eigentlichen Organe des Bergarbeiterschutzes in Österreich. In dieser Hinsicht wird den Revierbeamten zur Pflicht gemacht, sich eine genaue Kenntniss der Arbeiterverhältnisse zu verschaffen, „um eventuell zur rechten Zeit und am richtigen Orte gewaltsamen Vorkommnissen vorbeugen zu können.“ Nach der Verordnung vom 27. Mai 1892 sollen sie hauptsächlich auf folgende Punkte ihre Aufmerksamkeit richten:

1. Ob die von der Bergbehörde genehmigte Dienstordnung nach Vorschrift des Gesetzes (§ 200 a. B.-G.) in den Arbeiterwerkstätten stets angeschlagen sei.

2. Ob die Arbeitsbücher beim Werke ordentlich aufbewahrt werden; bei vorkommenden Missständen ist der politischen Bezirksbehörde Mittheilung zu machen.

3. Ob über alle Bergarbeiter und Aufseher ein ausführliches Mannschaftsbuch (209 a. B.-G.) geführt werde.

4. Ob den gesetzlichen Vorschriften über die Verwendung von Kindern, jugendlichen Personen und Frauen entsprochen werde, zu welchem Zwecke das Mannschaftsbuch und Schichtbuch nachzusehen ist und erforderlichenfalls auch Einvernehmungen der Arbeiter und Aufseher stattzufinden haben.

5. Ob sich Schichtdauer und wirkliche Arbeitszeit innerhalb der gesetzlichen Schranken halten. Diesbezüglich sind die Revierbeamten in dem Falle, als eine außergewöhnliche Inanspruchnahme der menschlichen Arbeitskraft oder eine Gefährdung der Gesundheit der Arbeiter durch die Art der Arbeit vorhanden erscheint, berechtigt, darauf zu dringen, dass die Arbeitszeit für solche Arbeiten selbst unter das zulässige Maß herabgesetzt werde, damit eine dauernde Schädigung der Gesundheit der Arbeiter vermieden werde. Dieser Fall kann eintreten bei Arbeiten in Brandfeldern und an Belegorten mit abnorm hoher Temperatur,

mit übermäßigem Wasserandrang und bei anderen schädlichen und gefährlichen Arbeiten.

6. Ob die gesetzliche Sonntagsruhe eingehalten werde.

7. Ob die Abrechnung und Lohnzahlung zu den gesetzlichen Terminen erfolge und ob keine ungesetzlichen oder dienstordnungswidrigen Abzüge vom Lohne stattgefunden haben.

8. Auch über die Unterkunftsverhältnisse und über die Bruderrade sollen sie sich informieren.

Rücksichtlich der Vorkehrungen zum Schutze der Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter haben die Bergbehörden und insbesondere die hiezu in erster Linie berufenen Revierbeamten Erhebungen zu pflegen und „mit aller Energie und Zähigkeit auf Erfüllung der diesbezüglich dem Werksbesitzer obliegenden Verpflichtungen zu dringen.“ Bei Verfolgung dieser Zwecke haben sie aber nicht nur auf die Beseitigung directer Gefahren zu sehen, sondern auch darauf zu achten, dass andauernde, die Gesundheit der Arbeiter untergrabende Einflüsse in dem Betriebe entweder beseitigt oder doch möglichst verringert werden. Eventuell ist es ihnen erlaubt, Sachverständige beizuziehen und sie sollen hiebei vor allem den Grundsatz vertreten, „dass niemals kleinliche Ersparungsrücksichten platzzugreifen haben, wo es sich um die Gesundheit und das Leben der Arbeiter handelt.“ Ihre Aufmerksamkeit hat sich vor allem auf die Sicherheit der Fahrung und Förderung ober und unter Tage zu richten, auf ausreichende Bewetterung, Sicherheit gegen Grubenbrände und gegen Entzündungen von Schlagwettern, gegen Wassereinbrüche, auf die Sicherheit beim Betriebe von Sprengmitteln und Maschinen. Insbesondere haben die Revierbeamten beim Eintritte gefährlicher Ereignisse die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln zu ergreifen. (§ 222 a. B.-G.) Zur Sicherung der Anordnungen, welche von den Bergbehörden getroffen werden, sind dieselben nach § 224 a. B.-G. berechtigt, insoferne eine Ermahnung ohne Erfolg bleibt, angemessene Geldstrafen zu verhängen, oder wenn die Unfähigkeit des Werksleiters die Sicherheit des Bergwerkes gefährdet, auf Kosten des Bergwerksbesitzers einen sachverständigen Werksleiter anzustellen. Auch können sie im Falle der Nothwendigkeit zur Ausführung ihrer Anordnungen sich behufs der Anwendung von Zwangsmaßregeln an die politische Behörde wenden, welche zur Durchführung solcher Zwangsmittel berufen ist (§§ 224, 232).

Unter dem Eindrucke der wiederholten Bergbaukatastrophen wurde von der Regierung im Jahre 1896 eine Vorlage eingebracht, welche für den Bergbaubetrieb neue Inspectionsorgane schafft. Nach englischem Vorbilde sollen vom Ackerbauminister Berginspectoren ernannt werden und zwar je einer am Sitze jeder Berghauptmannschaft, deren einzige Aufgabe die Controle über die Sicherheitsvorkehrungen im Bergbaubetriebe bilden soll. Principielle Einwände gegen diese Institution, die von den Bergleuten lebhaft gewünscht wird, wurden fast von keiner Seite erhoben, dagegen entspann sich eine lebhafte Erörterung über die Stellung dieser Berginspectoren. Das Abgeordnetenhaus verlangte, dass dieselben unmittelbar dem Ackerbauminister unterstellt würden, denn gerade in dieser außergewöhnlichen Stellung liege eine besondere Garantie für ihre Objectivität und Unabhängigkeit in der Beurtheilung der von ihnen zu beobachtenden Verhältnisse. In dieser Fassung nahm das Abgeordnetenhaus das Gesetz thatsächlich an; die Regierung dagegen, und ihr schloss sich das Herrenhaus an, erklärte sich gegen eine solche Sonderstellung, weil dieselbe die Gefahr von Conflicten mit den übrigen Bergbehörden bilden würde. Dieser Gefahr soll dadurch begegnet werden, dass die Berginspectoren in den Rahmen der bestehenden Organisation eingefügt und als Controlorgane über die Revierbeamten den Berghauptmannschaften zugetheilt werden. Infolge dieser Meinungsverschiedenheit ist das Gesetz vorläufig gescheitert.

II. Deutschland.

Wie in Österreich, so bestehen auch in Deutschland für die Oberaufsicht über den Bergbaubetrieb besondere Bergbehörden mit ähnlicher Organisation. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Aufsicht über die Arbeiterverhältnisse; das Maß der diesbezüglichen Einwirkung ergibt sich aus § 196 des Berggesetzes, nach welchem die polizeiliche Aufsicht der Bergbehörde sich erstreckt auf „die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter,“ also vorzugsweise Betriebspolizei ist. Außerdem war im Verwaltungswege den Bergrevierbeamten die Aufsicht über die Ausführung der Vorschriften der Reichsgewerbeordnung besonders übertragen. Erst die Novelle zum Berggesetze vom Jahre 1892 hat den Einfluss der Bergbehörde hinsichtlich des Arbeitsverhältnisses vermehrt. Diese Vergrößerung der Macht der Revier-

beamten hat nach den Motiven zu der genannten Novelle den Zweck, die Aufsicht über die Ausführung der wichtigen und einschneidenden Vorschriften der Gewerbeordnung und der Novelle zum Berggesetz in der Hand eines, und zwar eines mit den technischen und Betriebsverhältnissen des Bergbaues völlig vertrauten Beamten zu vereinigen. Nach § 189 B.-G. sollen ihnen dieselben Befugnisse zustehen, wie den im § 139 b der Reichsgewerbeordnung bezeichneten Aufsichtsbeamten. Darnach umfasst ihr Wirkungskreis die Aufsicht über die Einhaltung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe, über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Frauen, über die Arbeitsordnung, Lohnzahlung, Zeugnis für abkehrende Bergleute und Arbeitsbücher für minderjährige Personen und schließlich über den Besuch der Fortbildungsschulen. Diesbezüglich steht den Revierbeamten das Recht zur jederzeitigen Revision der Anlagen zu und die Arbeitgeber sind verpflichtet, diese Revisionen zu jeder Zeit, auch nachts während des Betriebes zu gestatten und ihnen diejenigen statistischen Mittheilungen über die Verhältnisse ihrer Arbeiter zu machen, die vom Bundesrathe vorgeschrieben werden.

Die Thätigkeit der Revierbeamten soll vorzugsweise eine „wohlwollend controlierende“, berathende und zwischen den verschiedenen Interessen in unparteiischer und billiger Weise vermittelnde sein, um eine Vertrauensstellung zu erlangen, die es ihnen ermöglicht, zur Anbahnung und Erhaltung guter Beziehung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern mitzuwirken.

Besondere Pflichten treffen die Bergbehörden beim Eintritte gefährlicher Ereignisse; die diesbezüglich erforderlichen Anordnungen haben die Oberbergämter nach Vernehmung des Besitzers oder Repräsentanten zu treffen. Ist jedoch die Gefahr eine dringende, so hat der Revierbeamte sofort und selbst ohne vorgegangene Vernehmung des Besitzers die erforderlichen Anordnungen zu treffen, gleichzeitig aber dem Oberbergamte hievon Anzeige zu machen (§§ 198, 199 B.-G.). Werden die getroffenen Anordnungen innerhalb der bestimmten Frist nicht durchgeführt, so wird die Ausführung durch den Revierbeamten auf Kosten des Besitzers bewirkt (§ 202 B.-G.).

III. England.

In England, wo ein sondergesetzlicher Vertragsschutz für Bergarbeiter nicht besteht, haben auch die Inspectoren auf das Arbeits-

verhältnis keinen Einfluss. Es hängt dies mit der Macht der Trades Unions zusammen, denen der Selbstschutz in dieser Beziehung genügt.

Umso genauer ist die staatliche Controle in sicherheitspolizeilicher Beziehung durch die Gesetze von 1872 und 1887 geregelt. Die Inspectionsorgane sind 1 Staatssecretär und 14 von ihm ernannte Bergwerksinspectoren. Nach dem Gesetze des Jahres 1887 ist das Land in 13, nach dem Erzbergwerksgesetze des Jahres 1872 in 14 Inspectionsbezirke eingetheilt, deren Grenzen vielfach zusammenfallen. Den Bergwerksinspectoren für Steinkohlenbezirke sind je 1 oder 2, im ganzen 19 Hilfsinspectoren beigegeben; erstere sind als Chief Inspector of Mines, letztere Assistent-Inspector of Mines angestellt.

Ein Inspector ist vor allem befugt, alle jene Untersuchungen und Prüfungen vorzunehmen, die nöthig sind, um festzustellen, ob alle gesetzlichen Bestimmungen gehörige Erfüllung finden. Ferner darf er jedes Werk zu jeder Zeit besichtigen und alle zur Sicherung der Arbeiter dienenden Einrichtungen untersuchen. Jede Person, die den Inspector in der Erfüllung seiner Pflichten hindert, macht sich eines Vergehens gegen das Gesetz schuldig.

Hält der Inspector eine Grube für die Gesundheit und das Leben der Bergleute für gefährlich, so hat er der Betriebsleitung schriftlich davon Mittheilung zu machen; wird dem Übelstande nicht sofort abgeholfen, so soll er darüber dem Staatssecretär Bericht erstatten. Jedoch hat der Betriebsleiter das Recht, binnen 10 Tagen dem Staatssecretär schriftlich und unter genauer Begründung Einwand gegen die Bestimmung des Inspectors zu erheben. Daraufhin soll die Sache durch ein Schiedsgericht entschieden werden. Die Inspectoren haben jährlich bis Ende März einen Bericht über ihre amtliche Thätigkeit im abgelaufenen Kalenderjahre an den Staatssecretär zu erstatten, welcher Bericht dem Parlamente vorzulegen ist. Außerdem haben sie auf besondere Anweisung des Staatssecretärs über einzelne Explosionen oder Unfälle Bericht zu erstatten, wenn dieselben den Tod oder die schwere körperliche Verletzung einer Person zur Folge hatten.

Überdies haben die Bergleute selbst das Recht, zwei ihrer Genossen, welche in den Gruben als Arbeiter beschäftigt sind, zu wählen, um die Grube von Zeit zu Zeit zu inspiciern. Wenn sie dieselbe für gefährlich halten, so ist der Inspector durch Abschrift ihres Berichtes alsbald in Kenntniss zu setzen.

IV. Frankreich.

Die Inspection über das Arbeitsverhältnis erstreckt sich bloß auf die Arbeit von jugendlichen Personen und Frauen. Nach dem Gesetze vom 2. November 1892 sind mit dieser Aufsicht besondere Arbeitsinspectoren betraut, welche vom Minister für Handel und Gewerbe ernannt werden. Sie zerfallen in inspecteurs divisionnaires mit einem bestimmten Aufsichtsbezirke und in inspecteurs départementaux. Die Oberaufsicht führt die commission supérieure, zu deren Unterstützung in jedem Arrondissement commissions locales beigegeben sind. Die Mitglieder dieser besonderen Commissionen werden von den Generalräthen gewählt und in ihrer Thätigkeit von ingénieurs des mines unterstützt.

Die Sicherheitsvorkehrungen für das in den Bergwerken beschäftigte Personale beaufsichtigen seit dem Gesetze vom 8. Juli 1890 besondere Delegierte für die Sicherheit „délégués à la sécurité des ouvriers mineurs“. Ihr Wirkungskreis erstreckt sich auf einen bestimmten unterirdischen Aufsichtsbezirk, dessen Ausdehnung vom Préfecten nach dem Grundsatz zu bestimmen ist, dass er in 6 Tagen befahren werden kann. Als Delegierte werden nur politisch wahlberechtigte Arbeiter des Aufsichtsbezirkes gewählt, welche mindestens 5 Jahre unter Tage gearbeitet haben. Ihre Function währt 3 Jahre, ihr Lohn wird vom Staate gezahlt. Die Pflichten dieser Delegierten sind, 2mal im Monate alle Schächte, Strecken und Arbeitsorte zu befahren und alle Wahrnehmungen in ein Buch einzutragen, welches der Betriebsunternehmer zu liefern hat und stets zur Einsicht der Arbeiter bereit halten muss. Im Falle eines Unfalles, welcher den Tod oder schwere Verletzung eines Arbeiters herbeigeführt hat, soll er sofort erscheinen, weshalb ihn der Unternehmer davon zu benachrichtigen hat.

V. Belgien.

Die Überwachung des Gesetzes vom 19. December 1889, betreffend die Arbeit von Kindern und Frauen in Bergwerken ist besonderen Bergwerksinspectoren, gegenwärtig 46 an der Zahl, übertragen. Ferner besteht eine besondere Commission mit dem Director der Gewerbeabtheilung im Ministerium als Vorsitzenden und den Gewerbe- und Berginspectoren als Mitgliedern. Die Aufgabe dieser Commission besteht darin, eine gleichförmige und

sorgfältige Anwendung der sich auf den Arbeiterschutz beziehenden Gesetze und Verordnungen zu überwachen.

Die Aufgabe der Berginspectoren erstreckt sich neben der Aufsicht über die Befolgung der Vorschriften über Frauen- und Kinderarbeit auch auf die Überwachung der Sicherheitsvorkehrungen zu Gunsten der Arbeiter. Alle Unfälle haben sie der „Caisse de prévoyance de secours en faveur des victimes des accidents du travail“ zu melden.

VI. Capitel.

Gesetzgebung in einigen anderen Ländern.

Schweiz.

Eine gesonderte Regelung des Bergarbeiterschutzes findet sich in der Schweiz nicht vor, vielmehr erstreckt sich die Gesetzgebung zu Gunsten aller Arbeiter auch auf die Bergleute. Die schweizerische Bundesverfassung aus dem Jahre 1874 verlieh dem Bunde das Recht, einheitliche Bestimmungen über die Verwendung von Kindern und Frauen und über die Dauer der Arbeit erwachsener Personen aufzustellen, ebenso auch Vorschriften zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren der Gesundheit und Sicherheit zu erlassen. Kraft dieses Rechtes entstand das Bundesgesetz vom 23. März 1877, betreffend die Arbeit in den Fabriken. Die wichtigsten Normen desselben sind folgende: Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist untersagt; zwischen dem begonnenen 14. und dem vollendeten 16. Jahre darf der Schul- und Religionsunterricht von der Arbeit nicht beeinträchtigt werden und die gesamte Beschäftigung einschließlich des Unterrichtes 11 Stunden nicht übersteigen (Art. 16). Auch für erwachsene männliche und weibliche Arbeiter ist ein Maximalarbeitstag eingeführt, welcher 11 Stunden, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen nur 10 Stunden beträgt. Nur über besondere behördliche Bewilligung kann eine Verlängerung der Arbeitszeit eintreten (Art. 11). Die Arbeit muss durch eine Mittagspause von mindestens einstündiger Dauer unterbrochen werden; für Frauen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, beträgt diese Pause mindestens 1½ Stunden. Wöchnerinnen dürfen vor Ablauf von 6 Wochen nach ihrer Niederkunft und 2 Wochen vor derselben nicht beschäftigt werden.

Was die Sonntags- und Nachtarbeit betrifft, so sollen Frauen unter keinen Umständen, jugendliche Personen unter 18 Jahren nur ausnahmsweise zu derselben zugelassen werden.

Auch die einzelnen Cantone erließen Normen zu Gunsten der Arbeiter, wie Basel am 25. April 1888 und Zürich am 18. Juni 1894; beide Gesetze betreffen bloß den Schutz der Frauen. Letzteres setzt die Arbeitszeit auf 10, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage auf 9 Stunden herab. Auch die Ruhepausen sind in die Arbeitszeit einzurechnen, wenn die Arbeiterinnen während derselben den Arbeitsraum nicht verlassen.

Zum Schutze gegen Betriebsgefahren gibt das Bundesgesetz neben speciellen Vorschriften die allgemeine Bestimmung, dass alle erfahrungsgemäß und durch den jeweiligen Stand der Technik ermöglichten Schutzmittel angewendet werden sollen.

Der Erlass von Arbeitsordnungen ist obligatorisch; dieselben haben insbesondere Bestimmungen über Annahme und Entlassung und über die Auszahlung des Lohnes zu enthalten und bedürfen zu ihrer Giltigkeit der Genehmigung der Cantonsregierung. Vor der Genehmigung ist den Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich über dieselben auszusprechen. Jedem Arbeiter ist beim Dienstantritte ein Exemplar zu übergeben und überdies sollen an sichtbaren Stellen der Betriebsräumlichkeiten Arbeitsordnungen angeschlagen sein.

Die gesetzliche Kündigungsfrist beträgt 14 Tage. Der Arbeitslohn soll bar und zwar in gesetzlichen Münzsorten in der Arbeitsstätte selbst ausgezahlt werden. Geldbußen dürfen die Hälfte eines Tagelohnes nicht übersteigen und müssen zum Besten der Arbeiter verwendet werden. Specielle Organe des Bergarbeiterschutzes gibt es nicht; die Ausführung des Bundesgesetzes vom Jahre 1877 wird von Fabriksinspectoren überwacht, deren es im Jahre 1894 7 gab. Die Controle über die Beobachtung der cantonalen Schutzvorschriften besorgen die Gemeinderäthe.

Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern und Strikeangelegenheiten werden durch Gewerbegerichte geschlichtet, welche in mehreren Cantonen eingeführt sind, zuletzt in Luzern durch das Gesetz vom 16. März 1892. Arbeiter und Arbeitgeber entsenden hiezu getrennt je 2 Richter, während das Obergericht einen Präsidenten bezeichnet. Vor diese Gerichte gelangen Streitgegenstände von 50—500 Fr., für geringere bestehen ähnliche Sühn-

gerichte. Anwälte sind ausgeschlossen, die Verhandlungen sind mündlich und öffentlich; die Kosten sind gering und werden von den Parteien selbst getragen.

Italien.

Italien besitzt noch so gut wie keinen Arbeiterschutz, daher finden sich auch nur wenige gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Bergleute. Neben vielen anderen Ursachen liegt ein wichtiger Grund darin, dass trotz der staatlichen Einheit noch kein allgemeines Berggesetz vorhanden ist, vielmehr alle alten Bestimmungen noch in Kraft geblieben sind. Die wichtigsten sind: Das sardische Bergwerksgesetz vom 20. November 1859, jenes von Parma vom 21. Juli 1852, das napoleonische vom 9. August 1808, das neapolitanische vom 17. October 1826, das österreichische vom 23. Mai 1854 in Venedig und Mantua geltend. Daher bestehen die verschiedensten Grundsätze nebeneinander zu Recht, von der gänzlichen Vereinigung des unterirdischen Eigenthums mit dem Grundeigenthum bis zur vollständigen Unabhängigkeit des einen vom andern.

Erst durch das Gesetz vom 11. Februar 1886 wurden einige Bestimmungen zum Schutze der Kinder getroffen. Bereits nach vollendetem 9. Jahre werden die Kinder zur Beschäftigung in Bergwerken zugelassen, nach vollendetem 10. Jahre auch zu unterirdischen Arbeiten. Jedoch müssen Kinder unter 15 Jahren ein ärztliches Gesundheits- und Tauglichkeitszeugnis beibringen. Eine Beschränkung der Arbeitszeit ist bloß für Kinder bis zum vollendeten 12. Jahre bestimmt, und zwar hat dieselbe 8 Stunden zu betragen, wobei jedoch die Pausen nicht einzurechnen sind. Die Mittagspause hat für Kinder unter 15 Jahren eine Stunde zu betragen. Die Nachtarbeit ist bloß für Kinder bis zum vollendeten 12. Jahre verboten und für Kinder von 12—15 Jahren auf 6 Stunden beschränkt. Auch von diesen Bestimmungen sind jedoch Ausnahmen zulässig. Einen Schutz der Lohnzahlung, des Arbeitsvertrages, einen Beschäftigungsschutz der erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter gibt es nicht. Dagegen sind Bergwerksingenieure bestellt, welche die Aufsicht über die einzelnen Bergwerksbetriebe üben und die Übertretungen constatieren. Sie dürfen während der Arbeitsstunden die Betriebsstätten betreten, die Räumlichkeiten besichtigen, alle daselbst anwesenden Personen

befragen. Hegen sie Zweifel über die physische Eignung eines Kindes für die ihm zugewiesene Arbeit, so können sie zur Untersuchung einen Arzt beiziehen. Die Strafe für Übertretungen ist 50—100 Lire für jedes gesetzwidrig verwendete Kind; ist der Schuldtragende nicht zu ermitteln, wird die Strafe über den Leiter oder Inhaber der Unternehmung ausgesprochen.

Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnisse werden nach dem Gesetze über die Probi viri vom 15. Juni 1893 von einem Collegium entschieden, welches aus 1 Präsidenten und 10 bis 20 Beisitzern besteht. Der Präsident wird aus der Zahl der richterlichen Beamten ernannt, die Beisitzer werden zur Hälfte von den Unternehmern, zur Hälfte von den Arbeitern gewählt. Das Collegium besteht aus dem Einigungsamte (Ufficio di conciliazione) und dem Gewerbegerichte (giuria). Vor diese Behörden gelangen Streitgegenstände bis zum Werte von 200 Lire. Das Einigungsamt hat die Aufgabe, Streitigkeiten aus dem bestehenden Arbeitsvertrage in friedlicher Weise beizulegen; ist dieser Sühneversuch erfolglos, so gelangt die Streitsache vor das Gewerbegericht, gegen dessen Entscheidung mit Ausnahme der Lohnstreitigkeiten Berufung unzulässig ist.

Amerika.

Erst seit dem Jahre 1866 finden sich die Anfänge einer Gesetzgebung zum Schutze der Bergarbeiter; bis dahin blieb sowohl die Art des Abbaues als das Verhältnis der Arbeiter zu den Unternehmern von dem Staate vollkommen unbeaufsichtigt und der Willkür der Bergwerksbesitzer überlassen. Da ereignete sich in Pennsylvanien ein großes Unglück; durch einen Wetterofen wurde die Zimmerung des einzigen Schachtes sowie die darüber stehenden Maschinengebäude in Brand gesteckt und die ganze Belegschaft von 110 Mann fand in der Grube den Erstickungstod. Nicht bloß in der Arbeiterschaft, sondern auch in der übrigen Bevölkerung verursachte dieses Ereignis große Erregung und in zahlreichen Versammlungen verlangten die Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lage. Die Folge war das pennsylvanische Berggesetz vom 3. März 1870; andere Staaten folgten diesem Beispiele, so Ohio am 21. März 1874. Betreffs der wichtigsten Bestimmungen herrscht in den einzelnen Berggesetzen Übereinstimmung. Jugendliche Arbeiter dürfen nicht unter 12 Jahren, falls sie aber nicht lesen und schreiben können, nicht unter 16 Jahren

beschäftigt werden. Die gesetzliche Maximalarbeitszeit beträgt in den meisten Staaten 10 Stunden, in Californien, Connecticut, Illinois, New-York und Pennsylvanien 8 Stunden. Über die Ventilation bestimmt das Gesetz für Ohio, dass auf jeder Grube pro Mann und Minute 100 Cubikfuß frische Luft eingeführt sein muss, während das pennsylvanische nur 66 verlangt. In beiden Gesetzen ist auch das Zweischachtsystem bei erreichtem Abbau von 15000 Quadratyards vorgeschrieben. Die Handhabung der Bergpolizei obliegt einzelnen Berginspectoren, welche dem Staatsgouverneur unterstehen. Außerdem hat in allen Kohlenbergwerken der dabei beschäftigte und darin arbeitende Bergmann, der Landbesitzer und jeder andere, der an dem Ertrage oder der Pacht des Werkes betheiligt ist, das volle Recht, zu jeder passenden Zeit das Werk zu betreten und alle Maschinen und sonstigen Einrichtungen, sowie alle Maße in Augenschein zu nehmen, um die Genauigkeit und Richtigkeit derselben zu prüfen. Er kann auch jede andere befähigte Person beauftragen, für ihn diese Untersuchung vorzunehmen. Doch darf zu gleicher Zeit nicht mehr als eine Person seitens der ganzen Belegschaft dieses Recht ausüben und überdies ist jede unnöthige Störung im Betriebe zu vermeiden.

In den meisten (21) Staaten bestehen arbeitsstatistische Bureaux, „Bureaux of statistics of labor“, deren Hauptaufgabe darin besteht, „durch verständige Untersuchungen und durch furchtlose Veröffentlichung der Ergebnisse derselben die Leute in den Stand zu setzen, zu einem klareren und vollständigeren Verständnis der sie umgebenden Verhältnisse zu gelangen.“ Zur Erleichterung ihrer Aufgaben ist ihnen das Recht eingeräumt, alle betheiligten Personen unter Eid einzuvernehmen und diese Personen sind bei Strafe von 100 Dollars verpflichtet, die vom Bureau geforderten Auskünfte zu ertheilen. In Michigan wird nach dem Gesetze vom 6. Juni 1883 jede falsche Aussage als Felonie mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft. Die Leistungen dieser Bureaux sind in einzelnen Staaten sehr groß; sie erstatten regelmäßige Berichte und unterstützen auch die Regierungen in der Vorbereitung und Abfassung gesetzlicher Normen.

In Süd-Amerika ist das wichtigste Berggesetz jenes von Venezuela, *Codigo de Minas* vom 30. Juni 1891 mit einer Ausführungsverordnung des Präsidenten der Republik vom 12. Sep-

tember 1891. Die Beschäftigung der Kinder unter 15 Jahren und der Frauen ist in Bergwerken untersagt. Vor der Eröffnung des Betriebes muss eine Arbeitsordnung erlassen werden, welche insbesondere Bestimmungen über die Arbeitszeit und die Lohnzahlung enthalten muss. Ihre Giltigkeit hängt von der Genehmigung des Arbeitsministers ab. Genaue Normen trifft das Gesetz über die Bergwerksinspection; die Republik ist in 9 Inspectionsbezirke eingetheilt, an deren Spitze je 1 Bergwerksinspector, Inspector de Minas, steht, welchem die Aufsicht über alle im Bezirke gelegene Bergwerke obliegt. Die Inspectoren unterstehen dem Inspector Técnico de Minas zu Caracas und dieser dem Arbeitsminister. Das Gesetz enthält auch zahlreiche bergpolizeiliche Vorschriften, deren Außerachtlassung mit hohen Geldstrafen bedroht wird.

Russland.

Nach dem Gesetze vom 24. Februar 1890 dürfen Kinder unter 12 Jahren überhaupt nicht, Kinder zwischen 12 und 15 Jahren 8 Stunden mit längerer Pause oder 6 Stunden ununterbrochen beschäftigt werden. Frauen und jugendlichen Personen bis zum vollendeten 17. Jahre ist unter Vorbehalt von Ausnahmen die Nachtarbeit untersagt. Als Nachtzeit gilt für industrielle Unternehmungen, in denen 18stündige Arbeit mit 2 Schichten eingeführt ist, die Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh. Für Erwachsene ist die Arbeitszeit nicht beschränkt. Jedem Arbeiter ist spätestens 7 Tage nach seinem Eintritte ein Verrechnungsbuch unentgeltlich zu geben, welches seine Personalien, die Zeit der Verdingung, die Höhe des Arbeitslohnes, die Zahlungstermine und die sonstigen Vertragsbedingungen zu enthalten hat. Dem Trucksystem tritt das Gesetz vom 3. Juni 1886 entgegen. Die Entlohnung in Bons, Getreide, Waren oder in anderen Gegenständen statt in Bargeld ist verboten; auch dürfen bei der Auszahlung keine Abzüge zur Tilgung von Schulden gemacht werden, außer wenn die Schulden durch Bezug von nothwendigen Nahrungsmitteln oder unentbehrlichen Gebrauchsgegenständen aus den Fabrikläden entstanden sind. Zur Errichtung solcher Läden bedarf der Unternehmer einer Bewilligung des Gewerbe-Inspectors, welchem auch die Bestätigung der Preistaxen obliegt.

Die Auszahlung des Lohnes soll bei einem Vertrage auf unbestimmte Zeit 2mal monatlich, sonst 1mal monatlich erfolgen.

Im Falle der nicht rechtzeitigen Auszahlung des Lohnes hat der Arbeiter das Recht, gerichtlich die Aufhebung des Vertrages und eine Entschädigung zu verlangen. Die gesetzliche Kündigungsfrist beträgt 14 Tage; außerdem haben der Unternehmer und der Arbeiter das Recht, in gewissen, im Gesetze aufgezählten Fällen, einseitig den Vertrag zu lösen. Die Höhe der Geldstrafen ist auf den 3tägigen Tagelohn, bei Stückarbeit auf 3 Rubel beschränkt; dieselben sind zum Besten der Arbeiter zu verwenden. Ein Coalitionsrecht ist nicht anerkannt; vielmehr wird jede Vereinigung zu einer Arbeitseinstellung mit Gefängnis von 2 bis 4 Monaten, bei den Führern mit 4 bis 8 Monaten und wenn dabei Drohung oder Gewalt gegen andere Arbeiter angewendet wurde, bis zu 1 Jahr und 4 Monaten bestraft.

Die Beaufsichtigung der Bergwerke obliegt besonderen aus der Zahl der Beamten der Bergbauverwaltung ernannten Inspectoren.

VII. Capitel.

Die internationale Regelung des Arbeiterschutzes.

Die Nothwendigkeit eines staatlichen Eingriffes zu Gunsten der Arbeiter ist wenigstens bezüglich der wichtigsten Fragen in allen Staaten anerkannt. Was jedoch die Ausdehnung dieses Arbeiterschutzes und die Art der Ausführung desselben betrifft, weisen die einzelnen Länder große Verschiedenheiten auf, ja einzelne haben kaum die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt. Es hängt dies mit den socialen und politischen Zuständen dieser Länder, mit der gewerblichen Entwicklung und anderen Ursachen zusammen. Insbesondere aber hat manche Regierungen die Rücksicht auf die Concurrenzfähigkeit bewogen, die Normierung solcher Schutzgesetze zu unterlassen; denn wie könne man Gesetzgebungen dieser Art ohne empfindliche Schädigung der eigenen Industrien durchführen, wenn in den Nachbarstaaten bezüglich wichtiger Bestimmungen viel weiter gehende Berechtigungen bestehen, welche der concurrierenden Industrie einen Vorsprung geben. Es lag nun der Gedanke nahe, auf dem Wege internationaler Verständigung dieses Hindernis der Concurrenz zu beseitigen, durch internationale Vereinbarungen identische Schutzmaßregeln zu treffen. Nachdem schon seit dem Jahre 1840 einzelne Männer, wie Daniel Legrand, für diese Idee gewirkt hatten, trat erst im Jahre 1881 die

Schweiz mit einem praktischen Vorschlage an die Regierungen der wichtigsten europäischen Länder heran und forderte dieselben auf, in gemeinsame Verhandlungen bezüglich der internationalen Regelung des Arbeiterschutzes zu treten. Die meisten Staaten wiesen den Vorschlag zurück. Gleichwohl blieb es nicht bei diesem ersten Versuche. Die Idee pflanzte sich auch in andere Staaten fort und gewann Anhänger. So fand in München am 9. October 1882 eine Discussion des Vereines für Socialpolitik statt, wobei der Gedanke an sich als ein gesunder und eine internationale Gesetzgebung als in hohem Maße wünschenswert erklärt wurde. Am 15. März 1889 trat die Schweiz mit ihrem Vorschlage wiederum hervor und diesmal sagten bereits alle Staaten ihre Theilnahme an den Verhandlungen zu. Da kam, am 4. Februar 1890, der Erlass des deutschen Kaisers an den Reichskanzler:

„Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche Meiner Fürsorge durch die Nothwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Markte konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch diese und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Besserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes theiligten Länder, wenn nicht überwinden, so doch abschwächen. In der Überzeugung, dass auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, diese Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, dass zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit Uns in Unterhandlungen zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zutage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Meiner Anregung im Princip gewonnen sein wird, beauftrage Ich Sie, die Kabinette aller der Regierungen, welche an der Ar-

beiterfrage den gleichen Antheil haben, zu einer Konferenz behufs Beratung über die einschlägigen Fragen einzuladen“.

Da die Schweiz auf ihren Vorschlag verzichtete, erfolgte die Zustimmung aller eingeladenen Staaten und die internationale Arbeiterschutzconferenz trat am 15. März 1890 in Berlin zusammen; 15 Staaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Ungarn) nahmen an derselben theil. Der Conferenz wurden Fragen vorgelegt, welche die wichtigsten Gegenstände des Arbeiterschutzes betrafen; besondere Commissionen beriethen über dieselben und fassten ihre Beschlüsse in Form von Antworten. Bezüglich der Bergwerksarbeit lauten Fragen und Antworten:

Frage: 1. Ist die Beschäftigung unter Tage zu verbieten:

- a) Für Kinder unter einem bestimmten Lebensalter?
- b) Für weibliche Personen?

Antwort: Es ist wünschenswert:

- a) Dass die untere Grenze des Alters, in welchem die Kinder zu den unterirdischen Arbeiten zugelassen werden dürfen, nach Maßgabe der durch die Erfahrung festgestellten Möglichkeit allmählich auf das Ende des 14. Lebensjahres verschoben wird, jedoch würde für die südlichen Länder diese Grenze auf 12 Jahre festzusetzen sein;
- b) dass die Arbeit unter der Erde den Personen weiblichen Geschlechtes verboten werde.

Frage: 2. Ist für Bergwerke, in denen die Arbeit mit besonderen Gefahren für die Gesundheit verbunden ist, eine Beschränkung der Schichtdauer vorzusehen?

Antwort: Es ist wünschenswert:

Dass in den Fällen, wo die Bergwerkstechnik nicht ausreichen würde, um alle Gefahren für die Gesundheit, welche sich aus den natürlichen oder zufälligen Bedingungen der Ausbeutung gewisser Bergwerke oder gewisser Schächte ergeben, zu beseitigen, die Arbeitsdauer eingeschränkt werde; die Sorge für die Durchführung dieses Berathungsergebnisses auf gesetzgeberischem oder Verwaltungswege oder durch Übereinkunft zwischen den Arbeitgebern und

Arbeitnehmern oder anderswie bleibt jedem Lande nach den Grundsätzen und der Praxis jedes Volkes überlassen.

Frage: 3. Ist es im allgemeinen Interesse möglich, um die Regelmäßigkeit der Kohlenförderung zu sichern, die Arbeit in den Kohlengruben einer internationalen Regelung zu unterstellen?

Antwort: Es ist wünschenswert:

- a) Dass die Sicherheit des Arbeiters und die Unschädlichkeit der Arbeiten für die Gesundheit durch alle Mittel gewährleistet werde, über welche die Wissenschaft verfügt, und dass dieselben unter Staatsaufsicht gestellt werden;
- b) dass die mit der Leitung des Unternehmens beauftragten Ingenieure ausschließlich Leute seien, deren Erfahrung und technische Befähigung gebührend erprobt ist;
- c) dass die Beziehungen zwischen den Bergarbeitern und den Betriebsingenieuren möglichst unmittelbare seien, so dass sie den Charakter des gegenseitigen Vertrauens und der gegenseitigen Achtung tragen;
- d) dass die in Übereinstimmung mit den Sitten jedes Landes organisierten Vorbeugungs- und Hilfseinrichtungen, welche bestimmt sind, den Bergarbeiter und seine Familie gegen die Folgen der Krankheit, der Unfälle, der vorzeitigen Invalidität, des Alters und des Todes zu schützen, und welche geeignet sind, das Los des Bergarbeiters zu bessern, sowie ihn an seinen Beruf zu fesseln, immer weiter entwickelt werden;
- e) dass man sich, um die Continuität der Kohlenproduction zu verbürgen, bemühe, die Arbeitseinstellungen zu verhüten. Die Erfahrung beweist, dass das beste Präventivmittel (gegen Streiks) darin besteht, dass die Bergwerksunternehmer und die Arbeiter sich freiwillig verpflichten, in allen Fällen, wo ihre Differenzen nicht durch unmittelbares Übereinkommen geschlichtet werden können, die Entscheidung eines Schiedsgerichtes anzurufen.

Bezüglich der Ausführung der vereinbarten Bestimmungen empfahl die Conferenz für den Fall, dass die Regierungen den Arbeiten Folge geben, die Überwachung der getroffenen Maßnahmen durch geeignete Functionäre und den gegenseitigen Austausch der Gesetze und der statistischen Erhebungen über die auf der Conferenz behandelten Fragen. Überdies wurde es für wünschenswert erklärt, die Berathungen der theilnehmenden Staaten zu wiederholen.

Das Ergebnis der Conferenz war demnach bloß die Feststellung allseitig anerkannter Wünsche unter Vermeidung jedes bindenden Beschlusses. Am meisten widerstrebten Frankreich und England dem bloßen Gedanken, ihre gesetzlichen Bestimmungen einer Controle zu unterwerfen; so sagte der englische Vertreter: „Es ist den englischen Staatsmännern untersagt, die industriellen Gesetze ihrer Länder von irgend einer fremden Macht abhängig zu machen“. Trotzdem kann man der Conferenz nicht allen Wert absprechen; ihr moralischer Einfluss zeigte sich in allen Ländern in einem erhöhten Antriebe zur Verbesserung des nationalen Arbeiterschutzes.



Verlag von
Wilhelm Braumüller, k. u. k. Hof- u. Univ.-Buchhändler, **Wien u. Leipzig.**

Grundriss
des
heutigen europäischen Völker-Rechtes.

Von
Dr. Leopold Freiherrn von Neumann,
k. k. Hofrath und Professor der Rechte an der Wiener Universität, Mitglied des Institut de droit international
Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage.
Groß-Octav. 1885. 1 fl 50 kr. — 3 M.

Sammlung
Oberstgerichtlicher Entscheidungen
aus
allen Gebieten des Civil- und Strafrechtes.

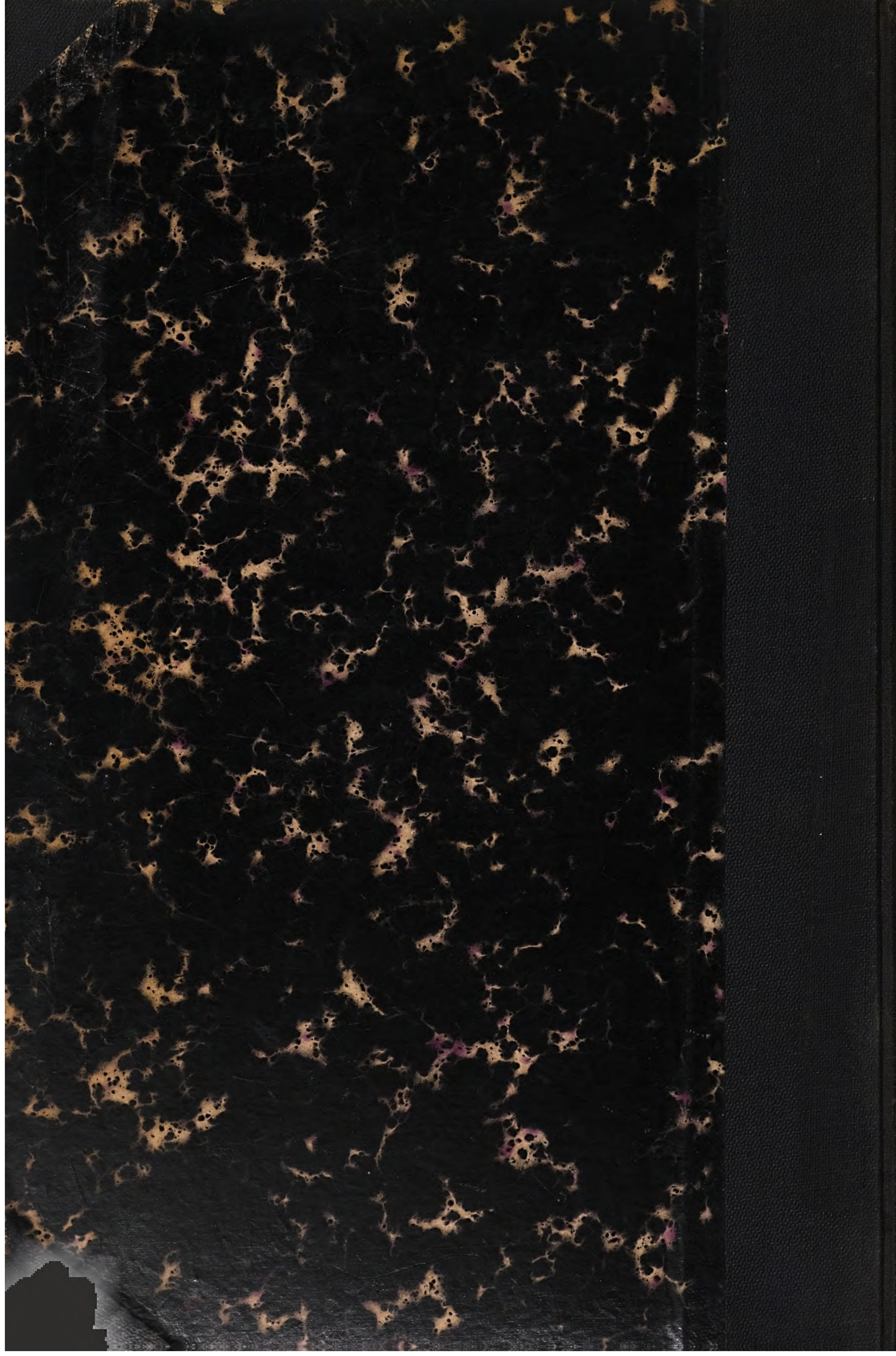
Nach Materien und Paragraphen geordnet und ihrem wesentlichen Inhalte
nach mitgetheilt von
Dr. Ludwig Deutsch
in Wien.

Publiciert im Jahre 1891. Octav. 1892. 1 fl. 40 kr. — 2 M. 40 Pf.
Publiciert im Jahre 1892. Octav. 1893. 1 fl. 50 kr. — 2 M. 50 Pf.

Die Arbeits - Statistik
mit besonderer Berücksichtigung des
österreichischen Gesetzentwurfes und der Reformanträge.
Eine kritische Studie
von **Siegfried Türkel.**
Groß-Octav. 78 Seiten. 1895. — 90 kr. — 1 M. 50 Pf.

Über die
socialen Aufgaben der Rechtswissenschaft.
Inaugurationsrede
gehalten am 24. October 1895 von
Dr. Anton Menger,
d. Z. Rector der Wiener Universität.
Groß-Octav. 1895. 60 kr. — 1 M.

K. und k. Hofbuchdruckerei Karl Prochaska in Teschen.



Kloss, Rudolf

Der Bergarbeiterschutz

Wien und Leipzig 1897

Metall. 69 hq

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11816020-8